EKD – Friedensdenkschrift 2025

Eine Kritik

Horst Leps

5. Oktober 2026, 21:09

Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.

These eins der Barmer Theologischen Erklärung

Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.

These fünf der Barmer Theologischen Erklärung[1].

---

[1] EKD: *Barmer Theologische Erklärung*. – Dazu s. Gollwitzer: „Das eine Wort für alle“.

Darum mehr Stahl ins Blut! Und den Zaghaften sei gesagt: Es ist nicht nur das Recht, sondern unter Umständen sogar die Pflicht gegen die Nation, mit Kriegsbeginn Verträge und was es sonst auch sein mag, als Fetzen Papier zu betrachten, den man zerreißt und ins Feuer wirft, wenn man die Nation dadurch retten kann. Krieg ist eben die Ultima ratio, das letzte Mittel Gottes, die Völker durch Gewalt zur Raison zu bringen, wenn sie sich anders nicht mehr leiten und auf den gottgewollten Weg führen lassen wollen. Kriege sind Gottesgerichte und Gottesurteile in der Weltgeschichte. Darum ist es aber auch der Wille Gottes, daß die Völker im Kriege alle ihre Kräfte und Waffen, die er ihnen in die Hand gegeben hat, Gericht zu halten unter den Völkern, zur vollen Anwendung bringen sollen. Darum mehr Stahl ins Blut! Auch deutsche Frauen und Mütter gefallener Helden können eine sentimentale Betrachtungsweise des Krieges nicht mehr ertragen. Wo ihre Liebsten im Felde stehn oder gefallen sind, wollen auch sie keine jammerseligen Klagen hören. Gott will uns jetzt erziehen zu eiserner Willensenergie und äußerster Kraftentfaltung. Darum noch einmal – Mehr Stahl ins Blut!

Konsistorialrat Rabe[2]

Allüberall in deutschen Gauen erwachen die Geister, bereit, für unsere gerechte Sache zu werben, die Trägen zu ermuntern, die Abtrünnigen zu bekehren und uns neue Freunde zu gewinnen.“

Pastor Geier[3]

Man darf nie vergessen, dass man es mit Verrückten zu tun hat.

John Sommerville[4]

Dr. Horst Leps
Elersweg 17
D-22395 Hamburg
http://www.leps.de
horstleps@gmx.de

[2]Kraus: *Die letzten Tage der Menschheit* – Tragödie in fünf Akten, S. 356
[3]Kraus: *Die letzten Tage der Menschheit* – Tragödie in fünf Akten, S. 357
[4]zitiert nach Gollwitzer: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, S. 277

Inhaltsverzeichnis

0.1 Vorbemerkungen . . . 7
1 Eine kurze theologische Grundlegung – Helmut Gollwitzer 8
2 Vorklärungen für eine Denkschrift zu Krieg und Frieden 12
3 Der Titel: „Welt in Unordnung“ 16
4 Abstract: „Zehn Kernaussagen dieser Denkschrift“ 19
5 Hauptteil – „Ein Beitrag zur Gewissensbildung: Anlass, Kontext und Aufbau dieser Denkschrift im Horizont evangelischer Friedensethik“ 28
5.1 Der theologisch-ethische Teil . . . 29
5.1.1 (Der Rechsstaat) . . . 29
5.1.2 (Pädagogik der Resilienz) . . . 34
5.1.3 (Kriegstüchtige Kirche) . . . 35
5.2 „Aktuelle Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch“ 36
5.2.1 (Innere Repression) . . . 36
5.2.2 (Rüstung und Sozialabbau} . . . 37
5.2.3 (Rüstung und Hunger) . . . 38
5.2.4 (Frieden und Gemeinsame Sicherheit) . . . 41
5.2.5 (Der hybride Krieg) . . . 43
5.2.6 (Ein historischer Versuch) . . . 43
5.3 Bekannte friedensethische Fragen benötigen aktuelle Antworten . . . 44
5.3.1 (Atomwaffen und Politik) . . . 44
5.3.2 (Präemptiver Krieg gegen eine Atommacht) . . . 46
5.3.3 (Heidelberger Thesen) . . . 49
5.3.4 (Kriegsdiensverweigerung) . . . 51
5.3.5 (Legitime Gewalt) . . . 53
5.3.6 (Ausklang) . . . 56
6 Resumee 58
Materialien 62
Texte aus den Kirchen . . . 62
Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR 1957 . . . 62
Heidelberger Thesen 1959 . . . 63
Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens – 2007 . . . 67
Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung 2019 . . . 70
Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes (1982) . . . 74
Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift . . . 77
Ökumenisches Rahmenkonzept – Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall . . . 78
Einzyklika MAGNIFICA HUMANITAS des Heiligen Vaters Leo XIV . . . 79
Theologische Texte . . . 81
Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit . . . 81
Martin Luther: Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können . . . 84
Friedrich Schleiermacher . . . 85
Helmut Gollwitzer: Gegen die Wiederbewaffnung . . . 86
Heinrich Vogel . . . 87

Karl Barth: Gegen atomare Aufrüstung 88
Karl Barth: Selbstenthüllung des Krieges 89
Paul Tillich 90
Andere Texte 91
Niccolò Machiavelli – Die Bedeutung von Religion im Staat 91
Niccolò Machiavelli – Über die Ursachen von Kriegen 93
Carl von Clausewitz 95
Gustav Heinemann 98
Ekkehart Krippendorff 101
Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen 102
Google-Gemini: Christliche Kritik an der EKD-Friedensdenkschrift 2025 104
Literaturverzeichnis **106**

0.1 Vorbemerkungen

Der Text[5]

> **Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick**
> Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen
> Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
> Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

ist nicht nur lang, er ist vor allem auch sehr gefüllt und anspielungsreich. Manche Sätze, ja ganze Abschnitte enthalten protestantischen Standard, vor allem zu Beginn, aber oft so leicht schief oder auch nur freundlich, dass man gar nicht merkt, wie das alles endet[6]. Eigentlich wäre jeder Satz zu exegisieren; unter glatter Oberfläche ist vieles so versteckt, das man beim Lesen kaum merkt[7].

Die Kritik beginnt mit dem eigenen theologischen Bezug[8], mit Helmut Gollwitzer (1) und mit Vorklärungen zum Anspruch einer Denkschrift (2). Danach wird der Text in drei Schritten die Denkschrift am Text geprüft: das Vorwort (3), die Kernaussagen (4) und der Hauptteil (5); es folgen Hinweise auf andere Stimmen (6) und abschließend ein Resumee (7). Die Denkschrift wird von vorn nach hinten gelesen[9], allerdings nicht jede Kennziffer. Dabei werden die politisch wichtigen Aussagen auf ihre Praxis überprüft: Was heißt das genau, was soll geschehen und an realen Friedensmöglichkeiten überprüft[10].

[5] Als Buch: Denkschrift 2025, im Internet als text- und seitenidentisches PDF: Denkschrift 2025 pdf

[6] Der geistig-geistliche Hintergrund der Denkschrift kann mit diese Podcast näher erfahren werden: EKD: *„Wir haben die Aufgabe, um Positionen zu ringen“*, die Ratsvorsitzende und der Militärbischof

[7] Die konkreten Inhalte der Abschnitte 147 und 148 der Denkschrift bringen mich zu der Annahme, dass viele, die diesen Text mitgeschrieben und dann promotet haben, sich nicht wirklich darüber im Klaren sind, was der Text enthält: Die Ermöglichung eines Angriffskriegs auf Russland.

[8] Dieser Text ist natürlich kein Werk systematisch-theologisch-ethischer Universitäts-Wissenschaft, sondern nur eine Anwendung des vor langen Jahren an Universitäten Gelernten, vielleicht mehr, vielleicht weniger gelungen.

[9] Eine andere Lektüre der Denkschrift: Ralf Becker, *Zentrale Aussagen der am 10. November 2025 veröffentlichten Friedensdenkschrift der EKD* (Umdenkschrift 2, S. 25-47), auch Becker: *Zentrale Aussagen der am 10. November 2025 veröffentlichten - Friedensdenkschrift der EKD - „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ gelesen in der Positiv-Perspektive „Sicherheit neu denken“*. Becker gruppiert die zustimmungsfähigen Aussagen der Denkschrift neu und versieht jede Gruppe danach mit einem kleinen Kommentar, der die Vieldeutigkeit des Textes zeigt. Lesenswert auch Klaus Straßburg, *Die neue Friedensdenkschrift der EKD – Analyse und Kritik*, (Umdenkschrift 2, S. 49-65).

[10] Eine kurze klare Kritik s. Bürger: *Interview: „Die Mächtigen des Erdkreises sind unzurechnungsfähig und haben keine Scheu vor einem Dritten Weltkrieg“*, „Die zentralen Kritikpunkte“. – Interessant eine von Gemini-Google erstellte Zusammenfassung christlicher Kritik s. S. 104.

1 Eine kurze theologische Grundlegung – Helmut Gollwitzer

Die Denkschrift gibt sich lutherisch. Ich habe bei den lutherischen Theologie-Professoren Helmut Gollwitzer[11] und Heinrich Vogel[12] studiert. Mein Text bleibt in einem theologisch eher „konservativen“ Rahmen[13].

Beide Theologen waren in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“[14] mit ihren theologischen Reden aktiv. Helmut Gollwitzer hat in einem Beitrag für die Prager Christliche Friedenskonferenz (CFK)[15] 1960 grundsätzliche, bis heute nicht überholte theologische Gedanken zum „Friedensbeitrag der Christen“[16] vorgetragen, seine politischen Überlegungen müssten aktualisiert werden[17]. Hier einige Zitate aus diesem Text:

[11] Wikipedia: *Helmut Gollwitzer*. Gollwitzer war nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zunächst durchaus Befürworter einer deutschen Selbstverteidigung gegen den „Osten“, Gollwitzer: „Der „deutsche Teig“ muss zur deutschen Unruhe werden“, ein Auszug s. Gollwitzer: *Skizzen eines Lebens*, S. 263. Er revidierte diese Auffassung aus gesamtdeutschen, sozusagen „nationalen“ Gründen: Die Wiederbewaffnung (West-)Deutschlands in der Nato führt zur Teilung Deutschlands, zur „Sowjetisierung“ des östlichen Teils, s. German Historical Institute Washington (GHI): *Manifest der Paulskirchenkundgebung in Frankfurt (29. Januar 1955)* und S. 86. – Es ging schon damals um eine immer wiederkehrende politische Frage: Bekommt man von der Großmacht im Osten, was man für Frieden und Freiheit erreichen will, über Aufrüstung und Druck oder über Verhandlungen, die die Sicherheitsbedürfnisse der anderen Seite berücksichtigen?

[12] Wikipedia: *Heinrich Vogel (Theologe)*. Heinrich Vogel war einer der Dekane der theologischen Fakultäten der DDR, deren Aufruf vom 27.04.1957 die Atomwaffendebatte (s. S. 62} in der EKD ausgelöst hat. Von Vogel wären Texte aus Vogel: *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter* heranzuziehen, insbesondere seine Rede in der Frankfurter Kongresshalle am 23. März 1958, Vogel: *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter*, S. 5-12, s. S. 87.

[13] Es gibt auch neue theologische Zugänge, die überkommene Argumentationsgänge überwinden wollen, der Band „Wer Frieden will, muss mit dem Feind reden. – Eine ökumenische Friedensschrift“ von Becker u. a.: *Wer Frieden will, muss mit dem Feind reden – ökumenische Friedensschrift* und anderen ist besonders hervorzuheben.

[14] Wikipedia: *Kampf dem Atomtod*. Helmut Gollwitzer war einer der Initiatoren der „Paulskirchenbewegung“, Hoeth: „Die Evangelische Kirche und die Wiederbewaffnung Deutschlands in den Jahren 1945-1958“, S. 223-227: „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Helmut Gollwitzer, Karl Barth und Gustav Heinemann (s. seine spätere Rede im Bundestag S. 98) bildeten mit Vertretern des DGB, der SPD und GVP eine gemeinsame Aktionseinheit, die eine Wiederbewaffnung ablehnten. Am 29. Januar 1955 wurde in der Frankfurter Paulskirche das ‚Deutsche Manifest‘ angenommen, in dem die Sorge um die Wiedervereinigung ausgedrückt wurde, falls die Pariser Verträge unterzeichnet würden.“ (S. 223). Ferner Knorr: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik*, S. 79-83, Wikipedia: *Paulskirchenbewegung*.

[15] Wikipedia: *Christliche Friedenskonferenz*. „Solche Reisen sind allerdings – das zeigte sich auch bei den Tagen in Prag – keine Vergnügungspartie, von der man leichten Herzens zurückkehrt. Ihre Gefahren liegen aber an anderer Stelle, als man sie oft im Westen vermutet. Man kann frei sprechen – in den Grenzen des Taktes und der Selbstdisziplin, die man schließlich auch in anderen Ländern einhalten muss. Man wird zur Propaganda nicht mehr ‚mißbraucht‘, als man sich selbst zur Verfügung stellt.“ Gollwitzer: *Skizzen eines Lebens*, S. 323f

[16] Gollwitzer: „Der Friedensbeitrag der Christen“. Auch erschienen in Gollwitzer: „Der Friedensbeitrag der Christen“. – Der Vortrag kann als eine einfachere Fassung des grundlegenden Textes Gollwitzer: „Die Christen und die Atomwaffen“ gelesen werden, der immer noch und immer wieder ein genaues Studium verdient. Dieser Text ist auch in Gollwitzer: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, S. 289-301 und Gollwitzer: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, S. 48-63 erschienen. Er verdient wie alle Friedensschriften Gollwitzers eine Neuauflage. – Natürlich könnte ich mich auch auf Karl Barth beziehen, Barth: *Barth Brevier*, S. 368-374, s. S. 89.

[17] Gollwitzer denkt jeden Krieg, der in Deutschland und/oder Europa stattfinden könnte, immer schon als Atomkrieg. Die „flexible response“ scheint er nicht ernst genommen zu haben, s. Gollwitzer: „Militär, Staat und Kirche“, S. 151f, letztendlich geht es um die in jedem Krieg, der Deutschland betrifft, enthaltene Atomkriegsgefahr. – Heute zeigt der russisch-ukrainische Krieg, dass Atomwaffen in einem europäischen Krieg möglicherweise gar nicht praktisch zum Einsatz kommen, sondern auf eine politische Rolle beschränkt bleiben. Die Politik droht mit ihnen, sie mäßigt sich und ihre Kriegsführung aus mindestens zeitweiliger Angst. Gleichzeitig schreitet die Eskalationen voran, weil die andere Seite letztlich mit den Atomwaffen doch nicht ernst machen wird. So hofft man wenigstens. – Krieg ist im Atomzeitalter auch zwischen Atommächten und ihren Verbündeten möglich.

Der Christ ist ein Mensch, der von einem sehr überraschenden und unvergleichlichen Friedensschlusse lebt und in einen alles übertreffenden Frieden versetzt ist. Diese Botschaft ist eine frohe Botschaft, Evangelium, weil in ihr der Frieden – und zwar die Wirklichkeit des schon gestifteten Friedens – die Hauptsache ist, wogegen vom Krieg sowohl in der alten wie in der neuen Bedeutung nur um des Friedens willen die Rede ist. Jesus Christus - das heißt nichts anderes als: Gott will Frieden, und Gott schafft Frieden.

Dabei hat das Wort Frieden die umfassende Bedeutung des hebräischen Wortes Schalom: nicht nur Waffenstillstand, nicht nur negativ: Beseitigung von Totschlag, Streit und Haß, sondern positiv: Heil und Leben im umfassenden Sinne, sowohl das Ewige wie das Zeitliche umfassend, sowohl die Beziehung zu Gott wie die Beziehung zu den Mitmenschen, sowohl die Seele wie den Leib.

Aber Christen müssen durch das Evangelium darüber belehrt sein, daß der Schaden tiefer sitzt, als daß er durch menschliche Unternehmungen wirklich behoben werden könnte. Solange der Mensch Adam ist, der im Aufstand gegen seinen ewigen Herrn steht, wird er auch immer wieder Kain werden gegenüber seinen menschlichen Brüdern.

Indem Gottes Friede in Jesus Christus hereinkommt in die unerlöste Welt, ohne daß diese dadurch schon in die Vollendung verwandelt würde, ist eine Zwischenzeit gegeben, in der der Gottesfriede schon für uns da ist und schon nach unserem Herzen greift, in der aber seine umfassende Bedeutung noch nicht offenbar ist.

Das andere ist eine Vernunftsaussage: Im Blick auf den weiteren Weg der Menschheit sehen wir nur mehr die Möglichkeit eines Weiterbestehens der Menschheit, wenn kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich gemacht werden. Die Menschheit wird jetzt in eine Friedensepoche eintreten, eintreten müssen, – oder es wird mit ihr zu Ende sein („zu Ende sein“ entweder absolut oder doch so, daß auf Jahrhunderte hinaus alle Werte unserer Kultur zerstört wären). Weil wir in dieser Alternative stehen, darum bekommt die Arbeit für den Frieden eine so große Dringlichkeit.

Auf Gottes Tun bezogen ist Frieden so viel wie Heil, Freude, volles Leben. Auf unser menschliches Tun bezogen, heißt Frieden zunächst nicht mehr als: daß nicht aufeinander geschossen wird, daß die Menschen einander nicht umbringen. Dafür Politik, Friedensbewegungen, Abrüstungskonferenzen, Verträge und was dergleichen nötige Unternehmungen und Anstrengungen mehr sind. Auch dieses menschliche Tun, das ein soviel bescheideneres Ziel hat als das Tun Gottes, kann nicht gelingen, wenn nicht Er seinen Segen dazu gibt.

Wir müssen unter uns Christen Klarheit darüber schaffen, daß die Beteiligung an einem Atomkrieg mit dem uns aufgetragenen christlichen Zeugnis schlechthin unerträglich ist. […] sondern die entscheidende Frage ist, ob in einem bestimmten Tun sich das Zeugnis vom Evangelium ausdrücken kann, das der Hauptauftrag jedes Christen ist. Ob dann überhaupt Beteiligung an kriegerischem Handeln für den Jünger Jesu in Frage kommen kann, wird sehr fraglich sein, keine Frage aber kann sein, daß Beteiligung an atomarer Kriegführung unvereinbar ist mit dem christlichen Zeugnis. Weil das unter uns leider noch unklar ist, müssen wir Klarheit schaffen.

Unbequem müssen wir werden auch dadurch, daß wir genau das betreiben, was der

> Pharisäismus versäumt und scheut: das Kehren vor der eigenen Tür, das Fragen nach der Schuld, die unsere eigene Seite an einer Krise, an einem bösen Zwischenfall im internationalen Leben hat. Beginnt christliches Leben mit der eigenen Buße, so muß sich das auch im politischen Leben des Christen auswirken. Wir werden also je in unserem eigenen Lager die selbstkritischen Stimmen sein müssen, über deren Vorhandensein im anderen Lager man sich gewöhnlich außerordentlich freut. Die gehässige Einrede, daß wir damit das Geschäft der anderen Seite betreiben, den Gegnern Material liefern usw., darf uns nicht imponieren. Sie ist töricht, wenn man bedenkt, daß wir heute in einem Boot sitzen, beide Lager in ein und demselben gebrechlichen Kahn auf stürmischer See sich befinden; auf die Fehler der anderen Seite haben wir nur beschränkten Einfluß, auf unserer eigenen Seite müssen wir deshalb um so mehr nach dem Rechten sehen.

Gollwitzer argumentiert mit Analogien:

1. Gott hat in Jesus Christus Frieden mit den Menschen schon geschlossen.
2. Also hat der Christenmensch den Frieden mit seinen Mitmenschen zu suchen. Dieser Frieden meint sowohl
   - den Frieden mit dem unmittelbaren Nächsten,
   - den Frieden im Staat,
   - als auch den Frieden zwischen den Staaten.
3. Christen konzentrieren sich in ihren Bemühungen auf ihre eigene Umgebung, den Staat, dem sie angehören.

Gollwitzer spricht sich nicht pazifistisch gegen Militär aus; er war nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Anfang der 1950er Jahre Befürworter einer deutschen Selbstverteidigung gegen den „Osten“[18]. Ein ordentlicher Staat schützt den Frieden im Inneren mit Polizei und Justiz und mit dem Militär nach außen. Sowohl nach innen als auch nach außen verfolgt solch ein Staat eine Politik der Verminderung der Spannungen und der Gewalt. Militärische Einsätze können dann gerechtfertigt werden, wenn mit ihnen die eigene Bevölkerung geschützt wird[19].

Die Atomwaffen haben das Wesen des Kriegs jedoch grundlegend verändert: Werden Atombomben eingesetzt, noch dazu in Massen, wird im Krieg genau jenes zerstört, das mit Krieg geschützt werden soll. Deshalb sind Atomwaffen grundsätzlich zu verwerfen[20], sie können aber für eine Übergangszeit noch geduldet werden, in der Vereinbarungen über ihre Abschaffung getroffen und realisiert werden.

Die im engeren Sinn theologische Grundlegung einer christlichen Friedensethik kann man wohl so stehen lassen. Andererseits haben auch die Politik und das Militär verstanden, dass Waffen, deren Einsatz zerstört, was mit ihnen verteidigt werden soll, militärisch nicht sinnvoll sind. Die Strategie der „Massiven Vergeltung wurde durch die „Flexible Response“[21] ersetzt, Krieg

[18] Gollwitzer: *Skizzen eines Lebens*, S. 263

[19] Gollwitzer beginnt seine Überlegungen im Rahmen der mittelalterlichen Lehre vom „gerechten Krieg“, s. S. Gollwitzer: „Die Christen und die Atomwaffen“12f, vgl. Sutor: *Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden? Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses*, S. 30f. Aber für das Atomwaffenzeitalter reichen diese Überlegungen nicht aus.

[20] S. auch Gollwitzer: „Gründe, weshalb ein Christ die Atomrüstung nicht bejahen kann“

[21] Wikipedia: *Massive Vergeltung*, Wikipedia: *Flexible Response*, Walpuski und Wolf: „Zur Entwicklung der internationalen Politik“, 20f, 27f, Rosenkranz und Wolf: „Theorie der Strategien im Ost-West-Konflikt“, S. 87-91 – Die Nato-Strategie der „flexible response“, die „Nukleare Teilhabe", in der deutsche Piloten US-Atombomben womöglich auf Ziele in Deutschland abwerfen.

unterhalb der Nuklearschwelle wurde nicht nur gedacht, nicht nur ermöglicht, sondern auch geführt. An der Verfeinerung militärischer Möglichkeiten wird ständig gearbeitet[22].

[22] Es gibt immer „operative Fähigkeitslücken“, s. Richter: „Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in Deutschland“, S. 20. Ist die eine Lücke geschlossen, wird die nächste gefunden.

2 Vorklärungen für eine Denkschrift zu Krieg und Frieden

Der Rat der EKD möchte mit diesem Text

- „zur Gewissensbildung beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung“, dazu geht der Text den
- „aus der Sozialethik bekannten Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln und skizziert stets zuerst die neuen Herausforderungen, nimmt sodann eine Bewertung aus der Perspektive des Leitbilds des Gerechten Friedens vor und spricht dann konkrete Handlungsempfehlungen aus, für Politik und Zivilgesellschaft, aber gerade auch für das konkrete friedensethische Engagement der Kirche.“

Es geht also nicht um die fachpolitische Frage „Bau eines Abwasserkanals“, die man so oder andersherum behandeln könnte, ohne dass sie ethisch-moralisch Ansprüche an die Entscheider oder die anderen Beteiligten aufwirft. Krieg und Frieden sind in der Tat Gewissensfragen, denn es geht um das Leben und Sterben von Menschen. Was könnten „Orientierung“ und „Gewissensbildung“ also bedeuten?

Schaut man leicht zugängliche Literatur, dann sieht das anzustrebende Ergebnis der Orientierung in etwa so aus: Ein Mensch soll guten Gewissens in Einheit mit sich selbst handeln können. Ein Gewissen kann irren[23], schon weil der Mensch, der eine Gewissensentscheidung treffen will, sich über den Sachverhalt nicht wirklich im Klaren ist. Er kann unwissend sein, er kann aber auch durch gesellschaftliche Mechanismen an Erkenntnis gehindert werden. Damit ist nicht gezielte Manipulation gemeint, sondern ein sozialpschychologischer Vorgang, der den Erkenntnisprozess in der Politik, in der Gesellschaft und im Einzelnen blockiert: Jeder weiß irgendwie, dass Krieg fürchterliches Leid bedeutet für die betroffenen Menschen bedeutet, vielleicht sogar für den Einzelnen selbst. Niemand will Krieg, alle sind für den Frieden. Wie kommt es, dass die meisten dennoch den kommenden Krieg mit vorbereiten?[24]. Aber über Krieg wird gesprochen, als ob es um Schachspiele ginge: Wer die richtigen Züge macht, richtig gerüstet ist, richtig abschreckt, richtig zuschlägt, gewinnt am Ende[25]. – Zur Gewissensbildung hilft, wer Widersprüche zwischen dem Wissen um den Sachverhalt und dessen Realität und in der Verarbeitung der Gedanken, Absichten und Gefühle bewusst machen kann und Wege zeigt, auf denen die Einheit des guten Gewissens, also eine Einheit von kenntnisreichem Wissen und normativer Haltung gewonnen werden kann.

Soll eine Gewissensentscheidung von einem akademisch gebildeten Gremium, egal ob kirchlich oder nicht, vorbereitet werden, ist deshalb nicht nur Normenklarheit erforderlich, so es sie denn geben sollte, sondern auch die äußerst mögliche Sachkunde. Entscheidungen, die den Einzelnen in seiner Person betreffen, dürfen nicht auf ein Hören-Sagen gegründet werden.

[23] EKD: *Gewissensentscheidung*, Evangelischer Erwachsenenkatechismus, S. 337. Es geht um das Verhältnis des Menschen zu sich selbst (Aristoteles: *Nikomachische Ethik*, S. 251, 1166a): Der Mensch will im Denken mit sich selbst übereinstimmen. Das setzt voraus, dass er denken und sich vorstellen kann, was ihm bei entsprechender Anstrengung zur Verfügung stünde. „Kommt der Gewissensruf aus der gefährdeten Einheit des Menschen mit sich selbst, so ist nun nach dem Inhalt der Einheit dieser Einheit zu fragen. […] Die große Veränderung tritt, was wir nun begreifen, in dem Augenblick ein, in dem die Einheit der menschlichen Existenz nicht mehr in seiner Autonomie besteht, sondern – durch das Wunder des Glaubens – jenseits des eigenen Ichs und seiner Gesetze in Jesus Christus gefunden wird.“ Bonhoeffer: *Ethik*, S. 257. Das aber ist kein Aufruf zur kurzschlüssigen Verfolgung des Weges, den ich mir als Nachfolge einbilde. Von der gebotenen sachlich-fachlichen Strenge gibt es keinen Dispens. Teure Gnade setzt anstrengende Erkenntnis voraus. Sie gibt es nur in der Prüfung von allem, was der Erkenntnis helfen kann. – Gewissensbildung setzt die Kenntnisnahme der Vielfalt der Stimmen voraus. –

[24] Waldrich: *Pazifismus und Militarismus*

[25] Ein Beispiel ist die bestenfalls kindische Diskussion in der Denkschrift um einen Raketen-Präventivkrieg gegen Russland (Denkschrift 2025, S. 114f).

Genau deswegen ist das „Sehen“ so wichtig: Was überhaupt ist die Frage, um die es geht? Welches ist der Sachverhalt? Einfach gesagt: Der Konflikt muss von allen Seiten betrachtet werden, sowohl von den äußeren Seiten der Welt als auch im Inneren des einzelnen Menschen.

Politische Fragen sind immer umstritten. Geht es um politische Fragen von Leben und Tod, dürfte der Streit noch heftiger sein. Soll aufgrund des „Sehens“ eine Entscheidung getroffen werden, sind alle Seiten des Problems zu erfassen und zur Darstellung zu bringen[26]. – Noch schwieriger steht es mit dem „Urteilen“. Beim theologisch-ethischen Urteil fängt der mögliche Irrtum schon damit an, dass der Bibel nichts über die politischen Probleme der Gegenwart zu entnehmen ist, auch nicht durch Analogie-Schlüsse oder andere Auslegungsverfahren. Das Neue Testament ist durch die Erwartung des nahen Reiches Gottes geprägt, in dem die Herrschaft von Gott selbst ausgeübt wird, von seinem Sohn und dem Heiligen Geist; Krieg und Frieden waren keine ethischen Herausforderungen, weder für die junge Gemeinde noch für den Einzelnen, denn die Welt ist eh morgen zu Ende.

Dass die Erfüllung dieser Reich-Gottes-Erwartung noch ein paar Tausend Jahre ausbleiben könnte, ist in der Bibel nicht vorgesehen.

Alles änderte sich, als die Kirche Staatskirche wurde, die sogenannte „Konstantinische Wende“[27]. Der römische Staat führte Kriege, absichtlich oder notgedrungen, er brauchte Soldaten, wollte er nicht untergehen. Aber damit wurde das Christentum eine Religion gegenwärtiger politischer Herrschaft, das Reich Gottes verschwand in den Gottesdienst.

Nach 2000 Jahren bleibt ein sehr weit gespanntes christliches Erbe: Von der Gewaltfreiheit Jesu bis zur christlichen Armee. Was hier und heute der Maßstab des Urteils sein könnte, dürfte auch unter Christen umstritten bleiben. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass ein Urteil Folge eines schon bestehenden politisch-weltanschaulichen Verhältnisses zur gegebenen Welt ist, das die Wahrnehmung und Beurteilung der Herausforderungen mindestens mitbest[28]. – Das Handeln wiederum scheint zwar logisch aus den Sehen und Beurteilen zu folgen, aber es sind viele Randbedingungen sind zu klären.

Natürlich ist es völlig richtig, die Haltung zu Krieg und Frieden vom Gewissen bestimmen zu lassen. Eine kirchliche Denkschrift kann eine außerordentliche Hilfe sein. Aber nur wenn sie die Vielfalt der möglichen Analysen und Entscheidungen ausbreitet, die der Einzelne für sich verarbeiten sollte.

Wenn diese Kirche dann noch der Demokratie einen Dienst erweisen will, muss sie sich auf die demokratischen Kontroversen einlassen und für diese Vielfalt Kriterien, Maßstäbe erarbeiten und sie dem Publikum, dem christlichen und dem nichtchristlichen, vorstellen und ihre Bedeutung für die verschiedenen Sichtweisen auf die Welt öffentlich zeigen. Ein quasi offizieller Text der Kirche wie eine Denkschrift des Rates der EKD zu politischen Herausforderungen muss den anerkannten Kriterien der politischen Bildung entsprechen[29].

Es geht nicht unter einem kirchlichen „Beutelsbacher Konsens“[30].

[26] Seit Schleiermacher auch in der Theologie eine Selbstverständlichkeit, in der Politik sowieso, s. Nowak: *Schleiermacher*, S. 286, ein Rückgriff auf Aristoteles und Platon. – Einfach gesagt: Niemand weiß alles, das Wissen entsteht in Rede und Gegenrede.

[27] Wikipedia: *Konstantinische Wende*

[28] „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, S. 9 – Kritische Theologie bezieht diesen Satz von Marx in ihre Selbstprüfung mit ein.

[29] Ein Buch über Krieg und Frieden wie „Frieden“ (Gronemeyer: *Frieden*) sollte es begleiten können: Gründlich nach allen Seiten, einen eigenen Standpunkt in den Kontroversen ermöglichend. Der Autor Reimer Gronemeyer ist Theologe und Sozialwissenschaftler, beides (Wikipedia: *Reimer Gronemeyer*).

[30] Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens* – Diese Denkschrift entspricht nicht den

Die Denkschrift meint aber alles ganz anders, wie ein Interview mit Reiner Anselm, Mitautor des Textes, erkennen lässt[31]:

> Die Denkschrift argumentiert auch deutlich stärker theologisch-ethisch. Ihr Ausgangspunkt ist die Forderung Jesu zur Gewaltlosigkeit. Intensiver aber als 2007 setzt sich die Denkschrift mit der Frage auseinander, wie diese Forderung ins Verhältnis zu setzen ist mit der biblischen Einsicht in die Sündhaftigkeit des Menschen und mit der Erfahrung, dass unsere Welt auch von Gewalt, Krieg und Unrecht bedroht ist. Sie endet dabei mit dem Vertrauen, dass Gottes verheißener Friede uns in den schwierigen Abwägungen der Friedensethik orientieren kann.
>
> Diese Zielrichtung, zur ethischen Urteilsbildung von Christinnen und Christen, zur Gewissenschärfung beizutragen, stellt ebenfalls einen neuen Fokus dar – wie überhaupt die neue Denkschrift sich stärker an konkreten Fragen orientiert: Was hat Friedensarbeit mit Klimaschutz zu tun? Wie kann hybrider Kriegsführung begegnet werden? Welche ethischen Abwägungen sollten bei Fragen des Wehrdienstes und der Kriegsdienstverweigerung leitend sein? Gibt es in bestimmten Fällen eine Pflicht zur Waffenlieferung?

Es geht um eine Einstimmung in die Politik, die die Obrigkeit als richtig ansieht[32], durch die Kirche. Sie soll ins Gewissen eingeschärft werden[33]. Luther, der in seiner Obrigsschrift den staatlichen Autoritäten die Macht bestreitet, die Gewissen zu formen, wäre nicht damit einverstanden, dass die Kirche eine politische Ideologie, die nichts mit dem Glauben zu tun hat,

Anforderungen, die die EKD an sich selbst stellt, EKD: *Das rechte Wort zur rechten Zeit – eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche*, etwa S. 43. Eine kirchliche Denkschrift wäre sicher nutzlos, würde sie nur den politischen Pluralismus in sich selbst wiederholen, aber sie soll in ihren Aussagen die Pluralität des Bekenntnisses wiederspiegeln. Und da sind in den Fragen von Krieg und Frieden die Auffassungen immer noch verschieden, gar gegensätzlich. – „Beutelsbach“ auch angesprochen von Theodor Ziegler in Umdenkschrift 2, S. 217.

[31] Evangelische Akademie zu Berlin: *Interview mit Reiner Anselm und Friederike Krippner zur neuen EKD-Friedensdenkschrift*

[32] Die Autoren sind sicher gekränkt, wenn man sie mit dem Moskauer Patriarchen Kyrill vergleicht. „Das geistliche Oberhaupt Russlands hat ein Buch über den Krieg geschrieben – im Westen zu bekommen ist es nicht. […] Die zentrale These steht bereits auf Seite fünf. Denn das erste Kapitel, ‚Der metaphysische Kampf‘, ist Wort für Wort die Predigt, die Kyrill am 6. März 2022 in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale hielt, elf Tage nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine: ‚Es geht nicht um Politik, sondern um etwas anderes und weit Wichtigeres. Es geht um das Heil des Menschen.‘ Und dann der Satz, aus dem der Titel erwächst: ‚Wir sind in einen Kampf eingetreten, der nicht physische, sondern metaphysische Bedeutung hat.‘ […] Im Kapitel ‚Der Krieg gegen das ins menschliche Leben eingelassene Böse‘ ruft der Patriarch dann den Erzengel Michael als Zeugen auf, denn der habe ‚den ersten Sieg über das Böse‘ errungen – wonach sich für Kyrill jede Verhandlung theologisch verbietet: ‚Ein Kompromiss‘ zwischen Gut und Böse sei ‚unmöglich‘. Wo der Gegner das Böse verkörpert, wird Frieden zum Verrat.“ Weigandt: *Russlands Glaubenskrieg*

[33] Alles nicht neu. Schon nach Machiavelli braucht der Krieg Soldaten, die nicht nur den Gesetzen, sondern der Religion gehorchen. Ungehorsam gegenüber den Kommandeuren ist das Ungehorsam gegen Gott, s. S. 93. Allerdings ist die christliche Religion nicht heldisch, also für den Krieg wenig geeignet. Dieses Problem wurde später findig gelöst: „Einen großen Schritt weiter gingen politische Denker wie der Piemontese Giovanni Botero, der am Ende des 16.Jahrhunderts die schwierige Synthese aus Staatsräson und Christentum zu bewerkstelligen suchte. In Übereinstimmung mit Machiavelli betrachtete Botero die Religion als wichtigstes Mittel der Politik. Im Unterschied zu diesem hielt er das Christentum für besonders geeignet, um die Macht des Herrschers zu stärken. Die christliche Religion gründete sich auf das Gewissen; durch sein Gewissen erkannte sich der Christ als sündhaft und erlösungsbedürftig. Wenn man ihm die Christenpflicht einschärfte, seinem von Gott Herrscher bedingungslos zu gehorchen, stand dem Ausbau der Staatsgewalt nichts mehr im Wege. Die damit begründete christliche Staatsräson wurde im 17. Jahrhundert von Kardinal Richelieu weitergedacht und zugleich meisterlich praktiziert.“ (Reinhardt: *Machiavelli oder die Kunst der Macht – eine Biographie*, S. 369)

über ihre Einrichtungen in das Gewissen der Gläubigen transportieren will. Hier fängt Häresie an.

Eine kurze, aber völlig ausreichende Kritik der Denkschrift 2025 könnte sich auf ein einzige Hauptmerkmal des Textes beschränken: Entspricht der politische Teil der Denkschrift dem Kontroversgebot der politischen Bildung? Antwort: Die politische Analyse, die dieser Text enthält, ist 1 zu 1 mit irgendwelchen Regierungs- und/oder Bundeswehrtexten kompatibel[34]. Es fehlt auch nur der Hauch einer anderen Sicht auf die Dinge[35]. Der Text erfüllt also nicht den minimalsten Standard politischer Bildung. Eigentlich reichen zwei Seiten Text.

Aber der Text wird seine Wirkung haben, zumal er in Veranstaltungen der kirchlichen Obrigkeit verbreitet wird. Also muss er sowohl in seinen Hauptlinien als auch in vielen Einzelheiten kritisiert werden. Das wird – jedenfalls in diesem Rahmen – nur an einzelnen Textteilen möglich sein. Sie werden herausgegriffen und exegisiert. (Die Auswahl mag man kritisieren.)

[34] In der initiierenden Schrift Ackermann: *Maß des Möglichen: Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine* – ein Debattenbeitrag, S. 14-16 findet sich eine unfassbar simple politisch-historische Einordnung, in der auch auf Carlo Masala Bezug genommen wird. Der Text fällt weit hinter Thukydides zurück, der zwischen Ursachen und Anlässen unterschied (Thukydides: *Der Peloponnesische Krieg*, S. 25, Nr. I 23, 24). – Eine falsche, weil ideologiegetriebene Analyse der politischen Welt, politikwissenschaftlich klingendes Geschwafel jenseits einer konkreten Wahrnehmung der konkreten Welt, zerstört jede noch so feine Sammlung theologischer und rechtsphilosophischer Überlegungen zum Frieden; Theologen sind auch nur Juristen: „Die Subsumtion (von lat. sub, unter, und sumere, nehmen, Partizip II sumptum, gelegentlich Subsumption geschrieben) ist der Vorgang, bei dem man einen Begriff unter einen anderen ordnet. In der Rechtswissenschaft wird der Begriff als Anwendung einer Rechtsnorm auf einen Lebenssachverhalt („Fall“), das heißt als Unterordnung des Sachverhaltes unter die Voraussetzungen der Norm, verstanden.“ Wikipedia: *Subsumtion (Recht)* - Selbst wenn die Norm bestens verstanden ist, der Fall aber gar nicht, ist das Urteil immer falsch und die Klausur nicht bestanden.

[35] Alternative Sichtweisen wären K. v. Dohnanyi: *Nationale Interessen* – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche oder Verheugen und Erler: *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*. Helmut Schmidt sah die Russland-Ukraine-Politik des Westens sehr kritisch (Reuters: „Ukraine-Krise“). Nichts davon wird in die Denkschrift aufgenommen, geschweige denn diskutiert. Die katholische deutsche Bischofskonferenz verhält sich übrigens nicht anders, auch sie übernimmt als Beschreibung der Gegenwart, was die Politik vorgibt, s. Thomas Nauerth: „EKD und DBK melden Zeitenwendevollzug“ (Umdenkschrift 3, S. 61-64). – In einem Podcast über ablehnende Reaktionen auf die Denkschrift nimmt Reiner Anselm, einer der Mitverfasser, Kritik an der Zeitdiagnose genau nicht zur Kenntnis, er hält sie vielmehr für eine Reaktion mit den Reflexen vergangener Zeiten (Interview mit Reiner Anselm), herablassend „Hofgartengeneration“ genannt. Stattdessen wundert er sich, er tut wenigstens so, über positive Reaktion aus der Politik, von Wadephul bis Kiesewetter. Die politisch-historische Diskussion wird weiterhin verweigert.

3 Der Titel: „Welt in Unordnung“

Ein Vorwort kann als Begründung und als Versprechen gelesen werden: Warum gibt es diesen Text und was erwartet den Leser?

> Vorwort der Bischöfin Kirsten Fehrs –
> Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
> Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) weiß sich in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet. Im Vertrauen auf den Frieden Gottes setzt sie sich dafür ein, dass ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit möglich wird. Sie versteht diesen Einsatz als Teil ihrer öffentlichen Verantwortung. Mit dieser Denkschrift möchte sie daher zur Gewissensbildung beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung.

Inwiefern ist die Kirche „in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet“? Unterscheidet sie das von solchen anderen Organisationen, die sich andere Aufgaben gestellt haben, oder ist die Pflicht zum Frieden im kirchlichen Dienst eine besonders hervorgehobene Aufgabe? Aus beidem folgt die Pflicht, sich der Sache mit nicht zu überbietender Sorgfalt anzunehmen.

Der Text kann also daraufhin überprüft werden, ob sich die Autoren dieser äußersten Anstrengung unterzogen haben.

> Die Welt ist in Unordnung: Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht ins vierte Jahr. Seit dem Terrorakt der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verschärft sich die Situation im Nahen Osten immer weiter – mit grausamen humanitären Folgen. Die Subsahara-Region Afrikas bleibt Brennpunkt gewaltsamer Auseinandersetzungen, mehr als die Hälfte der weltweiten Gewaltkonflikte werden hier ausgetragen. Demokratien weltweit stehen unter Druck. In den USA kann man beobachten, wie autoritäre Umstrukturierungen erfolgreich sein können. Der Wille zur Verständigung schwindet, Interessenskonflikte und das kaum mehr kaschierte Bemühen, die eigenen Interessen durchzusetzen, sind unübersehbar.

Dieser Absatz sollen sicher nur schlaglichthaft die gegenwärtige Situation verdeutlichen und keine Analyse sein. Aber stimmen diese Schlaglichter? Der russisch-ukrainische Krieg hat seinen politischen Zusammenhang[36] ebenso wie der Angriff der Hamas. Vorgeschichte verschwindet in diesen Formulierungen. Der Akt der Hamas hat „grausame humanitäre Folgen“. diese Folgen scheinen von ganz allein aus dem Handeln der Hamas entstanden zu sein, ohne jedes weitere tätige Subjekt.

Und wenn Demokratien „unter Druck“ stehen: Will ein äußerer Feind diese Demokratien beseitigen, oder haben diese Demokratien sich mit ihrer Politik im Inneren selbst unter Druck

[36] Eines Tages wird man womöglich über den russisch-ukrainischen Krieg so ähnlich sprechen wie Krippendorff (Wikipedia: *Ekkehart Krippendorff*) 1985 über den zehn Jahre früher beendeten Vietnamkrieg, s. S. 101. Im Westen wird die eine Kriegsursache der Nato-Ostexpansion weggedrückt, der ukrainische Ethnonationalismus als andere Ursache ignoriert. Was aus Russland gesagt wurde, wurde nicht ernst genommen. Und in Russland schätzten die politische und die militärische Führung die Kräfteverhältnisse und damit ihre Handlungs- und Erfolgsmöglichkeiten vollständig falsch ein. Denn die Diskussion der realen politischen Prozesse, wie sie beispielsweise Ulrich Duchrow (Umdenkschrift 2, S. 148ff) skizziert, würde den politisch-weltanschaulichen Pfeiler der Denkschrift zerstören. – Wer sich über internationale Politik und das Militär äußert, muss sich immer klar machen, dass er allergrößten Dummheiten und unfassbaren Fehl- und Falschurteilen begegnet. Das wird sich auch nicht ändern, ob mit oder ohne Beratung durch jene Denkübungen, die Politikwissenschaft zu nennen man sich angewöhnt hat. Der gegenwärtige Krieg der USA gegen Iran zeigt das wieder einmal.

gesetzt? „Der Wille zur Verständigung schwindet“, wenn Russland eine Beachtung seiner (selbstdefinierten) Sicherheitsinteressen verlangt und der Westen sie demonstrativ verweigert in der Hoffnung, Russland werde schon klein beigeben?

Keine Frage, dass es sich um sehr ernste Gegenstände handelt. Allerdings kommen diese Schlaglichter kommen aus einem einzigen gerichteten Scheinwerfer. Einen anderen scheint es nicht zu geben. Und was dann im Dunkeln bleibt, gibt es nicht. – Kein guter Start.

> Orientierung will diese Denkschrift für zentrale Themen unserer Zeit geben: Es geht um friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung, um Waffenlieferungen, um Wehr- und Dienstpflicht, um die Herausforderungen hybrider Kriegsführung und Terrorismus. Die Denkschrift bietet keine fertigen Antworten an, erst recht keine einfachen Patentrezepte, sondern sie lädt dazu ein, Fragen neu zu stellen, die eigenen Positionen zu prüfen und das Gewissen zu schärfen. Denn erst auf der Grundlage einer eigenen, reflektierten Position ist eine Verständigung über den besten Weg zur dauerhaften Sicherung des Friedens möglich. […]
>
> In dieser Denkschrift findet sich eine weiterentwickelte friedensethische Akzentsetzung der Evangelischen Kirche in Deutschland. So werden neben der Betonung der bleibenden prinzipiellen Orientierung evangelischer Friedensethik an Jesu Predigt der Gewaltfreiheit zugleich die vier Dimensionen neu profiliert, die in ihrem Zusammenspiel den Gerechten Frieden auszeichnen: Nun ist von dem Schutz vor Gewalt, der Förderung von Freiheit, dem Abbau von Ungleichheiten sowie dem friedensfördernden Umgang mit Pluralität die Rede. Darüber hinaus gilt der Schutz vor Gewalt als grundlegendes Gut, auf dem die anderen drei Dimensionen aufbauen. Ohne den Schutz vor Gewalt kann es weder eine Förderung von Freiheit noch den Abbau von Ungleichheiten oder einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität geben – und umgekehrt ist ein Friede, der nur auf die Abwesenheit von Gewalt setzt, die anderen Dimensionen aber vernachlässigt, nicht dauerhaft stabil. Neu akzentuiert werden außerdem u. a. das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik, die Bedeutung von Konflikten im digitalen Bereich, von Kriegsverbrechen im Kontext der sexualisierten Gewalt, von Fragen des Klimaschutzes sowie die bildungspolitische Verankerung friedensethischer Fragestellungen und der Schöpfungsbewahrung als Querschnittsthemen der gesamten Friedensethik.

Dagegen kann man – mindestens auf den ersten Eindruck - nichts sagen. Man kann nur hoffen, dass dieser Anspruch eingelöst wird.

> Im Hintergrund dieser Akzentsetzungen steht das Bemühen, grundlegende normative Maßstäbe und konkrete politische Herausforderungen aufeinander zu beziehen.

In dieser Allgemeinheit sicher richtig. Aber welches sind die Herausforderungen und wie bestimmt man sie?

> Dies zeigt sich etwa in der Einschätzung der Anwendung von Gegengewalt im Fall eines Staates, der einem völkerrechtswidrigen Angriff ausgesetzt ist. Trotz des grundsätzlichen Vorrangs der Gewaltfreiheit, so die Argumentation, ist hier nicht nur völkerrechtlich, sondern auch ethisch die Anwendung von Gegengewalt legitim.

Es scheint so gewesen zu sein, dass die russische Regierung eines Tages zum Frühstück beschlossen hat, die Ukraine zu überfallen. Einfach so. Aus Jux oder aus Verblendung. Jedenfalls aus einem

unverständlichen, nicht nachvollziehbaren Motiv[37]. Gegengewalt geht völlig in Ordnung, ihre Unterstützung damit auch. Allerdings wäre vielleicht noch zu klären, wer diese Gegengewalt ausüben darf. Könnte es sein, dass neben dem Betroffenen, der in keinem Bündnis ist, auch andere Staaten eingreifen dürfen, wenn sie es wollen, um Klarheit zu schaffen?

Oberflächliche Analysen führen zu falschen Schlussfolgerungen. Es könnte ja sein, dass der Ursprung dieses Kriegs komplexer ist und eine offenkundig scheinende Handlung alles nur schlimmer macht.

> Schwieriger stellt sich die Lagebeurteilung in Spannungsverhältnissen bei Staaten dar, die mit der Bedrohung durch die atomare Aufrüstung anderer konfrontiert sind, wie im Fall von Israel und dem Iran. In solchen Konstellationen ist es mitunter notwendig, zwischen der ethischen Beurteilung und der politischen Einschätzung zu unterscheiden. Dann gilt: In solchen Konstellationen gibt es keine „guten“ Lösungen im ethischen Sinn, wohl aber Optionen, die unter den gegebenen Umständen als am wenigsten problematisch erscheinen. Das ist besonders im Blick auf Atomwaffen der Fall: Der ethisch gebotene Verzicht bleibt orientierend, ist angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber politisch schwer zu vertreten – ein Zustand, der sich wiederum für eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung denken lässt.

Auch hier wieder eine Aussage, die den Kern des Problems nur streift, auch nur streifen will.

> Christliches Ringen um den Frieden geht im ethischen und politischen Engagement nicht auf. Es ist getragen und geleitet vom Glauben an den Gott des Friedens.

Was mag „geht im […] Engagement nicht auf“ bedeuten? Worin besteht ein Wirkungs-Mehr, ein Mehrwert der Wirkung? – Es gibt ihn nicht. – Aber so kann eine Entschuldigung vorbereitet werden:

> Als Ausblick möchte ich all unser menschliches Bemühen um eine verantwortbare evangelische Friedensethik unter den Frieden Gottes stellen, der höher ist als alle Vernunft. Er richtet unsere ethische Theoriebildung ebenso aus wie unser friedenspraktisches Handeln und hält uns an, an einer Überwindung aller Gewalt zu arbeiten.

Wenn die Theorie nicht ordentlich ist, hat Gott beim Nachdenken schlecht geholfen. Aber vielleicht haben wir uns auch nicht richtig angestrengt.

[37] Diese Schlichtheit könnte als Resultat unserer Medienwelt genommen werden (Krüger: *Mainstream – warum wir den Medien nicht mehr trauen*, S. 102-128, 136–144, die Texte von Eckart Spoo und Uli Gellermann in Strutynski: *Ein Spiel mit dem Feuer die Ukraine, Russland und der Westen*). Dann wäre es nur Dummheit. Sie folgt aber in voller Absicht der ideologischen Konstruktion in Ackermann: *Maß des Möglichen: Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine – ein Debattenbeitrag*, S. 14-16. Die Denkschrift will sich in die staatliche Politik einordnen. – Krieg kann so aber nicht verstanden werden. Bei Clausewitz hätte man lernen können: „Der Krieg entsteht nicht urplötzlich; seine Verbreitung ist nicht das Werk eines Augenblicks; es kann also jeder der beiden Gegner den andern großenteils schon aus dem beurteilen, was er ist, was er tut, nicht nach dem, was er, streng genommen, sein und tun müßte.“ Clausewitz: *Vom Kriege*, S. 197 und im Anhang s. S. 95.

4 Abstract: „Zehn Kernaussagen dieser Denkschrift“

> 1. **Angesichts der Grausamkeit von Tod, Vergewaltigung, Verletzung und Traumatisierung durch bewaffnete Konflikte muss der Schutz vor Gewalt im Zentrum der Bemühungen von Politik, Zivilgesellschaft und Kirche stehen.** Schutz vor Gewalt beinhaltet die Garantie der territorialen Integrität eines Landes. Einem rein sicherheitspolitischen Friedensverständnis ist zu widersprechen. Denn Gerechter Friede entsteht erst dort, wo neben der Waffenruhe auch Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen. Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik Bedingungen dafür schafft. In Verteidigung muss investiert werden, denn sie dient dem Schutz von Menschen, Rechten und öffentlicher Ordnung. So wichtig dieser Schutzauftrag ist, so sehr bedarf es des richtigen Augenmaßes beim Ausbau der militärischen Kapazitäten. Verteidigung muss rechtsstaatlich eingehegt, ethisch begründet und parlamentarisch legitimiert bleiben. Es braucht Rüstungskontrolle, Abrüstungsperspektiven und größtmögliche Transparenz.

Von einer globalen Welt des Friedens und der Gerechtigkeit wie in der Denkschrift von 2007[38], s. S. 67, ist in diesem Text nicht mehr die Rede, sondern von den Bedingungen der eigenen Lage[39]. Das ist keine Belanglosigkeit, sondern greift schon in den Kern des Evangeliums. Es ist – nach Gollwitzer geurteilt – ein Text der Ängstlichen[40]:

> Sprechen wir von der Kirche in der zerspaltenen Welt, so bekennen wir die Botschaft von dieser umfassenden und einenden Liebe. Gilt jenes „alle“ und jenes „einer“, so gibt es also schlechthin keinen Grund mehr, andere Menschen als außerhalb dieser Umfassung befindlich anzusehen, keinen Grund mehr, das Miteinander einzuschränken oder ganz aufzuheben, keinen Grund mehr, jenen Unterschieden eine Geltung und Kraft zuzuschreiben, durch die die Realität dieser Einung irgendwie beschränkt oder spiritualisiert oder unsichtbar gemacht würde.
>
> Würde ich aber irgendeinem Unterschied auf Erden, einem Unterschied der Rasse, der Nation, der Klasse (oder des Sicherheitsbedürfnisses; HL) und der Ideologie eine Kraft der Trennung zubilligen, die jene Kraft der Einung überträfe oder ihr mindestens eine Bedeutung nur noch für den Himmel, aber nicht für die Erde, nur noch für das Jenseits, aber nicht für das Diesseits, nur noch vor Gott, aber nicht unter den Menschen ließe, so hätte ich damit sofort bekannt, daß ich mindestens hier auf Erden nicht von jener umfassenden Liebe lebe, sondern von den Gütern und Werten, um die es sich bei jenen Unterschieden handelt, daß also das Evangelium vielleicht für die Ewigkeit, sicher aber nicht für die Zeit, vielleicht für den Himmel, sicher aber nicht für die Erde tauge;

[38] Aus der Denkschrift von 2007: „Übereinstimmend werden in dieser Denkschrift Grundsätze und Maximen vertreten, die ebenso einfach wie überzeugend sind: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus. Staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik muss von den Konzepten der »Menschlichen Sicherheit« und der »Menschlichen Entwicklung« her gedacht werden.“ EKD: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*, S. 9, Evangelischer Erwachsenenkatechismus, S. 554-569, so auch Evangelisch-reformierte Kirche: *Um Gottes Willen.* Frieden fördern - Gewalt unterbinden.

[39] Man vergleiche Papst Leo XIV.: *„Magnifica Humanitas“ – Enzyklika vom 15. Mai 2026* ab Abschnitt 182. Die EKD ist nun mal germanische Eigenkirche. – Die katholische Kirche in Deutschland, immer noch den Bismarck-Schock im Gemüt, wird es immer wieder.

[40] Gollwitzer: *Gollwitzer Brevier*, S. 453f

> ich hätte eine Platonisierung des Christentums vollzogen, mit der die Leiblichkeit der Inkarnation, die historische Realität des Kreuzes, die Leiblichkeit der Auferstehung und die Hoffnung der neuen Welt als einer wirklichen Welt, also der ganze Inhalt des christlichen Bekenntnisses durchgestrichen wäre.

Die Denkschrift beschäftigt sich hier mit dem Verhältnis von Außen- und Militärpolitik. Das Konzept erinnert von fern an die traditionelle Nato-Politik des Harmel-Berichts von 1967[41].

> Die NATO sollte als ein Faktor des dauerhaften Friedens gestärkt werden. Sie sollte:
> 1. Einerseits durch ausreichende militärische Stärke abschreckend wirken, um die militärische Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten eindeutig und zweifelsfrei zu gewährleisten
> 2. Andererseits sollten unter dem Vorzeichen gesicherten militärischen Gleichgewichts dauerhafte Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts hergestellt werden, um grundlegende politische Fragen lösen zu können.

Vom „Gemeinsamen Haus Europa“ (Gorbatschow)[42] und einem Europa der „Charta von Paris“[43] ist nicht die Rede. Die Denkschrift beschäftigt sich mit beidem nicht.

Merkwürdigerweise ist der Schutz der Souveränität vor Umstürzen im Innern, die von Außen angeleitet und befördert werden, nicht Teil dieses gerechten Friedens. RegimeChange von außen in einem Bündnis mit illegitimen Kräften im Inneren, also der illegale Regierungswechsel in der Ukraine, ist möglich. – Neben der Waffenruhe muss auch „Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen“. Was immer diese Rede nun genau heißen mag: Frieden mit Russland gibt es wohl erst, wenn Russland in sich selbst so frei, gerecht, friedensfördernd und in sich so plural sind, wie die Nato-Staaten behaupten, es zu sein. Unter der Kapitulation geht es dann nicht[44].

Dazu muss aufgerüstet werden, ideologisch und militärisch, rechtsstaatlich natürlich.

Aber Frieden und Sicherheitspolitik haben nicht unbedingt etwas miteinander zu tun.

Dieser Abschnitt der Denkschrift lässt schon das ganze Elend dieses Textes erkennen: Das (von sonstwo her) vorgegebene Konzept politischer Analyse und Herausforderung modifiziert die theologischen und ethischen Postulate bis zur Brauchbarkeit[45]. Dabei kommt es noch nicht einmal zu einer halbwegs kritischen Reflexion des Theorems vom „Gerechten Krieg“, wie sie die

[41] Wikipedia: *Harmel-Bericht*

[42] Jäger: „Gorbatschow reloaded: ‚Gemeinsames Haus Europa‘ als Alternative zum Krieg“

[43] Konrad-Adenauer-Stiftung: *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990*

[44] Kiesewetter und Worschech: *Europa muss auf die Kapitulation Russlands hinarbeiten*

[45] „Die Augurien bildeten nicht nur, wie oben gesagt, die Hauptgrundlage der altheidnischen Religion, sondern sie waren auch die Ursache des Gedeihens der römischen Republik. Daher sorgten die Römer mehr für sie als für irgendeinen andern Brauch. Sie bedienten sich ihrer bei den Konsulwahlen, beim Beginn der Feldzüge, beim Auszuge der Heere, vor den Schlachten und bei jeder wichtigen bürgerlichen oder kriegerischen Handlung. Nie hätten sie einen Feldzug unternommen, ohne die Soldaten zu überzeugen, daß ihnen die Götter den Sieg verhießen. Unter den übrigen Wahrsagungen hatten sie bei den Heeren gewisse Auspizien, die sie Pullarien nannten. So oft sie dem Feind eine Schlacht liefern wollten, mußten die Pullarier ihre Auspizien anstellen. Fraßen die Hühner, so focht man mit guten Vorzeichen, fraßen sie nicht, so gab man den Kampf auf. Gebot jedoch die Vernunft, etwas auszuführen, so wurde es auch bei ungünstigen Auspizien unter allen Umständen ausgeführt; nur wandte und deutete man die Sache so geschickt, daß sie nicht unter Mißachtung der Religion zu geschehen schien.“ Machiavelli: *Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte*, Kap. I 14

evangelisch-lutherischen Bischöfe Finnlands ein halbes Jahr vorher vorgelegt haben[46].

Der gegenwärtige Papst Leo XIV. kennt destruktive religiöse Texte[47]:

> Wenn wir den Frieden als ein fernes Ideal betrachten, finden wir es nicht mehr skandalös, dass er verweigert werden kann und sogar Kriege geführt werden, um Frieden zu erreichen.

> 2. **Hybride Kriegsführung, digitale Desinformation und Cyber-Operationen fordern ein breites Verständnis von Sicherheit.** Die staatliche Verteidigungsfähigkeit ist sowohl in Bezug auf hybride Kriegsführung als auch auf Cyber-Angriffe im europäischen Netzwerk zu denken. Demokratien, die angewiesen sind auf mündige Bürgerinnen und Bürger, sind besonders anfällig für hybride Kriegsführung. Zivilgesellschaftliche Resilienz, Bildung und der Schutz demokratischer Diskurse sind daher neben Verteidigungsfähigkeit zentrale Aufgaben einer präventiven Friedenspolitik. Die Kirche ist in der Pflicht, zur Aufklärung beizutragen und gegen gesellschaftliche Polarisierung und (algorithmisch verstärkte) Radikalisierung Stellung zu beziehen.

Die Demokratie muss das Denken sich für mündig haltender Bürger so betreuen, dass sie in dem Rahmen denken, in dem sie sich bewegen sollen. Alles andere ist Desinformation, russische natürlich. Und die Kirche hat die Pflicht, darin an der Herstellung der politischen und auch kriegerischen Folgebereitschaft ihrer Mitglieder mitzuwirken. – Der Einzelne ist Teil einer zu lenkenden Masse[48]. – Dass auch der Westen, gar die NATO desinformieren könnte, wird noch nicht einmal gedacht.

Dass christlich gesehen der Mensch als Einzelner sich vor seinem Gott zu verantworten hat, ist auf diese Weise politisch und christlich beseitigt. Ebenso wird gleichgültig, dass das GG dem Einzelnen das Recht auf freie Meinungsbildung gewährt.

> GG Art 5 Abs 1 Satz 1: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

[46] Evangelical Lutheran Church of Finland: *The Call to Peace Evangelical Lutheran Church of Finland,* Bishops' letter, 2025, S. 21-25.– Neuerdings ähnlich der Präfekt des „Dikasteriums für die Glaubenslehre“, Víctor Manuel Kardinal Fernández, in einem Referat vor Kardinälen (SPIEGEL: „Vatikan-Glaubenshüter Víctor Fernández wirft Israel, USA, Russland und EU fehlende Moral vor“): „In diesem erklärte Fernández außerdem, dass sowohl Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine als auch die USA bei ihrer militärischen Mitwirkung im Nahen Osten von einer »Form der Selbstverteidigung« sprächen. In Gaza, im Libanon und in der Ukraine führe der Rückgriff auf ein in Anspruch genommenes Recht auf Präventivschläge zu solchen Rechtfertigungsstrategien. Die kriegerischen Handlungen erschienen wie Anwendungen theologischer Kriterien. Die Lehre der Kirche, so der Kardinal, werde »manipuliert, um ein Fundament für die ungerechtesten Kriege zu liefern; statt Kriege zu beenden, helfe sie, Kriege zu rechtfertigen.« Auch aus diesem Grund müsse die Idee des gerechten Krieges »revidiert und verbessert werden, damit sie nur noch im engsten Sinn verstanden werden könne«. Papst Leo XIV. hatte genau dies in seiner ersten Enzyklika »Magnifica humanitas« gefordert.“ Aus der Enzyklyka s. S. 79.

[47] Papst Leo XIV.: *Botschaft von Papst Leo XIV. zum 59. Weltfriedenstag 2026*, auch Umdenkschrift 3, S. 368-376. Ein Kommentar „Gut geflüstert, Löwe!“ von Peter Bürger Umdenkschrift 3, S. 385-389 – Von der deutschen katholischen Kirche hört man nichts, das sich auf dieser Linie bewegt.

[48] Hier kommt der Kern des neuen Gewissensbegriffes zum Vorschein, s. S. 14.

Denn wir leben in einem mentalen Belagerungszustand. Da muss man es mit dem Recht, das sonst so zentral in diesem Text ist, ausnahmsweise mal nicht so ernst nehmen[49]. Denn, Prinzip 10 der Kriegspropaganda nach Lord Ponsoby[50]:

> Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Grundrechte gelten unter dem Vorbehalt der politischen Lage. Die politische Freiheit des einzelnen Christenmenschen setzt ihre kirchlich bestätigte Richtigkeit voraus.

Vielleicht hilft diese Zitat, den Kontext zu klären[51]:

> „Anselm: Am längsten und intensivsten haben wir über die Architektur und die theologische Grundlegung diskutiert. Das war nicht wirklich strittig, allerdings haben wir lange danach gesucht, wie eine angemessene Interpretation evangelischer Anthropologie angesichts der gegenwärtigen Erfahrungen und Herausforderungen aussehen könnte. Sie sollte sich den Realitäten der Sünde stellen und zugleich die Verheißungen des Evangeliums nicht aus dem Blick verlieren. Als wir dies für uns geklärt hatten und uns über die Zuordnung von Sünde und Schuld, Evangelium und Gesetz, staatlicher Ordnung und individueller Freiheit verständigt hatten, hatten wir ein Koordinatensystem, das uns geholfen hat, die einzelnen Fragen in großer Einigkeit zu beantworten.“

Dass die allgemein anerkannten Deutungen aus Sünde entspringen könnten, wird nicht bedacht[52]. Die Demokratie macht Herrschaft nicht schon sündfrei. Eine doppelte Anthropologie schleicht sich ein: Nur die Untertanen leben in Sünde und nur sie müssen deshalb gelenkt werden. Dieses Doppel-Denken wird noch öfter zu beobachten sein[53].

Werden Kriegsursachen mit „Sünde“ wegerklärt, können sie politisch nicht mehr beseitigt werden[54].

[49] Man darf auch die wirtschaftliche Existenz jener, deren Auffassungen zu weit von der vorgegebenen Linie abweichen, vernichten. Der Fall Hüseyin Doğru (Warweg: *Auswärtiges Amt als Sturmspitze im Kampf gegen unliebsame Journalisten und deren Berichterstattung* und Schmeller: *Der Fall Hüseyin Doğru: Wie die EU Demokratie und Pressefreiheit aushebelt*).

[50] Morelli: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, S. 121ff, zu Lord Ponsoby Wikipedia: *Arthur Ponsonby*.

[51] Evangelische Akademie zu Berlin: *Interview mit Reiner Anselm und Friederike Krippner zur neuen EKD-Friedensdenkschrift*

[52] Machiavelli hat eine viel einfachere Anthropologie: Die Menschen sind von Ehrgeiz und Gier getrieben, völlig unabhängig von ihrer sozialen Stellung. Das sind die Ursachen der Kriege, egal ob sie von den Herrschenden oder den Beherrschten angezettelt werden, s. S. 93. Die Denkschrift fällt weit hinter Machiavelli zurück. Weil sie Sünde nur halbiert denkt, kann sie auch Rechtfertigung und Heiligung nicht klären, zur Heiligung s. Ellwein: *Evangelische Lehre* eine Laiendogmatik, S. 141-146, Vogel: *Die eiserne Ration eines Christen*, S. 183-186, Müller: *Evangelische Dogmatik im Überblick. 1,* Thesen und Exkurse, S. 169f und Evangelischer Erwachsenenkatechismus, S. 299ff. – Mehr als eine Wellness-Religion für den militaristischen Gebrauch liegt der Denkschrift nicht zugrunde.

[53] Dieses Doppeldenken ist schon den Atomdiskussionen der 1950er Jahre von Götz Harbsmeier als Folge einer falschen Rezeption der Zwei-Reiche-Lehre Luthers gezeigt worden: „Sie löst die Identität der Menschen als Christperson und als Weltperson auf. Sie versteht das ‚simul‘ als ein Nebeneiander ‚zweier Seelen‘ in der Brust des Christen in zwei verschiedenen Stockwerken. […] Sie versteht den garstigen politischen Raum als ein ‚Reich für sich‘ und das geistliche Leben als ein frommes Oberstübchen.“ Götz Harbsmeier: Kirchenspaltende Atomwaffen, in Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, S. 81ff – (Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, Götz Harbsmeier: Kirchenspaltende Atomwaffen, S. 81ff)

[54] Man muss sich nur etwas in der Literatur umsehen, dann kann man fündig werden, s. z.B. Machiavelli S. 93; aktuell s. Knops, Heike: Krieg – Normalfall oder Störfall der Menschheitsgeschichte?, Umdenkschrift 3, S.

> 4. **Politisches Handeln muss einer Herrschaft des Rechts statt der Macht des Stärkeren dienen.** Die internationale regelbasierte Ordnung steht unter Druck. Politik, die sich von ethischen Prinzipien geleitet versteht und die Menschenrechte ins Zentrum ihres Handelns stellt, wird von zahlreichen politischen Akteuren auch in Demokratien bewusst verneint, ignoriert oder instrumentalisiert. Das gilt auch für das Völkerrecht. Die evangelische Friedensethik steht klar für die Bindung politischen Handelns an das Recht und für eine menschenrechtsgeleitete Außenpolitik. Dazu gehört auch die Unterstützung multilateraler Organisationen sowie der Einsatz für Verbindlichkeit in der globalen Rechtsdurchsetzung.

Das Völkerrecht ist zweifellos eine große Errungenschaft. Es wird jedoch schwierig, wenn man die „regelbasierte Ordnung“ mit dem Völkerrecht identifiziert. Nicht, weil dieses Völkerrecht keine Ordnung der Regeln wäre, sondern weil dieser Begriff mehr und teils auch anderes beinhaltet.[55] Es ist ein Kampfbegriff, der Russland und China aus dem Völkerrecht ausschließen will. Menschenrechte gehören sicher in das Zentrum der internationalen Politik. Schwierig wird es jedoch, wenn Menschenrechte gegen Staaten instrumentalisiert werden (Farbrevolutionen[56]), denn dann kann es geschehen, dass Menschenrechtspolitik mit Absicht den Frieden gefährdet[57].

Eine Förderung der Menschenrechte ist letztlich nur kooperativ möglich. Staaten, die Menschenrechtspolitik als gegen sie gerichtete RegimeChange-Förderung sehen, haben kein Vertrauen in die Politik anderer Staaten und reagieren repressiv. – Was hier evangelische Friedensethik genannt wird, kann also für die Betroffenen katastrophal enden.

> 6.- **Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens**. Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten. Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte. Dies führt in ein Dilemma: Egal welche Option gewählt wird, die Verantwortlichen machen sich schuldig. Dieses Dilemma kann im Moment nicht aufgelöst werden. Die Denkschrift erkennt das Dilemma an. Sie spricht sich trotzdem dafür aus, innerhalb der NATO Initiativen zu entwickeln, wie Sicherheit dauerhaft ohne Nuklearwaffen gedacht und organisiert werden kann.

Hier geht es darum, ob diese Atomwaffen, die die USA in die Weltpolitik und auch in Europa eingeführt haben, auf absehbare Zeit bleiben dürfen. Es gibt keine Gefahr, dass sich in absehbarer Zeit etwas ändert. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in der NATO und in der EU jedoch nicht aktuell. Deshalb könnten problemlos von der Denkschrift Initiativen der Nato für den Atomwaffenverbotsvertrag angeregt werden[58]. Warum geschieht das hier nicht[59]? Ein kaum zu glaubendes Versagen[60].

235-246.

[55] Robert: *Ein geopolitischer Kampfbegriff*

[56] Wikipedia: *Farbrevolutionen*

[57] Katchanovski: *The Russia-Ukraine War and its Origins: From the Maidan to the Ukraine War*. Zur Bewertung Drewermann: *Sag Nein!* Wie können wir den Frieden zurückgewinnen und wie können wir ihn bewahren?

[58] Rainer Anselm, Mitautor der Denkschrift, sagte im Podcast Interview mit Reiner Anselm, man habe auf die Erwähnung des Atomwaffenvertrags verzichtet, weil dieser Vertrag Folgen für die Stellung Deutschlands in der Nato haben könnte. – Ein Beispiel für Rumpolitisierei in der Theologie, die theologische Ethik im Mark zerstört, s. dazu Gollwitzer S. 48.

[59] „Mit dem Atomwaffenverbotsvertrag liegt erstmals ein völkerrechtlicher Rahmen vor, der Atomwaffen nicht regulieren, sondern deligitimieren will. Für Kirchen ist dieser Vertrag mehr als ein politisches Instrumen: Er ist ein **Zeichen möglicher Umkehr**.“ Paetzold in Umdenkschrift 2, S. 69.

[60] Gute Nachricht aus Bremen: „Das Kirchenparlament (der Bremischen Evangelischen Kirche; HL) stimmte

Ernsten Fragen weicht die Denkschrift aus, redet drum herum, kommt nicht zum konkreten Punkt. Bonhoeffer hat 1934 auf Fanö genau diese Art des Argumentierens schon gekannt[61]:

> Unsere theologische Aufgabe besteht darum hier allein darin, dieses Gebot als bindendes Gebot zu vernehmen und nicht als offene Frage zu diskutieren. „Friede auf Erden“, das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. Zum Gebot gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbedingten, blinden Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: sollte Gott gesagt haben? Diese Frage ist der Todfeind des Gehorsams, ist darum der Todfeind jeden echten Friedens. Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben und wissen, daß Kriege in dieser Welt kommen müssen wie Naturgesetze? Sollte Gott nicht gemeint haben, wir sollten wohl von Frieden reden, aber so wörtlich sei das nicht in die Tat umzusetzen? Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Giftgase bereitstellen? Und dann das scheinbar Ernsteste: Sollte Gott gesagt haben, Du sollst dein Volk nicht schützen? Sollte Gott gesagt haben, Du sollst Deinen Nächsten dem Feind preisgeben? Nein, das alles hat Gott nicht gesagt, sondern gesagt hat er, daß Friede sein soll unter den Menschen, daß wir ihm vor allen weiteren Fragen gehorchen sollen, das hat er gemeint. Wer Gottes Gebot in Frage zieht, bevor er gehorcht, der hat ihn schon verleugnet.

Es geht um einen Missbrauch von Theologie, mit Bonhoeffer[62]:

> Das ist billige Gnade als Rechtfertigung der Sünde, aber nicht als Rechtfertigung des bußfertigen Sünders, der von seiner Sünde läßt und umkehrt; nicht Vergebung der Sünde, die von der Sünde trennt. Billige Gnade ist die Gnade, die wir mit uns selbst haben.

Dass der Einzelne sich immer schon in Sünde befindet, wird zur bequemen Entschuldigung. Gnade mit Vorweg-Rabatt.

> 7. **Es gibt – jenseits von Bündnisverpflichtungen – keine generelle ethische Pflicht zur Nothilfe durch Waffenlieferung, wohl aber die Notwendigkeit der Einzelfallabwägung.** Eine solche Abwägung muss die politische Situation einbeziehen und bedenken, dass die Gefahr besteht, dass das Beistandsargument auch für andere politische Ziele missbraucht werden kann. Die Auswirkungen gegenüber der eigenen Bevölkerung sowohl eines Beistandes als auch eines Nicht-Beistandes müssen in die ethische Urteilsabwägung einbezogen werden. Sollten Waffenlieferungen erfolgen, sind die Kriterien rechtserhaltender Gewalt analog anzuwenden. Die Entscheidung für Waffenlieferungen und Rüstungsexporten wird sich daran messen lassen müssen, dass eine Eskalation der Gewalt vermieden wird.

Der Artikel 5 des Nato-Vertrags[63] enthält, anders als gerne gesagt wird, praktisch keine Beistandsverpflichtung:

---

nach ausführlicher, kontroverser Debatte dem Antrag zu, die deutsche Bundesregierung aufzufordern, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Von 86 abgegebenen Stimmen, votierten 41 der Delegierten für den Antrag, 34 lehnten ihn ab und 11 enthielten sich. Da laut Kirchengesetz die Enthaltungen nicht mitzählen, wurde der Antrag mit 47,64 Prozent mehrheitlich angenommen.“ Bremische Evangelische Kirche: *Atomwaffen-Verbotsvertrag* – Den Beschlusstext s. Umdenkschrift 3, S. 357f

[61] Bonhoeffer: *Gegenwart und Zukunft der Kirche 1933-1936*, S. 120

[62] Bonhoeffer: *Entscheidungen 1936-1939*, S. 50

[63] *Nordatlantikvertrag (1949)*

> Artikel 5
> Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Statt sich von der Oberfläche des Wortlauts täuschen zu lassen: Der Beistandspflicht genügt ein Mitgliedstaat mit einem Solidaritätstelegramm für den Angegriffen[64], mehr sei momentan nicht möglich und außerdem sei es alles gar nicht so schlimm. Art 5 ist so formuliert, dass sich jeder Staat nach seinem Belieben jederzeit zurückziehen kann. Anders wäre eine Zustimmung zu diesem Vertrag im US-Senat nicht möglich gewesen.

Aber dieser Abschnitt der Denkschrift meint nicht nur Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern auch den Einsatz der Bundeswehr gegen Russland in der Ukraine[65], das ergibt sich aus der Erwähnung von Bündnispflichten, zu denen eben der Einsatz von Truppen gehört. Diese Maßnahmen sollen dem Kriterium unterworfen werden, dass mit ihnen eine Eskalation vermieden wird, der Einsatz der Bundeswehr bei Charkiw/Charkow gegen die russische Armee wäre dann eine Maßnahme der Deeskalation. – Als die Waffenlieferungen 2022 begannen, wurden sie mit zwei Argumenten gerechtfertigt: Sie würden erstens die ukrainische Bevölkerung schützen und sie würden zweitens der Ukraine eine stärkere Positionen bei Friedensverhandlungen geben. Nichts davon ist eingetreten.

Dieser Abschnitt ist frei von jedem seriösen Realitätsbezug. – Bündnisverpflichtungen sind übrigens nicht per se ethisch gerechtfertigt. Auch dann kann nur im Einzelfall entschieden werden. – Der erste Satz dieser Kernaussage zeigt also eine abstruse Sicht auf die Nato als einer von vornherein ethisch einwandfreien Organisation. Bundeswehrangehörige mögen von Berufs wegen so denken müssen, Christenpflicht ist das gewiss nicht.

> 8. **Gemeinschaftliche Sicherheit braucht den Einzelnen.** In der Frage einer allgemeinen Dienstpflicht – etwa in Form eines sozialen, zivilen Friedensdienstes oder eines alternativen Militärdiensts – regt die Denkschrift eine gesellschaftliche Debatte an. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft wird neu zu bedenken sein, wie gemeinschaftliche Verantwortung für Schutz, Versorgung und soziale Kohäsion organisiert werden können. Die evangelische Friedensethik sieht hier eine Chance, ein neues Bewusstsein für den Zusammenhang von Freiheit und Gemeinsinn zu stärken.

[64] Gasche: *Die grossen Löcher im US-Sicherheitsschirm für Europa*, Ewers-Peters: *Der Bündnisfall der NATO*

[65] In der initiierenden Schrift Ackermann: *Maß des Möglichen: Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine* – ein Debattenbeitrag, S. 8f: „Das Recht auf Selbstverteidigung und das Recht zur Nothilfe für einen rechtswidrig angegriffenen Staat werden kaum kontrovers diskutiert. Es ist aber zu fragen, ob es nicht auch eine Pflicht zur Selbstverteidigung und zur Nothilfe gibt. Denn es werden nicht nur das Territorium und die Menschen des angegriffenen Staates verteidigt, sondern auch das internationale Recht, also die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Zum einen muss den Opfern der Gewalt geholfen werden, zum anderen der Rechtsbruch sanktioniert. […] Gegenwärtig ist es entscheidend, energisch für das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und die Anerkennung der Pflicht zur Nothilfe einzutreten.“ Die Bundeswehr als Polizei in der dienstlichen Pflicht des internationalen Rechts. Die Welt wird sich freuen. Aber etwas Größenwahn darf sein.

Viele dieser Dienste sind zweifellos nützlich für die Allgemeinheit und fördern obendrein die Persönlichkeitsentwicklung junger Leute. Weil die Bundeswehr sich aufgrund einer falschen Analyse und falscher Politik erweitern will, kann der Wehrdienst nicht in die Reihe dieser Dienste gestellt werden.

> 9. **Das Engagement für Friedensbildung und Friedensarbeit ist für Christinnen und Christen ein unverzichtbarer Beitrag zu einer friedensfähigen Gesellschaft.** Friedensbildung vermittelt nicht nur Wissen über Konflikte und Frieden, sondern stärkt die Fähigkeit zur ethischen Urteilsbildung, zur Achtsamkeit im Miteinander und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Friedensarbeit macht exemplarisch deutlich, dass und wie friedensförderndes Handeln möglich werden kann. Sie lädt dazu ein, die Friedensbotschaft des Evangeliums im Alltag zu leben und fördert gemeinsam mit der Friedensbildung Haltungen, die Gewalt überwinden helfen und Versöhnung ermöglichen – im Kleinen wie im Großen.

In dieser Pauschalität sicher richtig. Allerdings kann Friedensbildung letztlich nur auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses gelingen. Damit hat diese Denkschrift aber nichts zu tun.

> 10. **Die Kirche spricht von Hoffnung.** Die Kirche ist keine politische Entscheidungsinstanz, aber sie begleitet das öffentliche Ringen um Orientierung mit theologischer Stimme. Sie bringt das Evangelium als Perspektive der Hoffnung ins Gespräch: nicht als fertige Lösung, sondern als Einladung zum verantwortlichen Handeln. Die Kirche erinnert an die Grenzen des Machbaren und an die bleibende Aufgabe, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammenzudenken.
>
> Sie stärkt all jene, die sich in Politik, Gesellschaft und Zivilgesellschaft für ein Leben in Würde einsetzen. Und sie erinnert: Friede ist mehr als Sicherheit. Er beginnt mit der Haltung des Herzens – und wächst dort, wo Menschen gemeinsam für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft eintreten.

Die Christentumsgeschichte kennt zwei Arten von Hoffnung:

1. Die eine sieht die Erde völlig unter der Herrschaft der Sünde, der Mensch kann nur auf die jenseitige Zukunft hoffen.
2. Die andere sieht immer wieder das Reich Gottes in die Geschichte hineinbrechen und versucht, ein Stück dieses Reiches im Jetzt schon zu verwirklichen, ohne außer Acht zu lassen, dass die Vollendung bei Gott selbst liegt[66].

Um welche geht es hier? Die erste Art von Hoffnung bleibt letztlich quietistisch: Bete und überlass alles andere Gott. In einer Zeit von Herausforderungen, die nur gemeinsam bewätigt werden können, unabhängig von Weltanschauungen, Religionen, besonderen wirtschaftlichen Interessen und verschiedenen, gar gegensätzlichen politischen Systemen, würde diese Haltung den Anforderungen der Zeit nicht entsprechen.

Andere Christen gingen die Probleme handfest-politisch an: Bischöfe des Mittelalters haben zum Beispiel die Gottesfriedenbewegung ausgerufen[67], damit der HErr Jesus Christus bei seiner

[66] Nowak: *Schleiermacher*, S. 337f; Schleiermacher: *Über die Religion*, S. 89; Schleiermacher: *Der christliche Glaube*, S. II 408, § 157; Gollwitzer: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, S. 31-37, Thesenreihe: Transzendenz und Immanenz des Reiches Gottes; Gollwitzer: *Befreiung zur Solidarität* – Einführung in die evangelische Theologie, S. 175-193; Tillich: *Systematische Theologie – III*, S. 453, sogar Evangelischer Erwachsenenkatechismus, S. 958.

[67] Wikipedia: *Gottesfriede*, Sutor: *Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden?* Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses, S. 28f

Wiederkunft sehen kann, dass und wie die Gläubigen sich bemüht haben. Die Welt kann langsam zu einem besseren Ort gestaltet werden, allen Rückschlägen zum Trotz.

Welche dieser beiden Hoffnungen meint die Denkschrift?

5 Hauptteil – „Ein Beitrag zur Gewissensbildung: Anlass, Kontext und Aufbau dieser Denkschrift im Horizont evangelischer Friedensethik“

Der Hauptteil der Denkschrift beginnt mit der Erläuterung der Aufgabe des Textes[68]:

> Diese Denkschrift versteht sich als protestantischer Beitrag zur Orientierung in den kontroversen Fragen zu Frieden und Krieg. Sie setzt dabei auf die Bildung des Gewissens und die Schärfung der ethischen Urteilskraft von Christinnen und Christen. Auf der Grundlage der biblischen Überlieferung, der reformatorischen Tradition und einer theologischen Deutung gegenwärtiger Krisenerfahrungen stellt sie ethische Kriterien bereit, die Einzelne in ihrem Urteil und Handeln in Kirche, Politik und Gesellschaft unterstützen sollen. Sie will damit auch einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten. Dabei werden komplexe politische Lagen in ihren Ambivalenzen ernst genommen. Die Denkschrift gibt keine einfachen Antworten. Sie lädt zum informierten Durchdenken ein und ermutigt zur verantwortlichen Entscheidung. Diese Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Urteilsbildung steht zugleich all jenen entgegen, die meinen, mit vereinfachenden Formeln und populistischen Zuspitzungen Klarheit schaffen zu können. Demgegenüber setzt die Denkschrift auf die Kraft des persönlichen Gewissens und der gemeinsamen Verantwortung. Denn es ist Aufgabe aller Christinnen und Christen, dem Frieden je nach eigenen Möglichkeiten zu dienen: im privaten, gesellschaftlichen und politischen Raum.

Die Lektüre der zusammenfassenden Aussagen hat schon deutlich gemacht, dass der Text die selbstgesetzten Ziele nicht erreichen kann. Orientierung *in* den Kontroversen heißt hier nicht, Orientierung *durch* die Kontroversen. Politische Kontroversen werden weder erwähnt noch bewertet. Die politischen Lagen werden dort gerade nicht in ihrer Komplexität wahrgenommen und zum eigenen Durchdenken der politischen Fragen wird nicht angeregt. Nur theologisch-ethische Differenzen werden angesprochen und eingeordnet.

Die weitere Gliederung des Textes[69]:

> […] Denn gerade in der evangelischen Theologie ist immer festgehalten worden, dass zwar die Grundkoordinaten des Glaubens gleich bleiben – also das Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser; die Unterscheidung von Gottes Handeln und dem Handeln des Menschen; der Mensch als Gottes Ebenbild wie als der der rechtfertigenden Gnade bedürftige Sünder –, dass aber die konkreten Bedeutungen dieser grundlegenden Überzeugungen für jede Zeit neu gefunden werden müssen. Dementsprechend ist das erste Kapitel darum bemüht, ein orientierendes theologisch-ethisches Fundament für die Urteilsbildung zu legen. Insbesondere präzisiert dieses Kapitel auch das Leitbild des Gerechten Friedens, das seit 2007 als heuristisches Modell im Zentrum der friedensethischen Urteilsbildung der EKD steht.
>
> Kapitel 2 widmet sich ausführlich den neuen Entwicklungen und Konstellation, die eine Anpassung und Fortschreibung der bisherigen Friedensethik notwendig machen. Dazu orientiert es sich maßgeblich an dem aus der Sozialethik bekannten Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln und skizziert stets zuerst die neuen Herausforderungen, nimmt sodann eine Bewertung aus der Perspektive des Leitbilds des Gerechten Friedens vor und spricht dann konkrete Handlungsempfehlungen aus, für Politik und Zivilgesellschaft, aber gerade auch für das konkrete friedensethische Engagement der Kirche.

[68] Denkschrift 2025 pdf, S. 17ff
[69] Denkschrift 2025 pdf, S. 20ff

Kapitel 3 geht demgegenüber anders vor. Hier werden diejenigen konkreten Fragestellungen adressiert, die schon seit geraumer Zeit die evangelische Friedensethik beschäftigt haben: die Frage der nuklearen Abschreckung, der Waffenexporte und der Rüstungslieferungen, des Wehrdienstes und der Kriegsdienstverweigerung sowie der Rolle von Christinnen und Christen in den Streitkräften. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen liegt hier der Akzent darauf, die kirchlich etablierten Orientierungspunkte fortzuschreiben und auf aktuelle Herausforderungen zu beziehen.

In Kapitel 4 wendet sich die Argumentation dem besonderen Beitrag zu, den Kirche und Christentum, Christinnen und Christen zu einer friedlichen Gesellschaft leisten können. Dabei wird auch auf die Möglichkeiten christlicher Spiritualität eingegangen.

5.1 Der theologisch-ethische Teil

5.1.1 (Der Rechsstaat)

Hier wird im Kern protestantisches Gemeingut vorgetragen, jedenfalls auf den ersten Blick, etwas lutherisch, etwas reformiert, eingebettet in die ökumenische Diskussion zum „gerechten Frieden“[70]. Die Änderung in der Reihenfolge der vier Parameter eines gerechten Friedens, die den Schutz vor Gewalt nach vorne schiebt, erinnert am einen Sicherheitsbegriff, wie er in den Weißbüchern der Bundesregierung verwendet wird[71]. Das kann man für einen Fehlgriff halten, weil es die Komplexität verkürzt und auch zu missverständlichen Textabschnitten führt; es ist nicht immer klar, ob von den innenpolitischen Verhältnissen der Staaten gesprochen wird oder von der internationalen Gemeinschaft der Staaten[72].

Vielleicht kann man den Kern dieses Abschnittes mit Helmut Gollwitzer akzeptieren[73]:

> Wir Christen tragen Verantwortung dafür, daß die Staatsmacht ihre Grenzen und ihre Bindung anerkennt. Wo wir in einem Staate leben, der sich als Rechtsstaat bekennt, das heißt, der diese Grenzen und diese Bindung anerkennt, da sind wir mitverantwortlich dafür, daß er Rechtsstaat bleibt. Das heißt einmal: wir sind mitverantwortlich dafür, daß er nicht einer Unrechtsmacht, die ihn von außen angreift und die anstelle des Rechtes die Willkür der Macht setzen will, zum Opfer fällt. Wir sind also mitverantwortlich für die Verteidigung des Rechtsstaates, und in dieser Verantwortung kann es wohl geschehen, daß auch die bewaffnete Verteidigung, auch der Waffengebrauch zum Gehorsam gegen Gottes Gebot gehört. Gottes Gebot erlaubt uns darum m. E. nicht, grundsätzliche Pazifisten zu sein. Der gleiche Christ, der ein Mensch des Friedens ist, wird die Verantwortung seiner Regierung für die Verteidigung des Rechtsstaates bejahen und sie dabei unterstützen; er wird also sich auch im Dienst der Waffen ausbilden und sich nötigenfalls, das heißt dann, wenn es wirklich um die Verteidigung des Rechtsstaates geht, zu den Waffen rufen lassen.

[70] Viele christliche Kritiken vermissen hier einen theologischen Überschuss, der den Pazifismus präferiert. Das ist kirchlich-intern natürlich von großer Bedeutung, s. Käßmann: *Ausgebürgert* und Franz: *Die EKD rückt den Pazifismus an den Rand – ein Fehler*.

[71] S. etwa Bundesministerium der Verteidigung: *Weißbuch 2006* zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 16ff

[72] Siehe die Abschnitte 39ff, insbesondere Abschnitt 44, der auch als permanente Kriegserklärung an alle missfallenden Staaten gelesen werden kann.

[73] Gollwitzer: „Was geht den Christen die Politik an?“, S. 66. Der Lutheraner Gollwitzer könnte hier auf Martin Luthers Obrigkeitsschrift verweisen, s. S. Luther: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei“, S. 19f, 26ff, s. S. 81.

Die Denkschrift sagt Ähnliches in anderen Worten:

> (15) Demgegenüber lehnen andere christliche Traditionslinien Gewalt zu jedem Zeitpunkt und in jeder Situation ab und fordern, dass Gewalt kein Mittel der Politik mehr sein solle. Diese Position haben die historischen Friedenskirchen im 20. Jahrhundert verstärkt in die internationale Ökumene eingebracht. Solche radikalpazifistischen Traditionen fordern dazu auf, sich von einer Politik zu distanzieren, die unter bestimmten Umständen Gewalt als legitimes Mittel ansieht. Legitime Mittel sind in diesen Traditionen allein Formen der zivilen Konfliktbearbeitung, des zivilen Widerstands, des aktiven Gewaltverzichts und der sozialen Verteidigung, und zwar auch dann, wenn Gefahr für das eigene Leben oder das Leben anderer besteht.
>
> (17) In der ethischen Bewertung des kategorischen Gewaltverzichts muss aber klar sein, dass radikale Gewaltfreiheit nur die ethische Entscheidung von Einzelnen oder kirchlichen Gemeinschaften sein kann. In der von ihr ausgehenden Zeichenwirkung hat sie ihre besondere Bedeutung – auch in der Ökumene. **Als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts ethisch nicht legitimieren.**

Damit befindet die Denkschrift sich in lutherischer Tradition: Die Sünde und ihre Folgen lassen sich nur mit einem starken Staat eindämmen[74], allerdings nicht beseitigen. Grundsätzlicher Verzicht auf Gewalt nimmt dem Bösen alle Hindernisse. Gollwitzer würde zustimmen, das Zusammenleben der Menschen geht nicht ohne einen Staat, der über durchgreifende und erfolgreiche Gewaltmittel verfügt[75] und s. Anhang S. 81.

> (33) Das Leitbild des Gerechten Friedens versteht das Recht als zentrales Mittel für die Schaffung und Aufrechterhaltung von Frieden in der Welt. Friede bedarf einer engen Bindung an das Recht. Innen- wie auch außenpolitisch ist im Sinne eines Gerechten Friedens nur eine friedenssichernde Ordnung denkbar, die durch Recht gesichert wird. Rechtsstaatlichkeit, Geltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und Prinzipien globaler Gerechtigkeit sind unverzichtbare Elemente der evangelischen Friedensethik. Zur Geltung des Rechts gehört auch die strikte Begrenzung des Einsatzes von Gewalt. Das muss vor allem und zuvörderst für militärische Gewalt gelten, weil sie besonders verheerende Folgen für Menschen und Umwelt haben kann. Sie ist nur dann legitim, wenn sie vom Recht gedeckt ist und die ethischen Kriterien für ihren Einsatz erfüllt sind. Militärische Gewalt ist allein als rechtserhaltende Gewalt rechtlich und auch ethisch legitim. Und sie ist auch nur dann gerechtfertigt, wenn sie eine letzte, begrenzte und verhältnismäßige Maßnahme ist, um Frieden wiederherzustellen und Recht zu schützen. Gewalt muss stets der Friedenslogik untergeordnet sein. Zivile Konfliktbearbeitung besitzt grundsätzlich Vorrang vor militärischen Mitteln.

Luther würde diesem Text dennoch in dieser Weise nicht zustimmen, sein Vertrauen in das Recht war gering[76], denn es steht ja nicht außerhalb der Sünde. Das Gesetz kann nur im Blick der Liebe bestehen und Grundlage von Politik sein.

> Ein Fürst, der nicht selbst klüger ist als seine Juristen und nichts weiter versteht, als in den Rechtsbüchern steht, wird gewiß nach dem Wort Sprüche 28, 16 regieren: »Wenn ein Fürst ohne Verstand ist, so geschieht viel Unrecht«. Denn wie gut und billig die

[74] Es geht um die göttlichen „Erhaltungsordnungen“, s. Vogel: *Die eiserne Ration eines Christen*, S. 95-105.
[75] Luther: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei“ und Vogel: *Die eiserne Ration eines Christen*, S. 102-105
[76] Luther: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei“, S. 41

> Rechte sind, so haben sie doch allesamt eine Ausnahme: daß sie gegen die Not nicht ankönnen. Darum muß ein Fürst das Recht ja so fest in seiner Hand haben wie das Schwert und mit eigener Vernunft ermessen, wann und wo das Recht der Strenge nach zu brauchen oder wo es zu lindem sei, so daß die Vernunft allezeit über alles Recht regiere, und das oberste Recht und Meister alles Rechts bleibe.

Das gesatzte Recht fällt nicht vom Himmel, es kann auch nicht so behandelt werden, als wäre es eine andere Form göttlicher Offenbarung. Was ist Recht[77]?

> Recht ist aus Konfliktschlichtungsprozessen hervorgegangen, in denen ein Zusammenleben und eine Verständigung zwischen Personen oder Gruppen ohne eine ‚dritte Gewalt‘ nicht mehr möglich war. Recht dient der Wiederherstellung sozialen Friedens (Friedensfunktion). Aber Recht hat auch eine Ordnungs- und Herrschaftsfunktion.

Ist aber Recht ein Ergebnis von Aushandlungsprozessen, müssen die Akteure dieser Aushandlungen betrachtet werden. Das Lexikon „Gesellschaft und Staat – Lexikon der Politik“ beschreibt die Tätigkeit von Interessenverbänden in der pluralistischen Demokratie[78]:

> Interessenverbände sind Organisationen, die materielle oder ideelle Interessen ihrer Mitglieder verwirklichen wollen und dazu meist in vielfältiger Weise Druck auf Regierung, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit ausüben (Pressuregroups). Während politische Parteien - die auch Interessen vertreten - den Anspruch erheben, den staatlichen Gesamtwillen mit zu bilden, repräsentieren die Verbände partikulare Interessen der verschiedensten Art. Ihr Ziel ist nicht die Macht im Staat, obwohl sie große Macht ausüben. Die Zugehörigkeit zu einer Partei hat auch den Charakter der Ausschließlichkeit, während der Bürger vielen Verbänden angehören kann. Obwohl sie nur die Interessen eines Teils der Bevölkerung vertreten, agitieren viele Verbände aber im Namen des Gemeinwohls und verschleiern so ihre Ziele. (So verweisen Ärzteverbände auf die gefährdete Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung, Lehrerverbände auf die Bildungsnachteile für Kinder; es geht aber in der Regel um Einkommen, Arbeitsbedingungen u.a. ihrer Mitglieder.)
>
> Neben den Interessenverbänden und Parteien mit festen Organisationen (Verbands-/Parteiapparat) vermitteln auch Bürgerinitiativen, die Neuen sozialen Bewegungen und die Massenmedien die sozialen und politischen Strömungen in der Gesellschaft gegenüber Öffentlichkeit und Staat.
>
> Die Vorstellung, staatliche Willensbildung sei von jeder Einflussnahme der Interessenverbände prinzipiell freizuhalten, geht entweder vom Bild des Obrigkeitsstaates aus, der sich aus den Niederungen der Interessenkämpfe fern hält, von der konservativen Auffassung der Trennung von Staat und Gesellschaft oder von einer liberalen Position, nach der der Staat als unparteiischer Schiedsrichter über den sozialen Gegensätzen thront. Der demokratische Staat verträgt sich aber nicht nur mit Interessenkämpfen, er setzt sie sogar voraus. In einer Zeit der immer undurchsichtiger werdenden gesellschaftlichen Realität sorgen die Verbände für eine ständige Vermittlung zwischen den politischen Machtträgem und den Staatsbürgern. Der einzelne Bürger wäre ohne Hilfe der Verbände in wichtigen Bereichen hilflos. Deshalb ist die Vereinigungsfreiheit (und speziell die Koalitionsfreiheit) eines der wichtigsten Grundrechte, das das

[77] Grammes und Leps: „Rechtskunde und Politikunterricht“, S. 27
[78] Drechsler, Hilligen und Neumann: *Gesellschaft und Staat* – Lexikon der Politik, S. 491f

> Grundgesetz zur Bewahrung einer freiheitlichen Demokratie enthält. Im Gegensatz zur innerparteilichen Demokratie fordert das Grandgesetz die innerverbandliche Demokratie nicht ausdrücklich. Die Bedeutung der Interessenverbände in der Demokratie verlangt aber eine demokratische Willensbildung auch in den Verbänden und eine Zurückdrängung oligarchischer Strukturen (Oligarchie).

Dieser hier nur angedeutete Ursprung des Rechts – es müssten noch die Rechtssetzung durch die Europäische Union, die Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Länder betrachtet werden, die Verordnungskompetenz der Ministerien und vielen mehr betrachtet werden, um einen Überblick über den Ursprung onkreten Rechts zu bekommen – wird von der Denkschrift ignoriert; das Recht an sich ist ihr ein so besonderer Wert, dass es eine der Quellen theologischer Ethik sein kann, genauer gesagt: die Denkschrift unterstellt die Geltung einer von Interessen und Politik freie Rechtsideologie. Sowenig, wie sie die internationale Politik genetisch betrachtet, so sehr ideologisiert sie etwas, das sie für das Recht hält. Nichts wird problematisiert.

Diese Sicht auf das Gesetz ist aber nur die moderne Form der alten protestantischen Sicht auf die Obrigkeit. Die Gesetze werden nicht aufgrund von Interessen und ihren Gegensätzen von einem parlamentarischen Gesetzgeber beschlossen, in dem die Interessen selbst vermittelt präsent sind, sie enstehen vielmehr in einem Prozess, in dem ein über den Interessen stehender Gesetzgeber die Interessen filtert und als Gesetze an die Untertanen zum Vollzug weitergibt. Für Schleiermacher steht deshalb der über allen Interessen schwebende absolute Monarch im Zentrum der Gesetzgebung. Der Monarch vermittelt die Politik seiner Untertanen, ohne selbst politische Interessen zu verfolgen[79]. Seine Gesetze sind Ausdruck der allgemeinen Interessen, die dem Untertan durch eine vorsichtige Presse und ausgebildete politische Multiplikatoren nahezubringen sind. – In der Welt der Denkschrift ist die Kirche mit ihren eigenen pädagogischen Prozessen einer der Vermittler dieses in den Gesetzen fixierten Willens an jene Untertanen, die noch auf die Kirche hören.

Dabei unterstellt die Denkschrift, dass die deutsche Politik sich im Prinzip so verhält, wie diese theologische Ethik sagt, dass sich ein Staat zu verhalten habe[80]. Eine erstaunliche Annahme, denn sie unterstellt, dass der Staat mit seinen Politikern außerhalb der Sünde agiert.

Dass die Obrigkeit ihr Amt von Gott hat, besagt mit Heinrich Vogel auch, dass sie[81]

> […] Gott gehorchen soll, wenn sie über uns herrscht. Und hier hörst du die klare Grenze aller obrigkeitlichen Gewalt! Mutet sie uns etwas zu, was wider Gottes Gebot und Willen ist, so macht sie uns den Gehorsam unmöglich, so müssen wir sie an ihren Herrn erinnern, der auch unser Herr ist, indem wir ihr solchen falschen Gehorsam nicht leisten; denn „man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5, 29). […] Keiner menschlichen Gewalt schulden wir unbedingten und vorbehaltlosen Gehorsam; denn der eine Vorbehalt und die eine Bedingung bleibt auf der ganzen Linie und in allem und jedem in Kraft, nämlich Gottes Gebot.“

[79] Schleiermacher: „Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen“, S. 295, Nowak: *Schleiermacher*, S. 314, Arndt: *Die Reformation der Revolution* – Friedrich Schleiermacher in seiner Zeit, S. 205f

[80] Am Verhältnis zu Staat und Recht wirft diese Denkschrift Glauben und Erkennen, Glauben und Wissenschaft durcheinander. Sie erhebt zum Teil des Glaubens, was sozialwissenschaftlich aufgeklärt werden kann. Sie vermengt Glaube und Denken ins Irrationale, s. Müller: *Evangelische Dogmatik im Überblick. 1,* Thesen und Exkurse, S. 156f.

[81] Schleiermacher: „Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen“, S. 103, Vogel: *Die eiserne Ration eines Christen*, S. 103f

Aufgabe einer kirchlichen Friedensdenkschrift wäre also, die Unterscheidungen herauszuarbeiten: Welche Politik verfolgt eine Obrigkeit, die ihr Amt in Gehorsam ausübt und der der Christ also auch dann zu gehorchen hat, wenn er einen politischen Sachverhalt ganz anders beurteilt als seine Regierung, und wo liegt für Christen die „Rote Linie“, von der ab er nicht mehr mitmacht. Eine solche Denkschrift hätte sowohl die Außen- als auch die Innenpolitik Deutschlands viel grundlegender, auch v iel kontroverser untersuchen müssen.

> (35) Für die nachhaltige Etablierung einer Friedensordnung ist das Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, politischer Teilhabe und Gewaltenteilung notwendig. Denn im weltweiten Nebeneinander diverser demokratischer wie nichtdemokratischer Staatsformen greifen zwar nichtdemokratische Staaten immer wieder einzelne Elemente der vier Dimensionen des Gerechten Friedens auf, etwa wenn die Volksrepublik China den Schutz vor äußerer Gewalt und in Teilen den Abbau von Ungleichheiten durch wirtschaftlichen Aufschwung sicherstellt. Allerdings können die Förderung von Freiheit und der friedensfördernde Umgang mit Pluralität wohl nur in Staaten mit einer liberalen, rechtsstaatlichen, auf Grund- und Menschenrechten aufbauenden Ordnung verwirklicht werden. **Der Einsatz für den liberalen Rechtsstaat ist als Teil christlichen Friedenshandelns sowie – im Einklang mit der Demokratiedenkschrift der EKD von 1985 – als kirchlicher Beitrag für ein am Leitbild des Gerechten Friedens orientiertes politisches Handeln zu sehen.** Das gilt auch und insbesondere im Wissen, dass Demokratien, zumal liberale Demokratien, global gesehen eher die Ausnahme darstellen, sie weltweit auf dem Rückzug zu sein scheinen und weit über zwei Drittel der Menschen in teilweise oder gänzlich geschlossenen Autokratien leben.

Deshalb muss sich die Kirche in diese Politik auch politisch-ideologisch und organisatorisch einordnen; das gegenwärtige politische System des Westens wird getauft und ist damit sündenfrei[82].

Diese Kirche ist nur noch Kirche in der Welt, aber nicht mehr Kirche gegen die Welt, sie verliert ihre prophetische Funktion[84].

– Allerdings könnte die Wirklichkeit anders aussehen, wie Untersuchungen der Brown-Universität aus den USA zeigen[85]:

> Die Forschung „Kosten des Krieges“ untersucht die menschlichen Kosten der US-Militäroperationen und -ausgaben für US-Soldaten, Veteranen, Militärunternehmer und Verbündete sowie für getötete und vertriebene Zivilisten.
>
> Schätzungsweise über 940.000 Menschen wurden zwischen 2001 und 2023 durch direkte Kriegshandlungen nach dem 11. September im Irak, in Afghanistan, Syrien, Jemen und Pakistan getötet. Mehr als 432.000 davon waren Zivilisten. Die Zahl der Verwundeten und Erkrankten infolge der Konflikte ist weitaus höher, ebenso wie die Zahl der Zivilisten, die „indirekt“ durch die Zerstörung von Wirtschaft, Gesundheitssystemen, Infrastruktur und Umwelt infolge der Kriege ums Leben kamen. Schätzungsweise 3,6 bis 3,8 Millionen

[82] Es kommt den Autoren der Denkschrift nicht in den Sinn, dass auch in einer repräsentativen Demokratie, die wohl die beste bislang erfundene Ordnung ist, Ämter missbraucht werden könnten. Oder dass ganze Politikbereiche einfach dumm konzipiert und praktiziert werden könnten, Krippendorf haben sie nicht gelesen, s. S. 101. Luthers Misstrauen gegenüber den Inhabern der „Ämter“ ist ihnen unbekannt[83], s. im Anhang S. 84. Was bleibt, ist ein affirmativ halbiertes Luthertum, das sich selbst nicht ernst nimmt.

[83] Etwa Luther: „Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können“, S. 52

[84] Zu dieser Unterscheidung s. Tillich: *Systematische Theologie – III*, S. 248-250

[85] Brown University: *Human | Costs of War |*

> Menschen starben indirekt in den Kriegsgebieten nach dem 11. September, wodurch sich die Gesamtzahl der Todesopfer auf mindestens 4,5 bis 4,7 Millionen erhöht – Tendenz steigend.

Dagegen liegt die Zahl der Toten in Kriegen mit militärischer Beteiligung Chinas seit 1990 bei genau Null[86]. – Es gibt also keinen Grund für die Annahme, liberale westliche Demokratien seien von vornherein friedlicher als andere politische und gesellschaftliche Systeme.

Die Denkschrift verweigert sich in den folgenden Abschnitten der Möglichkeit, dass Staaten, die sich als liberaldemokratisch beschreiben, Ursache illegitimer Gewalt sein könnten. Dabei war schon das demokratische Athen ein imperialistischer, kriegführender Staat.

Luthr nahm die Fürsten nicht sonderlich ernst, er rechnete vielmehr damit, dass sie ohne nachvollziehbaren Grund Krieg führen[87]. Dann dürfen die Untertanen nicht folgen.

Damit aber verschiebt sich die Gewissensfrage: Nicht der Staat mit seinem Anspruch auf Gehorsam befindet über das Gewissen, sondern der Einzelne selbst. Die Aufgabe der Kirche kann es dann nicht sein, den Gehorsam in das Gewissen hinein zu predigen oder zu erziehen. Macht sie es dennoch, wird sie übergriffig.

Hier zeigt sich der grundlegende Fehler dieses Textes. Er besteht nicht in falscher Theologie, sondern in ideologischen Annahmen zu den Staaten des liberaldemokratischen Typs, die dann sukzessive die Theologie selbst verschlechtert.

5.1.2 (Pädagogik der Resilienz)

> (60) - Die Verteidigungsfähigkeit umfasst nicht nur die Streitkräfte. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten im Sinne einer umfassenden sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit verteidigungsfähig sein. Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen leisten dafür einen wichtigen Beitrag. Sie sensibilisieren für die Aufgaben und bieten zugleich die Chance, der Gefahr einer schleichenden Militarisierung entgegenzutreten. **Die Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit.** Mit ihrer vielfältigen Bildungsarbeit, etwa im Religions- und Konfirmandenunterricht oder in der Erwachsenenbildung, aber auch über Verlautbarungen und öffentliche Stellungnahmen sowie ihre Präsenz in der zivilen Friedensarbeit und in der Militärseelsorge leisten die Kirchen hierzu einen maßgeblichen Beitrag.

Alle Bürger sind Soldaten, irgendwie[88]. Und in der Schule sollen die Kinder und Jugendlichen in der „Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit“ per Religionsunterricht

[86] Der Kontrast der Zahlen ist unfassbar groß. Kaum anzunehmen, dass die Autoren der Denkschrift sie nicht kennen. Sie scheinen in einem selbstgewählten ideologischen Gefängnis, freiwillig und deshalb voll verantwortlich. Die Autoren müssten denken können, dass in der liberale Demokratie die Wahlakt kein Taufvorgang ist.

[87] Luther: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei“, S. 48, s. S. 83.

[88] Ein alter Wunsch militaristischer Thinktanks geht in Erfüllung. Aus der Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von 2013, mit der die Wende in der deutschen Außenpolitik Frühjahr 2014 eingeleitet wurde: „Risikomanagement stellt hohe Anforderungen an die Kommunikation Risikomanagement zwischen Staat und Öffentlichkeit. Risikoeinschätzungen, Priorisierungen und die daraus zu ziehenden Folgerungen müssen den Bürgern überzeugend erklärt und begründet werden. Dabei gibt es in einer offenen Gesellschaft keinen allumfassenden Schutz. Nicht alle Risiken können vermieden, nicht alle Gefahren abgewehrt werden. Und das neue strategische Um- feld führt die Grenzen der Steuerbarkeit von Sicherheitspolitik durch Staaten oder mithilfe hoheitlicher Instrumente vor. Deshalb gehört zum Risikomanagement, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft lernen, mit der eigenen Verwundbarkeit umzugehen und Widerstandsfähig- keit (Resilienz) aufzubauen, und zwar so dezentral wie möglich.“ SWP und GMF: *Neue Macht – Neue Verantwortung*, S. 39.

zur „sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit“ erzogen werden[71]; mal sehen, wann die Kirchen über ihre Mitbeteiligung an den Lehrplänen der staatlichen Schulen entsprechende Akzente setzen werden. Und der Konfirmandenunterricht soll vormilitärische Mindset-Schulung enthalten.

Zum Vergleich die „Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen“ von 1983[89], s. S. 102. Es ist der Unterschied zwischen einem Unterricht, der ein inhaltlich bestimmtes Ergebnis in den Köpfen und den Herzen der Schülerinnen und Schüler erreichen will, – Überwältigung und Indoktrination wären hier die Stichworte[90] –, und einem Unterricht, der die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in einer schwierigen Situation stärken will. Ein Unterricht, der dieser Denkschrift folgt, wäre nach dem gegenwärtigen Stand der pädagogischen und didaktischen Diskussion illegitim und – vermutlich – nach den Richtlinien der meisten Bundesländern nicht richtlinienkonform, gar ungesetzlich[91].

5.1.3 (Kriegstüchtige Kirche)

> (61) - Seit Jahrzehnten haben die Kirchen ein Netz von Notfallseelsorge, Krankenhausseelsorge, Seelsorge in Blaulichtorganisationen und in den Streitkräften mit einem umfassenden Angebot an seelsorglichen Aktivitäten, gottesdienstlicher Begleitung und Ausbildungskonzepten aufgebaut. **Es geht darum, Resilienz in einer konfliktreichen Welt aufzubauen. Die etablierten Strukturen und Netzwerke der Seelsorge müssen so ausgebaut werden, dass die Kirchen für den Krisenfall handlungsfähig sind.** Es ist notwendig, dies schon im Vorfeld zu tun, damit entsprechende Strukturen im Ernstfall zur Verfügung zu stehen. Dabei ist es wichtig, dass sich die Kirchen als Teil der Gesellschaft verstehen, die verteidigungswürdig ist, ohne aber als Instrument der Systemstabilisierung zu dienen.

Die Denkschrift bereitet den „Seelsorgerahmen“[92] (gemeinsam mit der katholischen Kirche) vor[93], s. S. 78. EKD: *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im*

[89] Behörde für Schule und Berufsbildung – Hamburg: *Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen*, S. 5. – In einem Diskussions-Podcast der EKD mit Friederike Krippner, einer Mitverfasserin der Denkschrift, über „hybride Kriegsführung und Terrorismus“ spielt übrigens der frühere Hamburger Bildungssenator Ties Rabe (SPD) nicht mit, EKD: *Folge 3*.

[90] S. Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens*.

[91] Behörde für Schule und Berufsbildung: *Hamburgisches Schulgesetz*, § 2 Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule, Abs 2: „Unterricht und Erziehung sind auf die Entfaltung der geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten sowie auf die Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler auszurichten. 2 Sie sind so zu gestalten, dass sie die Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit, Kooperations-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie die Fähigkeit, verantwortlich Entscheidungen zu treffen, stärken.“ Ein Unterricht, wie ihn die Denkschrift vorschlägt, würde eine Änderung des Schulgesetzes voraussetzen, die die Erziehungsziele illiberal ändern müsste.

[92] Dieser Rahmen lässt sich so dem „Operationsplan Deutschland“ (Kirsch: *Operationsplan Deutschland*) zuordnen. Siehe dazu die Stellungnahme von Joachim Garstecki Umdenkschrift 3, S. 100-104, hier S. 103: „Seelsorge im Zeichen von ‚Kriegstauglich werden‘ wird im Rahmenkonzept ausschließlich als Reparatur-Betrieb für die Verletzungen des Krieges verstanden und hat sich als unmittelbarer persönlicher Beistand von Mensch zu Mensch zu bewähren.“

[93] Pax Christi hat dazu eine Stellungnahme veröffentlicht (Pax Christi: *Das „Ökumenische Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ (auch bekannt als „Geistlicher Operationsplan Deutschland“)*) und eine Petition (Pax Christi: *Seelsorge bleibt zivil - Nein zur Militarisierung kirchlicher und diakonischer Dienste! - Online-Petition* gestartet. – Die katholische Kirche scheint fern von der Sicht des Papstes auf Krieg und Frieden, s. Papst Leo XIV.: *Botschaft von Papst Leo XIV. zum 59. Weltfriedenstag 2026*.– Dort scheint das 19. Jahrhundert immer noch nachzuwirken: „Die nationale

Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche.

5.2 „Aktuelle Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch“

5.2.1 (Innere Repression)

> (63) - Mit Russlands Angriff auf die Ukraine Ende Februar 2022 hat sich das Bewusstsein für Krieg im Raum der EU verändert. Obgleich bereits seit der Annexion der Krim 2014 ein militärischer Konflikt in Europa schwelte, hat die Grausamkeit des Krieges mit dem Februar 2022 eine neue Präsenz gewonnen. Zusätzlich hat der Krieg im Nahen Osten als Reaktion auf den brutalen Terrorakt und die Geiselnahme israelischer Zivilisten durch die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel die Präsenz des Krieges noch mehr in die Mitte der Gesellschaft gerückt. **Dass diese Welt (auch) ein Ort gewaltvollen und brutalen Tötens ist, ist damit überdeutlich geworden – so sehr, dass dies mittlerweile ein maßgeblicher Faktor auch der deutschen Innenpolitik geworden ist.**

Dies ist genau keine Analyse, die die Welt in ihrer Komplexität wahrnimmt[94]. Es sind bestenfalls Schlaglichter. Vorgeschichten und Motivationen werden ausgeblendet, das Böse wird personifiziert, die Guten sind auch bekannt, ein manichäisches Bild[95], das gerade unter

Idee des Deutschtums schien zumindest für eine gewisse Zeit zu triumphieren. Der Drang der deutschen Katholiken nach nationaler Integration ließ die Universalität der Kirche immer mehr in den Hintergrund treten. Die katholischen Abgeordneten im Reichstag praktizierten, was häufig auch in den Kirchen betont wurde – und auch das geschah noch unter Hitler: Man wollte sich an nationaler Gesinnung von niemandem mehr übertreffen lassen.“ Missala: *Mit Gott für König und Vaterland* – Gründe für die Kriegsbegeisterung deutscher Katholiken im Ersten Weltkrieg

[94] Wie man die Welt in ihrer Komplexität wahrnimmt, zeigte der Politikdidaktiker Hermann Giesecke, indem er eine Liste von Kategorien und Leitfragen formulierte, mit denen die Analyse eines Konfliktes gelingen kann, s. S. Giesecke: *Didaktik der Politischen Bildung*. Ein Politiklehrer würde an das Problem mit den „Giesecke-Kategorien“ herangehen: Interessen, Werte, Normen, Rollen, Institutionen, Ressourcen, Macht, Gefühle, Kommunikation, Geschichte, Identität, Recht, Moral) Solche Kategorien sind nicht nur für die Schule von Bedeutung, sondern für jeden, der einen politischen Konflikt verstehen will. Und wer beraten will, muss die Alternativen der Situation offen legen. Sonst sucht er nur Gefolgsleute. – Für die Angliederung/Annexion der Krim an Russland könnten das diese Texte sein: Verheugen und Erler: *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*, S. 53ff, 85ff, K. v. Dohnanyi: *Nationale Interessen* – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, S. 98ff, Guérot und Ritz: *Endspiel Europa* – warum das politische Projekt Europa gescheitert ist - und wie wir wieder davon träumen können, S. 113-118, Kronauer und Später: *Ukraine über alles!* ein Expansionsprojekt des Westens, Kronauer: *Meinst du, die Russen wollen Krieg?* Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg, aber natürlich auch Kappeler: *Kleine Geschichte der Ukraine*, S. 282ff, 334ff, grundlegend Brzezinski: *Die einzige Weltmacht* – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, S. 177. – Sicherheitspolitik kann nur noch „umfassend“ verstanden und realisiert werden, s. Varwick: *Internationale Beziehungen* für dummies® internationale Beziehungen verstehen: zentrale Konzepte, Themen und Perspektiven: aktuelle Problemfelder, S. 115f.

[95] In dem von der Evangelischen Militärseelsorge herausgegeben Band Ackermann: *Maß des Möglichen: Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine* – ein Debattenbeitrag wird auf den Seiten 14-16 die „NEUE LAGE: AUF DEM WEG ZU EINER KONFLIKTORDNUNG?“ skizziert, s. S. 15. – Es gibt einen Teufel: Russland. – Mit der Denkschrift nutzt die Militärkirche die Gelegenheit des russisch-ukrainischen Kriegs, die EKD in die schon 2013 lange vor den gegenwärtigen Krisen und Kriegen von den „Thinktanks“ (SWP und GMF: *Neue Macht – Neue Verantwortung*) geforderte Zeitenwende, dem späteren „Münchener Konsens“ des „früher, entschiedener und substanzieller“ (Gauck: „Deutschlands Rolle in der Welt – Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“, S. 5) einzuschließen. Die FAZ freut sich über die Denkschrift (Bingener: *Die EKD und der Pazifismus: Ein richtiger Bruch*), Außenminister Wadephul begrüßt sie, vermisst allerdings die klare Erwähnung von Waffenlieferungen genau an die Ukraine (Buschow:

Christen, also Anti-Manichäern, unmöglich sein sollte[96]. – Nicht nur draußen ist Krieg, er bestimmt inzwischen auch das innere politisch-moralische Leben Deutschland. Auch hier gibt es den tödlichen Feind, in welch verkappter Gestalt auch immer, der ausgeschaltet werden muss[97].

5.2.2 (Rüstung und Sozialabbau}

> (66) - Die Militärausgaben haben weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Abrüstung und Rüstungskontrolle stehen derzeit nicht im Fokus der Weltpolitik. Eine verlässliche globale Architektur der Rüstungskontrolle existiert nicht oder nicht mehr. Es ist ein deutliches Zeichen gewachsener Spannungen, dass die Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle und der Abrüstung, die seit den 1970er Jahren zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und den USA ausgehandelt wurden, durch beide Seiten infrage gestellt oder gekündigt wurden. Auch in Deutschland sind die Militärausgaben zuletzt gestiegen – und werden weiter steigen. **Der Mehraufwand für das Militär hat zur Folge, dass Geld für andere Investitionen fehlt oder Staaten sich hoch verschulden.** Diese Schulden belasten nachfolgende Generationen. Inwieweit diese Belastung durch Veränderungen auf der Einnahmeseite abgemildert werden können, ist eine Frage politischer Entscheidungen, sollte aber geprüft und transparent diskutiert werden.

Der Lebensunterhalt der Armen scheint also von den Rüstungsausgaben nicht betroffen zu sein, jedenfalls ist davon nicht die Rede. Gibt es überhaupt Arme[98]? Die Autoren der Denkschrift haben die damalige haushaltspolitische Diskussion nicht zur Kenntnis genommen?

Ein Beispiel aus dem Handelsblatt[99], „Kanonen statt Butter“:

> Nein, die Sicherheit Europas wird auf dem alten Kontinent entschieden, und zwar an der Staatskasse.
>
> „Kanonen statt Butter“ – auf diese einfache Formel hat die Londoner Tageszeitung „The Times“ das Dilemma gebracht, in dem alle europäischen Volkswirtschaften stecken. Eine Aufrüstung auf 2,5, drei oder gar fünf Prozent der Wirtschaftsleistung lässt sich nur bezahlen, wenn anderswo hart gespart wird.

Debatte über EKD-Friedenspapier: Wadephul vermisst Ukraine-Position | Evangelische Friedensarbeit). – Ein Beitrag also, der zu den gegenwärtigen Propaganda-Erfordernissen passt.

[96] So zeigt sich eine selbstgerechte, unbußfertige Kirche, s. S. 41, auf der Seite einer fehlerlosen Politik. – „Es wird nicht gefragt, was der eigene Anteil daran ist, dass die gegenwärtigen Kriege einen so zerreißen; nach dem Eigenanteil, der u.a. darin gesehen werden kann, dass eine kapitalistische Wirtschaftsweise verbunden ist mit Ausbeutung und Rechtlosigkeit hier und in anderen Teilen der Welt; nach Verkauf und Lieferungen von Kleinwaffen, wodurch Konflikte angeheizt werden; nach einer Rüstungsindustrie, der daran gelegen ist, dass nach dem Ende des Afghanistankrieges sogleich ein anderer Krieg ihre drohende Flaute beendet. Diese und viele andere Fragen weren in der Denkschrift nicht ins Auge gefasstd. In dieser Unbußfertigkeit ist sie selbstgerecht. Selbstgerechtigkeit aber ist unevangelisch, nur Gott spricht gerecht.“ Matthias W. Engelke, Umdenkschrift 3, S. 114

[97] Es handelt sich hier um die höflich-verschwiemelte Form der Ansage, jene, die die gegenwärtige Außen- und Militärpolitik nicht mitmachen wollen, seien allesamt Putin-Knechte, eine Liquidation des Streites in der Demokratie.

[98] Eine evangelische Sonntagszeitung hätte Auskunft geben können, s. Sander: *Immer mehr Menschen in Deutschland sammeln Pfandflaschen, um sich etwas dazuzuverdienen*.

[99] Riecke: *Globale Trends*, vorher in der FAZ Niall Ferguson: *Schuldenbremse und Verteidigung*. Papst Leo hat sich dazu klar geäußert: „Man darf eine Aufrüstung nicht als ‚Verteidigung‘ bezeichnen, die Spannungen und Unsicherheit schürt, Investitionen in Bildung und Gesundheit schmälert, das Vertrauen in die Diplomatie untergräbt und Eliten bereichert, denen das Gemeinwohl gleichgültig ist.“ Preckel: *Papst an der Uni: Welchen Sinn hat Wissen – ohne Gewissen? – Vatican News*

> Auch Ifo-Chef Clemens Fuest benutzte vor einem Jahr die Aufrüstungsformel, die auch die Nazis schon gebraucht hatten, und stellte fest: „Kanonen und Butter – es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“
>
> Der öffentliche Aufschrei war groß. Damals wurde jedoch noch um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato und eine Lücke im deutschen Wehretat von 50 Milliarden Euro gerungen. Inzwischen hat Trump 2.0 die Welt verändert, der kommende Bundeskanzler Friedrich Merz verhandelt mit seinem Juniorpartner SPD angeblich über eine Aufrüstung von 200 Milliarden Euro.
>
> Ob man deshalb gleich den Gürtel enger schnallen – sprich: weniger konsumieren – kann, sei dahingestellt. Sicher ist, dass sich die historische Lücke im europäischen Wehretat nicht allein und dauerhaft durch ein Sondervermögen und eine kluge Neuverschuldung schließen lässt. Insofern hatte Fuest durchaus recht, als er davor warnte, man könne nicht aufrüsten und bei den Staatsausgaben ansonsten nach dem Motto „Weiter so“ verfahren.

In den gegenwärtigen Diskussionen um Verschlechterungen der Alters- und der Krankenversorgung geht im Kern um die Finanzierung der Aufrüstung[100], auch wenn dieser Zusammenhang in der Regel ausgeblendet wird.

Rüstungsausgaben Deutschland nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums[101]:

> *Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis*
>
> Das BMVg hat für das Jahr 2026 Investitionen von mehr als 108 Milliarden Euro in die äußere Sicherheit vorgesehen. In den Folgejahren soll diese Summe bis auf rund 152 Milliarden Euro für den Haushalt des Verteidigungsministeriums im Jahr 2029 steigen. Gegenüber 2023 entspricht das einer Verdreifachung. […]
>
> Mit allen für 2029 geplanten Ausgaben für die Verteidigung beabsichtigt die Bundesrepublik bereits im Jahr 2029, die NATO-Zielquote von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erreichen. Diese Verteidigungsausgaben enthalten zusätzlich zum Haushalt des Verteidigungsministeriums auch Ausgaben aus anderen Einzelplänen der Bundesregierung, welche zum Beispiel den Soldatinnen und Soldaten als Fürsorgeleistung zu Gute kommen oder militärisch notwendige Baumaßnahmen ermöglichen. Das BMVg beabsichtigt den Beschluss des NATO-Gipfels, 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, sechs Jahre früher umsetzen, als von der NATO auf dem Gipfel gefordert. Die Berechnung und Veröffentlichung der „NATO-Quoten“ aller Alliierten nimmt die NATO selbst vor.

5.2.3 (Rüstung und Hunger)

Die Denkschrift hat kein Problem damit, dass Geld gänzlich unproduktiv ausgegeben wird. Er ist wirtschaftlich ohne Nutzen, es sei denn, fremde Ressourcen werden erobert[102].

[100] Bundesrechnungshof: *Rentenversicherung*, Tagesschau: *Was sich mit dem Gesundheits-Sparpaket für gesetzlich Versicherte ändern soll*

[101] Bundesministerium der Verteidigung: *Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis*

[102] Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Der Fiskalmultiplikator wird auf höchstens 0,5 geschätzt, d.h. von 1 Euro Rüsungsaugaben kommen über den Wirtschaftskreislauf nur 50 Cent zum Staat zurück, während der Rücklauf bei Bildungs- und Investitionsausgaben 2 oder 3 mal so hoch sein kann, Krebs und Kaczmarczyk: *Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland*, S. 19, 23.

> „Krieg versteht sich von selbst, da er unmittelbar ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe.“

Rüstung ist wirtschaftlich letztlich nutzlos, ein parasitäres Geschäft[103]. Dass sie politisch geboten sein kann, ändert daran nichts. Es gilt immer noch, was Gollwitzer dazu schon 1979 sagte[104]:

> […] bevor wir noch an diesem Genozid (= im Weltkrieg; HL) sterben, werden wir an seiner Vorbereitung sterben, an der Rüstung. Jetzt schon sterben ungezählte Menschen daran. Würden die vielen Milliarden, die allein NATO und Warschauer Pakt für Rüstung und Waffenproduktion in die Luft jagen - in die Luft, denn es soll ja nach den Erklärungen beider Seiten nicht zum Ernstfall kommen! - würden diese Mittel für das Leben der Menschheit eingesetzt, die Sahara würde zu der Kornkammer, die sie früher einmal gewesen war; in Afrika, Asien und Lateinamerika würden nicht in dieser Stunde Hunderte von Menschen an Hunger sterben und durch Unterernährung verblöden; entwickelte Alternativenergien ließen uns dem Ende der Ölzeit unbesorgt entgegensehen; Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialfürsorge würden nicht wegen der Kostenexplosion schrumpfen müssen.
>
> An der Rüstung sterben unsere dringendsten Reformen, weil Geld und Menschen dafür fehlen. An der Rüstung stirbt unsere Demokratie; Heere, hierarchisch aufgebaut, und der militärisch-industrielle Komplex, von Geheimnissen umgeben und von Geheimdiensten geschützt, sind Fremdkörper in der Demokratie. Parlamentarische Kontrolle wird zur Farce, wie man es bei der Entwicklung des Milliardendings Tornado erlebt hat. Bei inneren Konflikten, wie wir sie durch zunehmend schärfer werdende Verteilungskämpfe auch bei uns erleben können, steigt die Versuchung der Mächtigen, für ihre Interessen dem Militär die diktatorische Macht zu übergeben, wie es in Brasilien, Chile, Argentinien usw. geschehen ist.

Das ist keine politische Belanglosigkeit, sondern greift schon in den Kern des Evangeliums. Gewaltige wirtschaftliche Ressourcen haben keinen Nutzen für die weitaus größte Anzahl der Menschen, sie werden vielmehr von der Nutzung ihrer potentiellen Möglichkeiten ausgeschlossen.

Der Gedanke von Jean Ziegler[105]

> Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, dass heute an Hunger stirbt, wird ermordet.

scheint absurd übertrieben zu sein. Aber er trifft eine Welt, die den Hunger beseitigen könnte, aber Summen an Geld ausgegeben werden, die die Vorstellungskraft übersteigen[106].

> Die Regierungen der Welt geben so viel Geld für ihr Militär aus wie nie zuvor. Laut dem Internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri haben die globalen Militärausgaben 2025 ein Rekordhoch von 2.887 Milliarden US-Dollar erreicht - ein Anstieg von 2,9 Prozent gegenüber 2024 und der elfte jährliche Zuwachs in Folge.

[103] Militär kann allerdings auch als wirtschaftlich parasitäre soziale Gruppe von immenser politischer Bedeutung sein, Krippendorff: *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, S. 206f.
[104] Gollwitzer: „Wie konntet Ihr das zulassen? – Rede zum Antikriegstag am 1. September 1979 in Mainz“, S. 9f
[105] Ziegler: *Zitate*
[106] ZDFheute: *Sipri-Studie: Rüstungsausgaben weltweit so hoch wie nie*

Das sind 2.887.000.000.000 Dollar ohne wirklichen produktiven Nutzen. Obwohl es natürlich keinen unmittelbaren Zusammenhang gibt, kann man eine Zahl aus der Ernährungsstatistik daneben stellen[107].

> Laut dem Bericht „Stand der Ernährungssicherheit und Ernährung in der Welt“ aus dem Jahr 2025 litten im Jahr 2024 schätzungsweise 8,2 % der Weltbevölkerung – etwa 673 Millionen Menschen – unter Hunger.

Die Denkschrift bezieht diese weltweiten Folgen des Rüstungswachstums weder in ihre politischen und wirtschaftlichen noch in ihre theologischen Überlegungen mit ein. Aber der Evangelische Erwachsenenkatechismus von 2010, der in der Friedensfrage auf der Denkschrift von 2007 beruht, bietet hier eine Möglichkeit zu theologischen Überlegungen[108]:

> Weder im Blick auf individuelle Verletzungen Einzelner, noch bei Akten internationaler Kriminalität sprechen wir von Sünde. Wo Menschen sich gegenseitig ausbeuten und verbrauchen, Eheleute einander, Eltern ihre Kinder, Jugendliche ihre Lehrer, Besitzende die, die nichts haben, und Machthaber die, die ihnen anvertraut sind, kommen wir gar nicht auf die Idee, das Wort Sünde zu gebrauchen, obwohl durchaus Schuld erkannt wird und Entsetzen über Gewaltausbrüche und Menschenverletzungen lebendig ist.
>
> Der Verlust des Wortes Sünde hat mit einer Verengung und Verarmung unserer Wahrnehmung zu tun: Wir sehen uns nicht mehr als Menschen, die vor Gott stehen und nur in der Rückbindung an ihn die Chance haben, zu einem gelingenden Leben zu finden. […]
>
> Aus der Perspektive der Geschichte Gottes erweist sich Sünde letztlich gegen Gott gerichtet. Sie steht jenseits von Moral und Gesetz als Verletzung des Lebens, der Liebe und Gottes, als Lebenswidrigkeit, Lieblosigkeit und Gottlosigkeit. Aus der Perspektive von Güte und Barmherzigkeit zeigt sich die Verhältnislosigkeit der Sünde, der Bruch aller Beziehungen, die rücksichtslose Selbstperspektive mit tödlichem Trend.

Für die Denkschrift ist das letztlich kein Problem. Das skandalöse Verhältnis von Rüstungsmilliarden und millionenfachem Hunger scheint theologisch außerhalb des Sündenzusammenhangs[109] zu stehen. Sünde scheint zurechenbare Handlungen Einzelner vorauszusetzen. Gibt es solche nicht, oder können sie nicht erkannt werden, scheint es keine Sünde zu geben.

Er ist aber Teil von Sünde, Akt in Sünde, Folge von Sünde[110].

Der Sünder bedarf der Rechtfertigung, es gibt keinen Schonbereich, in dem man ohne Rücksicht auf die dieser Zusammenhang tun und lassen kann, was man will[111], auch dieses muss vor Gott vertreten werden können. Dieses andere Geschehen muss deshalb auch theologisch konkret erfasst werden.

Es geht um Barmen II[112]:

---

[107] United Nations: *Food*

[108] Evangelischer Erwachsenenkatechismus, S. 217, 222f

[109] Eine Unmöglichkeit, s. Vogel: *Gott in Christo – ein Erkenntnisgang durch die Grundprobleme der Dogmatik*, S. 481. Wieder ein Beispiel für die doppelte Sünden-Anthropologie der Denkschrift: Die da oben machen schon alles richtig, so letztlich, sie irren höchstens das eine oder andere Mal, wie es im Leben halt so vorkommt.

[110] Dazu Heinrich Vogel s. Vogel: *Die eiserne Ration eines Christen*, S. 87, Paul Tillich s. S. 90

[111] S. Evangelischer Erwachsenenkatechismus, S. 302ff

[112] EKD: *Barmer Theologische Erklärung*

> *Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung. (1. Kor 1,30)*
>
> Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.
>
> Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.

Wie aber soll eine theologische Reflexion von Realität in einem Text gelingen, der über Schlaglichter statt Analyse nicht hinauskommt?

5.2.4 (Frieden und Gemeinsame Sicherheit)

> (73) - Die Suche nach Frieden geht in der gegenwärtigen Situation einer vernetzten und globalisierten Welt einher mit einem Ruf nach einem Mehr an Sicherheit. Gerade für betroffene Länder und Opfergruppen ist dieser Ruf nach Sicherheit nur allzu verständlich. Friede gibt es nicht ohne Sicherheit, Sicherheit nicht ohne Frieden. **Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik die Bedingungen dafür geschaffen hat.**

1990 wurde friedenslogisch ein großer Schritt nach vorn gemacht: Die Charta von Paris. Der Text ist dieser Denkschrift völlig unbekannt, so scheint es. Sie gibt sich unwissend, um einseitig sein zu können.

Die Teilnehmerstaaten der KSZE haben in diesem Text beschlossen[113]:

> Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur friedlichen Beilegung von Streitfällen. Wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zwischen den Teilnehmerstaaten zu entwickeln.
> Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.

Nicht Verteidigungsfähigkeit – besser: Kriegsfähigkeit – ist in diesem Text die Grundlage der Sicherheit, sondern das sich langsam entwickelnde Vertrauen, dass von der Sicherheit aller Teilnehmer bestimmt ist. Genau deshalb ist Abrüstung möglich. Sicherheit entsteht durch die Qualität der Beziehungen zwischen den Staaten. Friedliche, vertrauensvolle und kooperative Beziehungen schaffen Sicherheit. Innerhalb der Bündnisse gilt das sowieso, sonst müsste sich

[113] Wikipedia: *Charta von Paris*, Konrad-Adenauer-Stiftung: *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990*, https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf

Deutschland gegen Überfall durch Dänemark und Luxemburg wappnen, jeder gegen jeden. Militär ist nur für den Ausnahmefall erforderlich, wenn davon ausgegangen wird, dass dieser oder jener Krieg möglich sein könnte. Friedenslogik ist die Grundlage von Sicherheit, Sicherheitslogik bestenfalls eine Seitenstütze.

Warum aber ist dieser Weg verlassen worden? Wer hat ihn mit welcher Absicht verlassen? Die Denkschrift kann diese Fragen nicht stellen, weil sie den Text und die damaligen politischen Zukunftsvorstellungen und -wünsche in ganz Europa nicht kennt.

> (77) - Die Erfahrungen des gewaltsamen Todes vieler Menschen im Krieg könnte aufgrund des Primats der Gewaltfreiheit zu der Forderung führen, auch in einem heißen Konflikt allein auf Verhandlungen zu setzen. Diese Sichtweise übersieht allerdings, dass solche Verhandlungen nur dann ethisch vertretbar sind, wenn sie sich innerhalb des internationalen Rechts bewegen, das heißt dem Schutz der territorialen Unversehrtheit und Selbstbestimmung dienen. Der Primat der gewaltfreien Lösung darf nicht gegen die Ethik rechtserhaltender Gewalt ausgespielt werden – wie umgekehrt jede rechtserhaltende Gewalt selbst auf ihre Vereinbarkeit mit dem Recht und auf die Überwindung von Gewalt ausgerichtet sein muss. **Aufgezwungene Verhandlungen sind kein Weg zum Gerechten Frieden.** Verhandlungen, die lediglich dazu dienen, die Ergebnisse militärischer Kriegsführung abzusichern, sind abzulehnen. Wenn die Position der Verhandlungspartner primär durch militärische und ökonomische Macht bestimmt wird, besteht die Gefahr, dass Verhandlungsergebnisse Machtverhältnisse festschreiben, die keinem dauerhaften Frieden dienen. Eine ethisch reflektierte Friedenspolitik muss daher genau prüfen, unter welchen Bedingungen Verhandlungen friedensförderlich sind und welche Kriterien ein gerechtes Verhandlungsergebnis erfüllen muss. Sie muss ebenso sensibel dafür sein, wenn unter dem Vorwand des Schutzes vor Gewalt oder der Erhaltung des Rechts Freiheitsrechte missachtet und Menschen, aber auch Infrastruktur und natürliche Ressourcen vernichtet werden.

Das war im russisch-ukrainischen Krieg die Position des Westens während der Zeit, als es so schien, die Ukraine könne irgendwann aus der Position der Stärke mit Russland „verhandeln“[114]. 2025 wandelte sich diese Auffassung unter dem Einfluss Trumps: Der Ukraine wird keine Chance auf einen Sieg gegeben, sie möge aber durchhalten, dazu solle Russland zu einem Waffenstillstand gedrängt werden, begleitet von Verhandlungen, der der Ukraine die Möglichkeit der Regeneration gibt. Jetzt, 2026 stellt sich diese Frage wieder anders. – Was hier von der Denkschrift als grundsätzliche Position ausgegeben wird, ist nur zeitweiliger Reflex täglich wechselnder Taktik[115].

[114] Es war der Geist einiger Tage, noch nicht mal der „Zeitgeist“, dem dieser Text seinen Ursprung verdankt: „Jeder Versuch, den Krieg nicht einzig auf die (hier plötzlich auch im bürgerlichen Diskurs erkannten) ›imperialistischen‹ Bestrebungen bzw. die reine Bösartigkeit Putins zurückzuführen, sondern als Konflikt mit Vorgeschichte und konkurrierenden Interessen (Imperialismen) wahrzunehmen, wurden als Kreml-Propaganda zurückgewiesen. Forderungen nach Verhandlungen wurden – so lange der ›sicherheitspolitische Diskurs‹ von einer ›Frühlingsoffensive‹ und der Rückeroberung der Krim halluzinierte und die Ukraine eigentlich in einer besseren Verhandlungsposition war – ebenso empört zurückgewiesen, selbst wenn sie vom UN-Generalsekretär oder dem Papst erhoben wurden. Die Debatte war geprägt von einem impliziten, männlich-martialischen Nationalismus: Regierung und ›Volk‹, das Überleben der Nation und der Einzelnen wurden ineins gesetzt, das einzig durch den heldenhaften Mut und die Opferbereitschaft der (übrigens so gut wie nie gegenderten) ukrainischen Soldaten*innen und überlegener westlicher Waffentechnologie zu gewährleisten wären. Demgegenüber wurden russische Akteure und insbesondere Soldaten*innen dehumanisiert, ihr massenhaftes Sterben gefeiert, über herbeifantasierte ›Abnutzungsraten‹ (an Menschenleben!) diskutiert. Insgesamt wurde mittelfristig ein ukrainischer Sieg prognostiziert. Wer die siegessicheren, dominierenden Narrative auch nur hinterfragte, wurde auf verschiedenen Wegen sanktioniert und gesellschaftlich geächtet.“ Marischka: *Eine kurze Geschichte der deutschen Außenpolitik*

[115] Vieles ist in der Denkschrift 2025 einfach nur Schaumschlägerei, Theo-Bluff als Form des jahrelang geübten Uni-Bluffs.

Man hat wohl vergessen, den Text den jeweiligen taktischen Gegebenheiten anzupassen. – So etwas passiert, wenn die Aufgabe der Kirche politischen Tagesbedürfnissen der eigenen Regierung untergeordnet wird.

Dazu Günter Brakelmann und Arno Lohmann[116]:

> Die Kirche muss in dieser Situation (des Kriegs; HL) ohne Wenn und Aber zur Änderung des politisch-militärischen Handelns aufrufen, und dazu, sich zum Waffenstillstand als Voraussetzung von Friedensverhandlungen zum Waffenstillstand als Voraussetzungen für Friedensverhandlungen bereit zu finden. Sie kann sich nicht der üblichen Logik der machtpolitischen Argumente beugen. Sie hat zu schreien über die Kriegsverbrechen und hat sich von ihrer Botschaft her gegen das Verbrechen des Kriegs überhaupt zu wehren. […]
>
> Was in der Kirche zuerst geschehen muss, ist nicht der Ruf nach neuem Frieden, sondern der Ruf nach Buße, d.h. zu erkennen, dass es zeitgenössische Politiker und Militärs sind, die das Elend im Krieg zu verantworten haben. Sie selbst nehmen an den Kämpfen mit dem Verlusten an Menschen und an der Zerstörung von Lebensräumen nicht teil. Sie bestimmen und befehlen, was und wie es zu zerstören ist. Sie aber haben die Letztverantwortung für das Kriegsgeschehen. Mit göttlichem Geschichtswillen hat das nichts zu tun.

5.2.5 (Der hybride Krieg)

> (87) - **Eine besondere Herausforderung stellt die internationale Zunahme hybrider Kriegsführung dar, deren Ziel es ist, die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit des Gegners empfindlich einzuschränken.**

Es folgen viele weitere Abschnitte zur hybriden Kriegsführung[117]. Einer davon:

> (90) - Eine besondere Zäsur bildete die Besatzung der Krim durch russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen 2014 mit dem sich anschließenden Scheinreferendum. Externe Angreifer arbeiteten mit internen Kräften zusammen, wodurch die Grenze zwischen Angreifer und Angegriffenen verschwamm. Seitdem ist der Begriff des hybriden Kriegs im allgemeinen Sprachgebrauch angekommen.

Dass der RegimeChange 2014 eine Folge und Maßnahme „hybrider Kriegsführung“ gewesen sein könnte, kann nicht gedacht werden, denn der Westen kommt als politischer Akteur nicht vor.

Schlussendlich wird die evangelische Friedensethik selbst zum Teil der hybriden Kriegsführung, dagegen natürlich.

5.2.6 (Ein historischer Versuch)

> (114) - Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, die insbesondere seit 1990 auf die Stärkung der internationalen regelbasierten Ordnung setzte, ist unter Druck geraten. Ihr Ziel

[116] In Umdenkschrift 2, S. 14, 18

[117] Verteidigung BMVg: *Was sind hybride Bedrohungen?* – Selbst die Formulierungen sind ähnlich. - „Hybride Kriegführung“ dürfte wissenschaftlich ein Null-Begriff sein, der eine Durchblicker-Haltung nur vortäuscht, s. Klaus: *„Hybride Kriegführung“ – Pseudowissenschaftliche Propaganda*. – Ein Fall von Kriegspropaganda, s. Morelli: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, Prinzip Nr. 3, S. 35ff.

> war, dem sanktionsbewehrten Recht Anerkennung zu verschaffen und für den Konfliktfall das Militär zu einer Art „Weltpolizei“ umzuformen. Europa reduzierte in dieser Zeit seine Militärausgaben, während die USA durchgängig hohe Summen in ihr Militär investierten. Ohne diese Aufwendungen der USA wären internationale Einsätze kaum möglich gewesen. Fortschreitende Wirtschaftsverflechtungen und weitere Kooperationen sollten helfen, eine Lage herzustellen, die es für Staaten unattraktiv machen sollte, einen Krieg zu beginnen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine markante Disruption dieser international regelbasierten Ordnung. Erschwerend kommt hinzu, dass die USA, aber auch andere ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sich als wenig verlässliche Ordnungshüter zeigen und ihre Mitgliedschaft in und ihre Mitwirkung an internationalen Organisationen teilweise aufgekündigt haben, wie etwa der WHO oder dem Weltklimarat.

Der Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien, der Überfall der USA und ihrer Hilfswilligen auf den Irak und auf Libyen, die Unterstützung islamistischer Terroristen durch die USA in Syrien – all das kommt nicht vor[118]. Die Kosten der Kriege der USA („Weltpolizei“, „internationale Einsätze“) fehlen[119]. – Eine sachlich angemessene Kommentierung dieses Absatzes wäre nur in einem Vokabular möglich, in dem man sich nicht äußern möchte. Und so geht es dieses ganze Kapitel der Denkschrift weiter[120].

> (118) - Die Überzeugung, dass das Recht das entscheidende Mittel zum Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen darstellt, bildet einen wichtigen Bestandteil des Leitbilds des Gerechten Friedens. Dem entspricht es, dass der Einsatz von Gewalt ethisch nur dann legitim sein kann, wenn sich dieser am Recht als einer für alle verbindlichen Ordnung sowie den dieses Recht tragenden ethischen Grundsätzen orientiert.

Wenn dem so wäre, enthielte der Text flammende Anklagen gegen die Zerstörung des Völkerrechts durch die USA und andere Nato-Staaten seit dem Krieg gegen Jugoslawien. Da findet man aber nichts. – Die schwer vorgetragenen folgenden theologischen Überlegungen verkommen so zur Heuchelei. – Warum denn sollte das Recht nicht Teil des Sündenzusammenhangs sein? Ist das Recht vom Himmel gefallen, als göttliche Offenbarung, unfehlbar, wie das in anderen Religionen der Fall sein soll?

5.3 Bekannte friedensethische Fragen benötigen aktuelle Antworten

5.3.1 (Atomwaffen und Politik)

> **Zwischen politischer Verantwortung und dem ethischen Ziel einer atomwaffenfreien Welt: Nukleare Abschreckung als zu überwindendes Dilemma**

[118] S. dazu Paech: „Neues Völkerrecht für neue Krieg?“

[119] Über die Kosten dieser Kriege findet man Auskunft in Brown University: *Costs of War – Brown University*: Geschätzte vier Millionen Tote, 8000 Milliarden US-Dollar, weiträumige Umweltzerstörungen, die Zerstörung ganzer Volkswirtschaften und die Vertiefung sozialer Ungleicheit in den USA.

[120] Es gilt schon im Frieden vor dem Krieg: „**Der Nörgler:** Denn der Krieg verwandelt das Leben in eine Kinderstube, in der immer der andere angefangen hat, immer der eine sich der Verbrechen rühmt, die er dem andern vorwirft, und in der die Rauferei die Formen des Soldatenspiels annimmt. Wenn Krieg ist, lernt man das Soldatenspiel der Kinder gering schätzen. Es ist eine viel zu frühe Vorbereitung auf die Kinderei der Erwachsenen. – **Der Optimist:** Das Soldatenspiel der Kinder empfängt jetzt im Gegenteil neue Anregungen. Kennen Sie das Spiel »Wir spielen Weltkrieg«? – **Der Nörgler:** Es ist die ebenso gemeine Kehrseite des Ernstes: Wir spielen Kinderstube.“ Kraus: *Die letzten Tage der Menschheit* – Tragödie in fünf Akten, S. 220

(142) - **Eine besondere Aufmerksamkeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland galt der nuklearen Abschreckung, niedergelegt insbesondere in den Heidelberger Thesen 1959 und den Friedensdenkschriften 1981 und 2007. Die Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR setzten sich ebenfalls intensiv mit diesem Thema auseinander. Auf ihrer Synode 1987 in Görlitz bekannten sie sich ausdrücklich zur „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ und formulierten ein theologisches und friedensethisches Bekenntnis, das als verbindliche Orientierung ihrer Kirchen festgeschrieben wurde.** Deutschland besitzt zwar selbst keine Atomwaffen, aber es verfügt über Flugzeuge, die mit in Deutschland gelagerten Atomwaffen der USA bestückt werden können. Damit ist das Problem der „nuklearen Teilhabe“ angesprochen. Während vielen diese nukleare Teilhabe zu weit geht, werden derzeit Stimmen laut, die eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Atombewaffnung fordern.

Stimmt so, die Heidelberger Thesen s. S. 63.

(143) - Atomwaffen sind eine existentielle Bedrohung für Menschen und ganze Lebensräume. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine macht beispielhaft die Problematik nuklearer Rüstung in heutigen Konflikten deutlich: Zum einen hat der Verzicht der Ukraine auf die auf ihrem Gebiet verbliebenen sowjetischen Atomwaffen wohl mit dazu beigetragen, dass sie Opfer eines konventionellen Angriffs geworden ist. Zum anderen sind die teils versteckten, teils offenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt die Drohung mit nuklearen Waffen eine entscheidende Rolle spielen kann. **In einer Welt, in der nukleare Waffen existieren, ist eine ethische Auseinandersetzung mit dieser Bedrohung unabdingbar.**

Die Ukraine verfügte nach 1991 über keine Atomwaffen, sie waren weiterhin Teil der sowjetischen/russischen Streitkräfte. Sie verzichtete also auf etwas, das sie gar nicht besaß. Explizite offizielle russische Drohungen mit Atomwaffen gegen den Westen sind nicht bekannt[121]. Allerdings haben sich in Russland seit Beginn des russisch-ukrainischen Kriegs die Atomkriegsdoktrin und die akademische Diskussion über die Funktion von Atomwaffen in gefährlicher Weise geändert[122].

Aber dennoch sind sie in diesem Krieg von Bedeutung. Die Eskalationen erfolgen schrittweise, weil sowohl Russland als auch der Westen eine atomare Eskalation fürchten und vermeiden wollen.

(145) - Die teils offenen, teils versteckten Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation sind jedoch ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt nukleare Waffen eine entscheidende Rolle spielen können. In diesem Szenario würden alle Staaten, die nicht glaubwürdig auf eine nukleare Abschreckung verweisen können, zu potenziellen Opfern konventioneller Angriffe von Staaten oder Regimes, die über Atomwaffen verfügen. In dieser Konstellation auf nuklearen Schutz gänzlich zu verzichten, wäre sicherheitspolitisch kaum zu verantworten. So konturiert sich das ethische Dilemma:

[121] Man kann natürlich vieles interpretieren, vermutlich noch nicht einmal falsch.

[122] Rossijskaja Gaseta: *Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 19. November 2024 Nr. 991 „Über die Genehmigung der Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung“*, Trenin, Awakfjanz und Karaganow: *Von der passiven zur aktiven Abschreckung* – Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik

> **Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, auch wenn ihr Einsatz durch nichts zu rechtfertigen ist. Eine ethisch richtige Option ist, einseitig auf Atomwaffen zu verzichten. Dies wäre im Blick auf die Folgen in der jetzigen konkreten politischen Situation wiederum kaum politisch zu vertreten. Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann also vor diesem konkreten Hintergrund eine ethisch begründbare Entscheidung sein. Egal welche Option sie wählen, die Verantwortlichen laden Schuld auf sich.**

Es ist richtig, dass die Atomwaffen auch dann von Bedeutung sind, wenn sie nicht in einem Krieg eingesetzt werden. Und deshalb muss ethische Reflexion mit dieser Art von „Einsatz“ der Atomwaffen beschäftigen.

Was jedoch stört, ist die FAZ-mäßige Engführung des Gedankens. Man könnte auch sagen, dass Nordkorea ohne Atomwaffen das Schicksal des Iraks, Libyens oder Syriens erfahren hätte. aber das geht wegen des impliziten politischen Weltbildes nicht.

5.3.2 (Präemptiver Krieg gegen eine Atommacht)

Ein rätselhafter Abschnitt[123]:

> (146) - **Die unvergleichlichen Gefahren, welche die nukleare Bewaffnung, aber auch andere Massenvernichtungswaffen mit sich bringen, werfen die Frage auf, ob die strengen Anforderungen an rechtmäßige Selbstverteidigung aufzuweichen sind, wenn es um die Zerstörung oder Verhinderung völkerrechtswidriger Bewaffnung geht.**

Geht es hier darum, ob der Westen vorbeugend Russland oder jeden anderen Staat angreifen darf[124]? Dieser Abschnitt ergibt einen Sinn im Zusammenhang mit der 2025 (noch) geplanten Stationierung von weitreichenden Waffensystemen[125], eine Stellungnahme vor der öffentlichen

[123] Dieser Abschnitt ist nur wenigen Lesern aufgefallen. Jakob Augstein: „Notwendig sei ‚eine Kirche, die an ihren unwandelbaren Werten festhält, die standhaft ist, und nicht eine, die sich anpasst‘, sagte der Publizist. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Anfang des Monats veröffentlichte neue Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als ‚Katastrophe‘. In dem Papier ‚verdammt die Kirche den Krieg, wie es sich gehört – aber dann findet sie ganz viele Gründe, ihn zu führen‘, kritisierte er. Sie rechtfertige den Besitz von Atomwaffen und rede sogar einem Präventivkrieg das Wort.“ epd: *Augstein: Kirche kann nicht politisch neutral sein*

[124] Es ginge womöglich um ein Verbrechen nach § 80a StGB, „Aufstacheln zum Verbrechen der Aggression.

[125] Varwick: *Die Debatte um US-Mittelstreckenraketen in Deutschland* – sicherheitspolitische Weichenstellungen der Jahre 2024/2025. – Dieser Abschnitt der Denkschrift muss öffentlich skandalisiert werden. – Allerdings kann militärischer Einsatz vom einsetzenden Staat immer irgendwie gerechtfertigt werden. „Jede völkerrechtliche Rechtfertigung entzieht einen Militäreinsatz nämlich dem Anwendungsbereich des Art. 26 GG bzw. des Aggressionstatbestandes. Staaten versuchen daher stets, Verstöße gegen das Gewaltverbot zu rechtfertigen, zu legitimieren oder zumindest die ‚friedensstörende Absicht‘ zu ‚relativieren‘. Sie berufen sich bei militärischen Interventionen auf Ausnahmetatbestände wie z.B. auf die ‚präventive‘ Selbstverteidigung, auf den Schutz von eigenen Staatsangehörigen im Ausland oder auf die Rechtsfigur der sog. ‚humanitären Intervention‘. All diese ‚Ausnahmetatbestände‘ sind völkerrechtlich nicht nur ausgesprochen umstritten, sondern bergen auch die Gefahr einer gewohnheitsrechtlichen Weiterentwicklung. Vor allem das Rechtfertigungsargument der ‚Verteidigung‘ führt, wenn es ‚überdehnt‘ wird, tendenziell zu einer Erosion des völkerrechtlichen Gewaltverbots und damit des Kerns der Völkerrechtsordnung.“ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: *Zum Begriff des Angriffskriegs*. – Gibt es noch keine Rechtsprechung zu einem Tatbestand, kann man denken und tun, was man will. Bundeskanzler Schröder war sich von Anfang an der Völkerrechtswidrigkeit des Kriegs gegen Jugoslawien bewusst (Talmon: *At Last! Germany Admits Illegality of the Kosovo Intervention*), die deutsche Bundesanwaltschaft hat die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt, Spanner: „Strafanzeige gegen Schröder“ und Rath: „Per Strafanzeige gegen den Krieg“: „Nehm lehnte damals die Einleitung eines

Debatte.

> (147) - **Allerdings kann die Eigenart der abzuwendenden Gefahr eine Rolle bei der Anwendung der anerkannten Kriterien für rechtmäßige Selbstverteidigung spielen, also insbesondere der Unmittelbarkeit des bevorstehenden Angriffs sowie der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit militärischer Abwehrmaßnahmen.** Das hängt mit den kaum vorstellbaren Folgen eines eventuellen Gebrauchs nuklearer Waffen zusammen. Daher kann sich in Extremszenarien die Frage stellen, ob bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch einen Staat bereits dann eine unmittelbare Angriffsgefahr vorliegt, wenn Trägersysteme und Einsatzbereitschaft absehbar sind, ohne dass ein konkreter Angriff direkt bevorsteht. Dazu muss auch gehören, dass das Ziel der Waffenentwicklung in einem entsprechenden Angriff besteht. Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind und bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein.

Der Inhalt ist letztlich einfach: Dass Atombomben zur Vernichtung der Menschheit führen können, müssen wir riskieren[126], sonst kommt der Russe[127]. Ob damit das Völkerrecht verletzt

Ermittlungsverfahrens gegen die Bundesregierung ab. Die Regierung habe nicht das friedliche Zusammenleben der Völker stören wollen, sondern ‚die Wiederherstellung des Friedens in der Krisenregion‘ bezweckt. Ein Angriffskrieg im Sinne von Paragraf 80 des Strafgesetzbuches liege daher nicht vor, entschied Nehm einen Monat nach Beginn der Luftschläge.

[126] Weil das Risiko „kaum vorstellbar“ ist, wird es gar nicht erst vorgestellt, noch nicht einmal mit einem Terminus eingeführt, auch keinem verschleiernden: der atomaren Selbstvernichtung. Der Ursprung dieses Stumpfsinns liegt nach Krippendorff im Ersten Weltkrieg: „ […] der Erste Weltkrieg war es gewesen, der die Schleusen für alle spätere Brutalisierung und Barbarisierung geöffnet und anscheinend zu einer allgemeinen Abstumpfung und Resignation geführt hat gegenüber dem, was nun an möglich geworden ist.“ Krippendorff: *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, S. 16. Er bezieht sich dabei auf Sigmund Freud. – Eine sozialpsychologische Erklärung dieser kollektiven Realitätsverweigung, von der auch die Denkschrift befallen ist, s. Waldrich: *Pazifismus und Militarismus*. – Ein Günther Anders ist vergessen; über „die Bombe“: „Daß ihr geringster Effekt, wenn sie eingesetzt würde, größer wärfe als jeder noch so große von Menschen gesetzte (politisch, militärische) Zweck; daß *‚effectus transcendit finem‘*; und daß ihr Effekt nicht nur größer wäre als ihr angeblicher Zweck, sondern daß er aller Voraussicht nach jede weitere Setzung von Zwecken überhaupt in Frage stellen würde also auch jede weitere Verwendung von Mitteln, mithin das *Mittel-Zweck-Prinzip als solches auslöschen* würde. – Einen derartigen Gegenstand ein ‚Mittel‘ zu nennen, wäre absurd.“ Anders: *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, S. 249, über den Einsatz der „Bombe“ zur Abschreckung genannten Erpressung S. 216ff. Und dennoch haben wir keine Angst: „Schon die Todesangst von zehn Menschen nachzufühlen, ist uns zuviel. Vor dem Gedanken der Apokalypse aber streikt die Seele. Der Gedanke bleibt nur ein Wort.“ Anders: *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, S. 69. Anders spricht von „Apokalypse-Blindheit“ als Folge einer Trennung von Verstand und Gefühl im Zuge der Technikentwicklung, s. Schubert: *Günther Anders* – mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, S. 75-81 – Wie solche Texte möglich sind: „Die Antiquiertheit des Konformismus“, in: Anders: *Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution* Bd. 1, S. 193-207. – Jahrzehnte später hat man sich an alles gewöhnt. – Es gibt aber auch Widerspruch zum Umgang mit dem Atomwaffen in der Denkschrift, s. Beyer-Grimm, Jens (epd): *Friedensforscherin: EKD-Denkschrift geht bei Atomwaffen zu weit - Evangelische Zeitung*.

[127] Diese theologische Kommission wäre in den Augen Bismarcks unfromm und leichtsinnig: „Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnisse geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft ([…]) ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte.“ Nach Krippendorff: *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, S. 22f – Helmut Thielicke bekam es 1957 auf dem CDU-Bundesparteitag sogar fertig, aus der Tatsache, das die UdSSR in Sachen Atomwaffen mit den USA grundsätzlich gleichgezogen hatte, den Schluss zu ziehen, dass man bei der Entwicklung der Atomwaffen nun mitmachen müsse. Die Reihenfolge war ihm durchaus bewusst, nur ihre Unsinnigkeit merkte er nicht, Helmut Thielicke: Was heißt Verantwortung im Atomzeitalter?, in Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche*

wird, ist ohne Bedeutung.

Dass im Folgenden hohe ethische Anforderungen an die Eröffnung der Massenvernichtung gestellt werden, ist ohne Belang. In der Tageshetze der Politik wird das kaum von Bedeutung sein. Man kann aber festhalten: Ein Angriffkrieg des Westens gegen wen auch immer ist grundsätzlich erlaubt, mit welchen Folgen für die Menschheit auch immer[128].

> (148) - **Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben treffen, sondern lediglich die genannten Dilemmata festhalten. Denjenigen, die als Volksvertretung diese schwierige Abwägung vornehmen müssen, ist in dieser Entscheidung zur Seite zu stehen.**

Obwohl solch eine Politik ethisch unmöglich ist, kann sie militärstrategisch notwendig sein[129]. Und dann wird sie gemacht, wenn auch mit seelsorgerlicher Begleitung. Die Waffen werden nicht gesegnet, aber die Täter werden gerechtfertigt und damit die Taten. So einfach löst sich das in den Heidelberger Thesen benannte Dilemma, über das jahrzehntelang in der EKD gerungen wurde[130].

Exkurs: Gollwitzer zum Heidelberger Dilemma[131]:

> Zu Beginn einer wichtigen Synodalberatung über dieses Thema hat vor einigen Jahren ein namhafter Kirchenführer sofort eine verhängnisvolle Weichenstellung vorgenommen, indem er erklärte, die Kirche dürfe kein Nein sprechen, bei dem sie den verantwortlichen Politikern nicht zugleich sagen könne, wie sie das im politischen Handeln befolgen

Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare, S. 40-48. – Dieser Band zeigt, dass die Kritiker der Atomrüstung theologisch argumentieren, die Kritiker der Kritiker dagegen politisch, allerdings nur aus einem bestimmten politischen Blickwinkel. Götz Harbsmeier stellte damals fest, dass die Diskussion auf zwei verschiedenen Ebenen stattfand und man deshalb aneinander vorbei redete, Götz Harbsmeier: Kirchenspaltende Atomwaffen, in Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, S. 81ff.

[128] Wo liegt der Unterschied? „30.06.1941. – Telegramm des Geistlichen Vertrauensrats der Deutschen Evangelischen Kirche an den Führer — Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche, erstmalig seit Beginn des Entscheidungskampfes im Osten versammelt, versichert Ihnen, mein Führer, in diesen hinreißend bewegten Stunden aufs neue die unwandelbare Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches. Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengange gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf. Das deutsche Volk und mit ihm alle seine christlichen Glieder danken Ihnen für diese Ihre Tat. […] Der allmächtige Gott wolle Ihnen und unserem Volk beistehen, daß wir gegen den doppelten Feind den Sieg gewinnen, dem all unser Wollen und Handeln gelten muß. - Die Deutsche Evangelische Kirche […] ist mit all ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen darangehen, den Pestherd zu beseitigen, damit in ganz Europa unter Ihrer Führung eine neue Ordnung erstehe und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde. – Charlottenburg, den 30. Juni 1941 – Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche - D. Marahrens -Schul[t]z - D. Hymmen.“ *Fluchschrift - Deutsche Verbrechen*

[129] Eine von dieser Auffassung nicht weit entfernte, aber doch vorsichtigere Sicht hätten die Autoren bei Paul Tillich gefunden: Die USA sollen zwar Atomwaffen haben, weil die anderen sie haben, sie jedoch nicht anwenden. Die konventionelle Überlegenheit der anderen Seite ist kein Grund, sie einzusetzen. Selbst wenn der Westen in Europa zeitweilig zum Rückzug gezwungen sein sollte, wird er trotzdem einen Krieg gewinnen, auch ohne Atomwaffen. (Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, Paul Tillich: Protestantismus und Atomwaffen, S. 167f)

[130] EKD: *Heidelberger Thesen*. Eine kritische Betrachtung, ob sie weiterhin Fixpunkt in der evangelischen Diskussion sein können: Gollwitzer: „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert“.

[131] Gollwitzer: „Zur Einführung“, S. XIX-XXXI

> könnten. […] Er hat getan, als habe die Kirche Gottes Willen zu verantworten wie ihr eigenes Gutdünken, als handle es sich bei den Weisungen des Evangeliums um kirchliche Erlaubnisse und Verbote, die nach dem Maßstabe der Opportunität und der angebbaren Praktikabilität von der Kirche zu beschließen oder zu unterlassen sind. Die echte Frage nach Gottes Willen war damit erfolgreich sabotiert. An ihre Stelle tritt dann das Politisieren. […]
>
> Der Christ in politischer Verantwortung, der Gottes Gebot nicht für eine lästige Einschränkung der menschlichen Freiheit hält, sondern als Befreiung der Vernunft zu sinnvollem Handeln erkennt, wird sich dadurch nicht tauschen lassen: das Gleichgewicht des Schreckens ist nie ein stabiles Gleichgewicht, voraussichtlich auch dann nicht, wenn der Wettlauf der Erfindungen endlich zu der idealen Abwehrwaffe auf beiden Seiten geführt haben wird; es ist zwar bisher ein Mittel der Kriegsverhinderung gewesen, aber damit noch längst nicht, wie man es euphemistisch nennt, ein Mittel der Friedenssicherung. Denn die Abschreckung funktioniert ja nur, wenn man die Möglichkeit des kriegerischen Ernstfalles einbezieht. Der Christ in politischer Verantwortung, dem es ernst ist mit der Erkenntnis der Gottwidrigkeit des Atomkrieges, wird deshalb die Gefahren der Abschreckungsphase unverstellt sich vor Augen halten und der Abschreckung – was auch andere neben ihm mit ihr bezwecken mögen – nur den Sinn der möglichst rasch zu durchschreitenden Durchgangsphase geben können; er wird das Vorhandensein dieser Rüstung nur ausnützen, um vermittels ihres Druckes zu Abkommen und Regelungen zu gelangen, durch die sie endlich ganz liquidiert wird.

Von einer Politik, die den Übergang bewältigt, ist in der Denkschrift nicht die Rede[132]. Hier wäre irgendwo wie in der EKD-Kundgebung von 2019 in der Denkschrift der Atomwaffenverbotsvertrag[133] zu erwarten gewesen, s. S. 70. Man nimmt sich selbst theologisch nicht ernst. Man politisiert lieber, verantwortungsethisch natürlich.

5.3.3 (Heidelberger Thesen)

Um diesen abenteuerlichen Unsinn zu rechtfertigen, wird versucht, die Heidelberger Thesen neu zu interpretieren,

> (149) - Die im Dilemma formulierten Handlungsoptionen zwischen einem vollständigen Verzicht auf Atomwaffen einerseits und einem politisch verantworteten, abschreckenden Besitz andererseits sollte aber – entgegen früherer Deutungen etwa in den Heidelberger Thesen – nicht als komplementär verstanden werden. Denn die Formel der Komplementarität beschreibt die Gleichzeitigkeit von zwei Möglichkeiten, bringt aber nicht hinreichend zum Ausdruck, dass sich aus ethischer Perspektive die nukleare Abschreckung ethisch nur als eine politisch immer zu überwindende Übergangslösung rechtfertigen lässt. Deshalb gilt: **Die Teilhabe an**

[132] Auffällig ist der hysterische Ton, in dem der Text verfasst wurde. Man vergleiche ihn mit der Darstellung der Aporien der Sicherheitspolitik im Atomzeitalter durch den eher konservativen katholischen Sozialethiker und Politikdidaktiker Sutor: *Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden?* Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses, S. 60-64.

[133] Wikipedia: *Atomwaffenverbotsvertrag*. Zu diesem Versagen der Denkschrift s. Burkhard Paetzold in Umdenkschrift 2, S. 68: „Nuklearismus als Häresie – eine Bekenntnisfrage. - An diesem Punkt reicht ethische Abwägung nicht mehr aus. In der Tradition der DDR-Synoden, die dem *Geist, der Logik und der Praxis der nuklearen Abschreckung* ausrücklich wiedersprochen haben, ist klar zu sagen: *Nuklearismus ist Häresie.* - Denn der Nuklearismus verlagert Vertrauen von Gott auf eine todbringende Macht. Er schreibt einer technologischen Fähigkeit zu, was allein Gott zukommt: Schutz, Bewahrung, Erlösung und letztgültige Verfügung über Leben und Tod.“

> **nuklearer Abschreckung darf keinesfalls als Normalität hingenommen werden. Sie ist stets von glaubwürdigen Initiativen zu Rüstungskontrolle, Gewaltminimierung und vertrauensbildender Diplomatie zu begleiten.** Es muss also grundsätzlich darum gehen, eine globale gemeinsame Strategie der nuklearen Abrüstung zu entwickeln und diese mit großem Engagement voranzutreiben. Politisch sollte nach Lösungen mit weiteren Bündnispartnern gesucht werden, wie eine solche Abrüstung erfolgen kann.

In These VII der Heidelberger Thesen geht es um die Entscheidung der Einzelnen. Von komplementärer Strategie ist dort nicht die Rede.

Sie sprechen in These I vielmehr von der Notwendigkeit des Weltfriedens. Jeder Krieg müsse unterbleiben, weil auch jeder konventionelle Krieg die Gefahr einer atomaren Eskalation in sich trägt. These III verlangt in einer *„andauernden und fortschreitenden Anstrengung“* die Abschaffung des Kriegs. Rüstungskontrolle allein würde nicht ausreichen, der von der Denkschrift aus politischen Gründen ignorierte Atomwaffenverbotsvertrag ginge zu weit. Dazu wäre eine Strategie weltweiter Abrüstung erforderlich.

Der in der Denkschrift vorgenommene Umbau der Kriterien des Gerechten Friedens macht es der Kirche nicht gerade einfacher, hierzu einen Beitrag zu leisten. Er fehlt also. Kein Zufall also, dass die für jeden zukünftigen Frieden in Europa grundlegende Charta von Paris der Denkschrift unbekannt geblieben ist. Sie kann den Prozess zum Frieden nicht wirklich denken.

Helmut Gollwitzer schrieb schon 1981, dass die Heidelberger Thesen gern selektiv gelesen werden[134]:

> Im enorm gesteigerten Risiko des atomaren Vernichtungsfalles liegt die Veränderung gegenüber den heute wieder viel zitierten »Heidelberger Thesen« der 1957 im Aufträge der EKD gebildeten Kommission über Atomwaffen als Problem der christlichen Ethik. In dieser Kommission war man sich, was von den auf jene Thesen gern sich berufenden Vertretern der Militärseelsorge in der Bundeswehr übersehen wird, einig darüber, daß die Lehre vom »gerechten Krieg« auf den mit ABC-Waffen geführten Krieg nicht angewendet werden kann, weil »er zerstört, was er zu schützen vorgibt«, daß also im Konfliktfall »das Recht keine Waffe mehr hat«, weil diese Art von »Waffen« nicht mehr Waffen des Rechts séin können (These 5), und daß nur das »Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens« (These 6) die vorläufige (These 8) Beteiligung an der Atomrüstung, »komplementär« zur Verweigerung dieser Beteiligung (These 6), rechtfertigen kann; dabei gehöre es zur Aufgabe der Kirche, »das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf« (These 10). […]
>
> Die fast 25 Jahre seither sind also mit nichts als »verlorenen Tagen« angefüllt - eine vertane Frist mit rasch ablaufender Sanduhr. Denn das Gegenteil vom Abbau der Atomrüstung zugunsten anderer Politik der Friedenssicherung ist geschehen. Das Vernichtungspotential wurde weiter aufgetürmt, das Wettrennen der quantitativen und qualitativen Rüstungssteigerung ging als logische Konsequenz der gebetsmühlenhaft hergeleierten Magie-Formeln »Abschreckung« und »Gleichgewicht« weiter; ständig stehen militärtechnologische Durchbrüche in Aussicht, mit denen man hofft, den Gegner aus dem Rennen zu werfen. […]
>
> So haben wir die »Gnadenfrist« nur ideologisch zur Rechtfertigung der Beibehaltung der Atomrüstung benützt, nicht wirklich, nicht zum Abbau dieser Menschheitsgefährdung. Was hätte geschehen müssen? Alle Energie, die für die Rüstungssteigerung verwendet wurde, hätte für ihre Minderung eingesetzt werden müssen - in hartnäckigen Verhandeln

[134] Gollwitzer: „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert“, S. 71ff

> für *dieses* Ziel, in Konferenzen, Verträgen, vertrauensbildenden Maßnahmen, kalkulierten einseitigen Vorleistungen, mit bereitwilligem Aufgreifen von Abrüstungsvorschlägen der anderen Seite.

Der fachkundige Journalist Andreas Zumach[135] bewertet dies gegenwärtige Wendung der EKD so[136]:

> Der Selbstbetrug liegt darin, dass die Denkschrift einerseits weiterhin behauptet, die Bereithaltung von Atomwaffen zur Abschreckung – und damit auch die Androhung ihres Einsatzes – sei auch für Christen legitim. Gleichzeitig spricht man sich gegen deren Einsatz aus.
>
> Das geht natürlich nicht. Es gilt entweder oder: Wenn man glaubwürdig abschrecken will und droht, ist man auch bereit, Atomwaffen einzusetzen. Sonst verliert diese Drohung an Glaubwürdigkeit. Das wäre Selbstbetrug. Damit hat sich zumindest die Führung der evangelischen Kirche in Deutschland als glaubwürdiger Akteur in der friedenspolitischen Debatte weitgehend verabschiedet.
>
> An der Basis der evangelischen Kirche gibt es allerdings massiven Widerspruch und Gegenschriften mit guten theologischen, moralisch-ethischen und politischen Gegenargumenten zu der Denkschrift.

Momentan wächst allerdings die Gefahr eines Atomwaffenkriegs[137]

5.3.4 (Kriegsdiensverweigerung)

Der Abschnitt zur Kriegsdienstverweigerung ist recht lang: Die Abschnitte 156 bis 172, die Seiten 121-137. Unbestreitbar ist das Thema von großer Bedeutung. Dass in Abschitt 164 der aktuelle Gesetzgebungsvorgang kommentiert wird und in 166 sogar der Einsatzort eine Frage evangelischer Ethik ist, ist dann doch schon seltsam. Militärgeistliche diskutieren ihre Praxisprobleme.

Wenn der Schutz der Bürger Aufgabe des Staates ist, wenn der Schutz des Nächsten vor Gewalt Pflicht eines Christenmenschen ist, dann kann es zunächst keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Wehrpflicht geben. Ihr weitere Ausgestaltung – z.B. ob auch Frauen einbezogen werden – ist Aufgabe des Gesetzgebers, nicht von theologischen Kommissionen.

> (161)- Solange man davon ausging, dass Europas Frieden grundsätzlich durch eine regelbasierte Ordnung und mit der Hilfe der USA gesichert sei, stellte sich diese Frage zwischen individueller Gewissensentscheidung und kollektiver Verteidigung indes nur am Rande. Unter dem Eindruck der Veränderungen nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Erwartung, in Zukunft würde es in einem friedlichen Europa für die Bundeswehr allenfalls um Einsätze im Rahmen der Sicherung der internationalen Rechtsordnung gehen, wurde die Bundeswehr zu Streitkräften umgestaltet, in denen Soldatinnen und Soldaten freiwillig Dienst leisten. Die grundgesetzlich für Männer verankerte Wehrpflicht wurde

[135] Wikipedia: *Andreas Zumach*

[136] Zumach: *Das Gerede über eine europäische Atomstreitkraft*

[137] In Russland wird momentan der Einsatz von Atomwaffen im gegenwärtigen Krieg diskutiert, Karaganow: „Wie Russland einen neuen Weltkrieg gewinnen kann“, Kaschin: „Die eiserne Prosa der Realität“. Noch sind die Befürworter eines Einsatzes in der Minderheit. Während ich dieses schreibe, höre ich im Radio vom Einsatz einer neu entwickelten atomwaffenfähigen Hyperschall-Rakete gegen Kiew, Tagesschau: *Russischer Großangriff verwüstet Kiew* – Moskau setzt Oreschnik-Rakete ein.

> ausgesetzt, gerade auch weil der staatspolitische Rechtsgrund einer Wehrpflicht fortzufallen schien. Der Aspekt der Landesverteidigung trat damit immer weiter zurück. Dies gelang, weil die Aufgaben in hohem Maße anderen Partnern in der NATO, insbesondere den Vereinigten Staaten, überlassen wurden. Erst mit der Erfahrung des Krieges in der Ukraine hat sich die Diskussionslage verändert, verstärkt noch durch die schrittweise außen- und sicherheitspolitische Umorientierung der USA. **Die offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung zeigt, dass Sicherheit derzeit nicht allein, möglicherweise auch nicht vorrangig durch die Stabilisierung der internationalen Rechtsordnung erreicht werden kann. Vielmehr ist die eigene sicherheitspolitische Resilienz, zu der auch die Verteidigungsfähigkeit und die Abschreckungsfähigkeit gehören, neu zu bedenken.** In diesem Kontext sind auch die Fragen nach einer möglichen Rückkehr zur Wehrpflicht oder die einer allgemeinen Dienstpflicht wieder stärker in den Fokus gerückt.
>
> (162)- Den Ausgangspunkt der entsprechenden Debatten bildet die Überlegung, dass es aus verteidigungspolitischer Sicht zu einer Situation kommen kann, in der eine adäquate personelle Aufstellung der Bundeswehr die Rückkehr zum verpflichtenden Wehrdienst nötig macht. **In einer Zeit, in der sicherheitspolitische Ungewissheiten wieder stärker werden und die Verlässlichkeit traditioneller Bündnispartner nicht mehr uneingeschränkt garantiert ist, gilt es, eigene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung substanziell auszubauen.** Ein allgemein verpflichtender Wehrdienst könnte helfen, diese Fähigkeiten zu sichern – sowohl quantitativ, indem so die Truppenstärke erhöht werden kann, als auch qualitativ, indem ein breiteres gesellschaftliches Bewusstsein für Sicherheitsfragen geschaffen wird.

Die Wehrpflicht wird mit einer bestimmten politischen Sicht der Entwicklung der internationen Beziehungen begründet. Diese Auffassung wurde in der Denkschrift an keiner Stelle begründet; das ist auch nicht erforderlich, denn es hat eine *offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung* gegeben. *Offenkundig* ist offenkundig, die Sonne steigt *offenkundig* im Osten auf, also ist die Erde *offenkundig* eine Kugel.

Dass die Denkschrift sich um gegenteilige Auffassungen nicht schert, wurde schon festgestellt[138]. Sie will Gewissen in eine bestimmte Richtung formen. Und die staatliche Obrigkeit hat schon deshalb Anspruch auf die jungen Männer und auch Frauen, weil sie die Obrigkeit ist.

Aber dennoch regen sich die Gewissen[139].

> (167)- Über diese Problemstellungen hinausgehend ist aus der hier entwickelten Orientierung an den vier Dimensionen des Gerechten Friedens heraus die Konzentration auf die Wehrpflicht als zu kurz greifend zu kritisieren. Denn diese Verengung verkennt, dass nicht nur

[138] Eine kurze heutige Darstellung s. Sachs: *Jeffrey Sachs an Bundeskanzler Merz: Verhindern Sie offenen Krieg mit Russland!* Jeffrey Sachs (Wikipedia: *Jeffrey Sachs* hat einer päpstlichen Kommission aen einem Entwurf für einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine mitgearbeitet, Schulenburg: *Erreichen eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Ukraine*.

[139] Anpalagan: „Theologe gegen Kriegsdienstverweigerung: ‚Wer seine eigenen Söhne nicht gibt, liefert die Kinder der anderen aus‘“. „Deutschland, das ist meine tiefe Überzeugung, ist ein wunderbares Land mit wunderbaren Menschen, die es verdient haben, gegen alle inneren und äußeren Gefahren verteidigt zu werden. Es bleibt uns in unserer neuen Welt keine andere Wahl, als den Kampf gegen unsere Feinde aufzunehmen und uns zu verteidigen. Für unsere Werte zu kämpfen und unsere Mitmenschen zu beschützen.“ – Das Problem Deutschlands ist die grottenschlechte Regierung, die Deutschland sehenden Auges in einen Krieg führt, der von Anfang an vermeidbar war. Und die „wunderbaren Menschen“ lassen das zu. Also gehören auch sie zum Problem.

> aufgrund der Empirie moderner Kriegsführung, gerade angesichts hybrider Kriege und gezielter Destabilisierungsversuche, sondern auch aufgrund der Mehrdimensionalität des Gerechten Friedens Verteidigungsfähigkeit und Resilienz nicht nur in den Händen des Militärs liegt. Es geht vielmehr um eine umfassende sicherheitspolitische Resilienz, weil Sicherheit und Friede in der Bundesrepublik und der EU vielfältig bedroht sind. Daher müssen die Wege zu Sicherheit und Friede auch vielfältig gestaltet sein. Hier sind der Bereich von Krankenversorgung und Pflege sowie der Katastrophenschutz ebenso zu berücksichtigen wie der Schutz kritischer Infrastruktur oder auch die Förderung sozialer Kohäsion, nicht zuletzt durch Friedensbildung. Die Modernisierung des Wehrdienstes sollte in ein umfassendes friedenspolitisches Konzept eingebettet werden. **Nur im Verbund verschiedener Formen des Engagements für Sicherheit und Frieden lässt sich bürgerschaftliche Widerstandsfähigkeit erreichen, die die freiheitliche Ordnung schützt. Daher greift die Fokussierung auf eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht zu kurz, so sehr ihre politische Priorisierung auch aus der grundlegenden Bedeutung des Schutzes vor Gewalt plausibel erscheint. Es sollte jedoch zugleich in Betracht gezogen werden, ob eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden könnte, die einem umfassenden Friedenskonzept, wie skizziert, Rechnung tragen kann.** Allerdings würde eine solche allgemeine Dienstpflicht, so sehr sie aus ethischer Perspektive erstrebenswert scheint, gewichtige rechtliche und politische Fragen aufwerfen. Denn sie erfordert eine Änderung des Grundgesetzes, da Art. 12 Abs. 2 GG einen Arbeitszwang nur „im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht“ gestattet. Darüber hinaus wäre auch zu klären, ob eine allgemeine Dienstpflicht zu den „üblichen Bürgerpflichten“ gehört, die Art. 4 Abs. 3 Buchstabe d) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht als verbotene Zwangs- oder Pflichtarbeit ansieht.

Weil die vier Dimensionen des Gerechten Friedens, an erster Stelle die Sicherheit, letztlich alle Bereiche des Lebens umfassen, muss letztlich jeder Bereich des Lebens unter den Sicherheitsimperativ gestellt werden. Die Sicherheit wird total, gar totalitär, denn jeder Bürger hat sich jederzeit mit jeder Faser seiner Existenz dieser Sicherheit dienend zu unterwerden. Weshalb eine theologische Kommission dann auch an Rechtstexten herumpolitisieren kann[140].

Dieser Abschnitt zeigt wie kein anderer, dass diese Denkschrift zugleich unterwürfig gegenüber der Obrigkeit und opportunistisch ist.

5.3.5 (Legitime Gewalt)

> (174)- Die Legitimität der Androhung bzw. Ausübung von Gewalt müssen zunächst die politischen Verantwortlichen sicherstellen und einsichtig machen. Soldaten und Soldatinnen sind in Deutschland weisungsgebunden. Sie dienen in einer parlamentarisch legitimierten Bundeswehr. Die Verantwortung des einzelnen Soldaten bzw. der einzelnen Soldatin bleibt von der politischen Entscheidung aber unberührt. **Er und sie haben die Androhung bzw. Ausübung von militärischer Gewalt vor ihrem Gewissen zu verantworten.**

Im realen Leben reicht es, wenn die Verantwortlichen die Legitimität eines Einsatzes bloß behaupten. Jeder wusste 1999, dass der Angriff gegen Jugoslawien rechtswidrig war, also behauptete man eine Art höherer Gerechtigkeit[141]. Es zeigte sich auch sehr schnell, dass die

[140] Es will ernsthaft wirken, macht aber den Eindruck der übergriffigen Lächerlichkeit.

[141] Varwick: *NATO in (Un-)Ordnung wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird*, S. 151f

Einsätze von Nato-Staaten und anderen in Afghanistan zu keinem sinnvollen Ende geführt werden konnten. Dennoch haben die Soldatinnen und Soldaten mitgemacht.

Nie hat sich einer der leitenden Soldaten für irgendetwas verantwortlich gezeigt. Die Generäle der Bundeswehr dürften sowohl um die Rechtswidrigkeit des einen Kriegs gewusst haben wie um die Sinnlosigkeit des anderen. Es gab noch nicht einmal Gerüchte über heimliche kritische Bemerkungen aus der Führung der Bundeswehr. Und wenn dennoch alle mitgemacht haben, dürfte das mit Korpsgeist, Gruppendruck und finanziellen Bindungen zu erklären sein.

Hier ist Gelegenheit, eine andere wesentliche Frage zu stellen: Wer befiehlt über Krieg und Frieden in unserem Land? Wie souverän ist Deutschland, wenn es um den Einsatz von Waffen, insbesondere Atomwaffen vom eigenen Gebiet aus geht? Die tradtionelle Lehre vom gerechten Krieg verlangt eine legitime Obrigkeit `legitima auctoritas/potestas`, die das Recht hat, einen Krieg für das Gemeinwesen zu führen[142]. Gollwitzer erinnerte an einen im SPIEGEL berichteten Vorgang[143]:

> W. Bittorf […] berichtet (Spiegel 1981, Nr. 28, 123 f), bei der Beratung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO über die neuen Mittelstreckenraketen habe Bundesverteidigungsminister Hans Apel »vorsichtig« die Frage nach dem Vetorecht der Stationierungsländer gestellt. Der US-Verteidigungsminister Brown habe dies daraufhin an die Bedingung geknüpft, daß die betreffenden Länder mindestens die Hälfte der Kosten der neuen Waffensysteme übernähmen (nach dem letzten Voranschlag die Hälfte von 14 Milliarden DM). Auch diesen nur fiktiven Vorschlag griffen die Europäer nicht auf, und so blieb es bei der Absicht der amerikanischen Seite: keine Mitentscheidung der Europäer über die Verwendung der gefährlichsten Waffen, die je auf ihrem Boden standen. - Die Geschichte der Preisgabe unserer nationalen Selbstbestimmung ist unglaublich. Von der Bundesregierung und den drei Bundestagsparteien, die sie zu verantworten haben, wird dafür beharrlich Rechenschaft verlangt werden müssen.

Es sieht leider nicht so aus, dass Deutschland politisch-militärisch souveräner geworden ist. Eine Auswertung gegenwärtiger Entwicklungen in der Nato ergibt ein anderes Bild[144]:

> Washington verfolgt das Ziel, die Taktik – die eigentliche Kriegsführung am Boden – abzugeben. Allerdings bleibt die Strategie als übergeordnete Planungsebene fest in den USA verankert.
>
> Diese Dynamik wurde im Februar 2026 formalisiert, als die NATO zustimmte, drei große operative Kommandobehörden – die Joint Force Commands (JFCs), die mit der spezifischen militärischen Ausführung betraut sind, an europäische Nationen zu übergeben: Norfolk ging an Großbritannien, Neapel an Italien und Brunssum an eine gemeinsame deutsch-polnische Rotation. Doch im Austausch für die Abgabe dieser operativen Führung sicherten sich die USA das Kommando über alle drei übergeordneten Streitkräftekommandos (Theatre Component Commands für Land, Luft und See) und behielten die Kontrolle über den höchsten militärischen Befehlshaber der NATO, den SACEUR (den Alliierten Oberbefehlshaber in Europa, der traditionell immer von einem US-General gestellt wird).
>
> Weit davon entfernt, sich zurückzunehmen, signalisierte der Ankara-Gipfel eine massive Zentralisierung dieser Macht. Er trieb Rahmenwerke voran, die dem SACEUR

[142] Wikipedia: „Gerechter Krieg“
[143] Gollwitzer: „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert“, S. 350
[144] Bonilla: *NATO 3.0: Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 3)*

> die Befugnis erteilen, Truppen und Ressourcen der Mitgliedstaaten unilateral quer über den Kontinent zu verlegen sowie Alarmbereitschaftsstufen festzulegen, ohne dafür im Einzelfall eine formelle Genehmigung einholen zu müssen – ein Schritt, der die nationale Souveränität in Europa faktisch aushöhlt. Was an diesem nicht unwichtigen Machttransfer vielleicht am erstaunlichsten ist, ist der geradezu totale Medien-Blackout, der ihn begleitete. Eine Entscheidung, die es einer US-geführten Kommandostruktur erlaubt, europäische Parlamente zu umgehen, hätte eigentlich die Schlagzeilen dominieren müssen. […]
>
> Die Grundlagen für diesen Souveränitätstransfer wurden von Politico[145] dargelegt. Das Magazin beschrieb detailliert das Bestreben von US-General Alexus Grynkewich, dem Obersten Alliierten Befehlshaber der NATO in Europa (SACEUR), die verbleibenden Einschränkungen für das amerikanische Kommando auszuräumen:
>
> „Gegenwärtig diktieren die NATO-Mitglieder die Regeln, wie und wo spezifische nationale Waffen eingesetzt werden dürfen. Unter den Bedingungen des neuen Vorschlags hätte Grynkewich größere Flexibilität bei der Verlegung von Ressourcen quer durch die Allianz und bei der Festlegung der Alarmbereitschaftsstufen für militärisches Gerät, ohne eine formelle Genehmigung einholen zu müssen […] Einige NATO-Verbündete beklagen seit Langem, dass diese sogenannten nationalen Vorbehalte einen Flickenteppich aus unterschiedlichen Regeln innerhalb der Allianz schaffen […] Die NATO ‚braucht auch die Nationen, um ihren Teil beizutragen‘, indem sie ihre Beschränkungen fallen lassen.“

Die verfassungsrechtlichen Regelungen zur Feststellung des Verteidigungsfalles in Artikel 115a Abs 1 und 2 GG (Wikipedia: *Verteidigungsfall (Deutschland)*) sollen von einem US-General beiseite geschoben können, Konsultationen sind nicht erforderlich. Damit stünde die Bundeswehr in einer Krise zur Verfügung einer Macht, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Von einer legitimen Obrigkeit kann dann nicht mehr die Rede sein.

Die Bundeswehr ist auf dem Weg, eine von den USA abhängige Hilfstruppe zu werden, am Beispiel der F35-Bomber[146]:

> Wobei ohne die USA ohnehin nichts läuft: Abgesehen von Übungsflügen muss die Bundeswehr jeden einzelnen Missionsflug von den Amerikanern programmieren lassen: Routen, Ziele, Taktiken.

Manchen in der Politik scheint diese zunehmende Abhängigkeit aber gar nicht zu stören. Vielleicht ist unsere Vorstellung, Politiker der verschiedenen Nato-Staaten seien zuerst Angehörige ihrer Staaten und dann erst Verbündete, überholt. Vielleicht muss man stattdessen von einer über den Staaten stehenden Nato-Elite ausgehen, die die Interessen und die Politik der Nato schon längst über die ihrer eigenen Staaten gestellt hat. Vielleicht ist es besser, von einem Deep-State der Nato auszugehen, der die einzelnen Staaten schon längst überformt[147].

Dann wäre schon der Ausgang der Denkschrift von der Frage, wie die deutsche Außen- und Militärpolitik neu zu gestalten sein, unsinnig, denn es ginge nur noch um die Frage, wie man die längst entschiedene Änderung der Politik mit allerlei Argumentationsfiguren, wie immer man sie basteln möge, den Deutschen zu verklickern habe[148].

[145] Jack: *NATO allies seek to give top commander more freedom to shoot down drones*
[146] Schweppe: „Abhängigkeit von den USA: Trumps geheime Knebelverträge“
[147] Bonilla: *NATO 3.0 – Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 1)*
[148] Verschwörungstheorie, natürlich.

5.3.6 (Ausklang)

(180)- Wer so betet, dass Gottes Friede erfahrbar wird, und sei diese Erfahrung auch noch so fragmentarisch, handelt aber auch anders – nicht aus Kalkül, sondern aus Vertrauen in Gott. Wer sich vom Frieden Gottes berühren lässt, gewinnt Kraft zum Handeln. Daraus folgt: **Die Botschaft, die vom Frieden Gottes ausgeht, beschränkt sich nicht auf fromme Innerlichkeit. Sie drängt hinaus in die Welt, prägt den Alltag, das Miteinander, das politische und soziale Engagement.**

Wie mag ein atheistischer Kritiker der gegenwärtigen Außen- und Militärpolitik diesen Abschnitt über das Beten von Angehörigen der Bundeswehr lesen? – Das muss hier nicht ausgeführt werden.

(186)- Friede braucht soziale Gerechtigkeit. Armut, Ausgrenzung und ungleiche Bildungschancen gefährden nicht nur individuelles Leben, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Deshalb gehört zur Friedensethik und, daraus abgeleitet, zur Friedensarbeit der Einsatz für gerechte Strukturen – lokal und global.** Christlicher Glaube kennt keinen Frieden ohne Teilhabe und Befähigung, keine Gerechtigkeit ohne Engagement für die Schwachen.

Deshalb hätte man am Abschnitt über die Rüstung gerne mehr gelesen.

(187)- **Gerechter Friede braucht einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität.** Die Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen und all der unterschiedlichen Befähigungen und Bedürfnisse sprechen unbedingt dafür, Pluralität grundsätzlich zu fördern. Die Kraft für ein friedvolles Zusammenleben von Pluralität gilt es zu stützen. In der erlösungsbedürftigen Welt wird es aber immer auch destruktive Mächte geben. Wo sie den Frieden gefährden, müssen sie eingehegt werden.

Die Denkschrift ist nun gerade kein Ausdruck von Pluralität, sie kennt nur eine einzige politische Sichtweise. Alles andere gehört in die hybride Kriegsführung des Feindes. (Das sagt die Denkschrift zwar nicht explizit, praktiziert sie aber.)

(188)- **Gerechter Friede kann sich am umfassendsten in pluralen Demokratien entfalten.** Plurale Demokratien sind in besonderer Weise auf die Beteiligung mündiger und informierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Kirchen können Räume schaffen, in denen Dialog gelingt, Würde geachtet wird und politische Bildung stärkt, was andernorts fragil geworden ist. Gerade in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft braucht es solche Orte der Verständigung, die auf dem Vertrauen gründen, dass diese Welt eine andere sein kann.

Mit dieser Denkschrift wird gerade kein Dialog geschaffen. Eine Kirche dieser Denkschrift wäre nur ein religiös argumentierender Propagandaapparat.

(190)- **Friedensbildung ist zentral für jede friedensfähige Gesellschaft. Sie gründet auf der Vermittlung sachlicher Information einerseits und auf der Förderung der Reflexionsfähigkeit andererseits.** Damit ermutigt sie zur Gestaltung von Frieden im eigenen Umfeld und darüber hinaus, auch und gerade unter komplexen weltpolitischen Bedingungen. Als Bildungsauftrag der ganzen Gesellschaft gehört Friedensbildung in Schulcurricula und in die politische Bildung. Aufgabe der Kirche ist es, eine auf

> Gewissensbildung angelegte Friedensbildung in Religions- und Konfirmandenunterricht, in Erwachsenenbildung und Gemeindearbeit vor dem Hintergrund neuer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen stetig fortzuentwickeln. Friedensbildung ist eine geistliche, ethische und politische Aufgabe zugleich. Denn sie macht Menschen zu Trägerinnen und Trägern von Hoffnung und Verantwortung.

Weder informiert diese Denkschrift „sachlich“ noch fördert sie die „Reflexionsfähigkeit“. Das ist in dieser Kritik klipp und klar nachgewiesen. Der Zweck dieses Abschnittes kann nur sein, dass gesagt wird, was das Publikum hören möchte. Inhaltlich ist das ohne Bedeutung.

Nun ist Ende. Es reicht.

6 Resumee

> Es ist eine Aufgabe der Kirchenführer aller Ränge, die Führer der anderen sozialen Gruppen so zu beeinflussen, daß sie das Recht der Kirchen zur Ausübung der priesterlichen und der prophetischen Funktion anerkennen. Es gibt viele Wege, auf denen das geschehen kann, je nach der verfassungsmäßigen Struktur der Gesellschaft und der juristischen Stellung der Kirchen in dieser. In jedem Fall aber gilt: Wenn die Kirchen politisch handeln, so müssen sie es im Namen der Geistgemeinschaft tun. d.h. die Kirchen müssen alle Methoden vermeiden, die der Geistgemeinschaft widersprechen, wie militärische Aktionen, vergiftende Propaganda, diplomatische List, das Erwecken von religiösem Fanatismus usw. Je entschiedener eine Kirche solche Methoden verwirft, um so größer wird ihre Macht letztlich sein, denn ihre wahre Macht liegt darin, daß sie eine Schöpfung des göttlichen Geistes ist.

Paul Tillich[149]

> Überhaupt liest sich die Denkschrift über weite Strecken, als hätte eine KI eine regierungsamtliche Verlautbarung in eine „besondere“ evangelische Diktion verwandelt, garniert mit allerlei einerseits andererseits und sowohl als auch.

Uwe-Karsten Plisch[150]

Die Diskussion dieser Denkschrift muss die theologische und die politische Ebene unterscheiden:

1. Eine kirchliche Schrift über Krieg und Frieden, die im selbsterteilten Öffentlichkeitsauftrag in die politischen Auseinandersetzungen eingreifen soll, sollte unter politischen Gesichtspunkten diskutiert werden:
   a) Sehen: Ist ihre Analyse dem Gegenstand angemessen? Oder ist der Text einseitig und ideologiegeladen?
   b) Urteilen: Beurteilt sie die Handlungsmöglichkeiten verantwortungsvoll? Oder wählt sie unter ideologischen Gesichtspunkten aus? Werden die Optionen offengelegt?
   c) Handeln: Schlägt sie Handlungen vor, die tatsächlich oder nur behauptet geeignet sind, Kriegsgefahren zu vermindern und Frieden zu festigen?
2. Sie muss natürlich auch binnenkirchlich, also theologisch beurteilt werden: Wird die Schrift dem Wort Gottes gerecht?
   a) Welche theologisch-ethischen Traditionen nimmt sie auf? Wie gewichtet sie diese Traditionen?
   b) Stellt sie ihre Positionen in einen weltweiten christlichen Zusammenhang?
   c) Wie nimmt sie die Vielfalt der Positionen im eigenen kirchlichen Raum wahr?

Es könnte sich dieses Ergebnis zeigen:

1. Die politische Diskussion: Die Autoren, so weit sie öffentlich auftreten, verweigern sich jeder politischen Diskussion. Sie sind von geradezu fanatischer Einseitigkeit[151]. Aber genau an dieser Stelle ist die Denkschrift verwundbar. Sie hat keine politisch-Analyse

[149] Tillich: *Systematische Theologie – III*, S. 248

[150] Umdenkschrift 2, S. 210

[151] Man höre sich Frau Krippner im Podcast mit dem ehemaligen hamburgischen Schulsenator Ties Rabe an (EKD: *Folge 3*). Da scheint keine rationale Diskussion mehr möglich. (Scheint: Man gebe die Hoffnung bei niemanden auf.)

der gegenwärtigen Situation. Deshalb kann sie nicht zeigen, warum andere politische Einschätzungen falsch sind. Sie ist intellektuell hilflos.
   a) Das betrifft sowohl den russisch-ukrainischen Krieg als auch den im Gaza-Streifen.
   b) Soweit sie sich überhaupt zum Bündnis äußert, sind ihre Aussagen ein blindes Wünsch-Dir-Was.
   c) Sie kann deshalb kein Konzept einer Außenpolitik des Friedens entwickeln. Denn wer sich weigert, die Welt zu verstehen, kann in ihr auch nicht verantwortungsvoll handeln.
   d) Die Behauptung, in ihr drücke sich deshalb Verantwortungsethik gegen fahrlässige Gesinnungethik aus, ist deshalb haltlos. Es handelt sich vielmehr um eine weltblinde Gehorsamsethik.
2. Die theologische Diskussion: Die Autoren geben sich als harte Lutheraner, als Verantwortungsethiker. Was immer Jesus gesagt haben, ist egal[152]. Jeder Ansatz, die Welt mit Jesus friedlicher machen zu wollen, wird weggewischt. Es gilt ausschließlich das konstantinische Paradigma. Dieser Ansatz hat durchaus große Tradition für sich, am Beginn meiner Kritik zitiere ich mit Absicht Barmen V. Jener anderen Sicht aber, die mit Jesus, dem Gekreuzigten, das Reich Gottes in der Welt aufscheinen lassen will[153], wird die Gleichberechtigung verweigert[154]. Sie muss in die Diskussion immer wieder nach vorn gebracht wird, denn eine Gemeinschaft mit einem Jesus, dessen Reich Gottes in die Rede über sie verschoben wird, ist keine Kirche mehr. Das Kriterium sind die Atomwaffen. Wird theologische Ethik aus der Schrift oder aus (angeblichen) politischen Notwendigkeiten bestimmt[155]?

Die Diskussion der Denkschrift etwa in den Umkehrschriften zeigen eine theologische Schlagseite: Die angemessene Berücksichtigung der eigenen theologischen Position wird eingefordert. Das ist sicher berechtigt, Zu einer anderen politischen Bedeutung einer erneuerten Denkschrift kann das aber erst führen, wenn die politischen Aussagen dieser Denkschrift 2025 bestritten werden. Denn man könnte auch mit veränderter theologischer Konstruktion durchaus zum selben Ergebnis kommen, man muss es nur geschickt anstellen.

Der grundlegende und nicht korrigierbare Fehler dieses Textes ist, dass er eine durchaus passable theologische Tradition mit Nato- und BMVg-Propaganda vermischt. Er entzieht sich jeder differenzierten Analyse der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, er verweigert sich jeder Kontroverse[156], respektiert genau damit nicht das

[152] Reiner Anselm im Podcast (Interview mit Reiner Anselm): Was immer Jesus gesagt haben soll, sagt etwas über die Zeit, die das behauptet. Woraus eben folgt: Es ist also ohne Bedeutung.

[153] Beispiel: Der hervorragende Text von Günter Brakelmann und Arno Lohmann „Kirche muss in dieser Welt Kirche Jesu Christi sein“, Umdenkschrift 2, S. 13-23. Er argumentiert wie wenige andere sowohl theologisch als auch politisch. Dieser für die Argumentation grundlegende Text sollte auf der Webseite Lohmann: *Texte zu Kirche, Krieg und Frieden* stärker hervorgehoben werden.

[154] „Bei einem Gespräch in Ostdeutschland über die neue Friedensdenkschrift der EKD hieß es: Die evangelische Kirche hat die Friedensbewegung schlicht ausgebürgert. Das klingt enttäuscht – und ich teile die Enttäuschung.“ Käßmann: *Ausgebürgert*

[155] Matthias W. Engelke stellt sehr präzise ein dreifaches theologisches Versagen der Denkschrift fest: „ – Sie verschiebt den Frieden Gottes in eine unabsehbare Zukunft und unterwirft sich den Regeln der staatlich definierten Vernunft, genannt Staatsräson. – Sie leugnet die Wirklichkeit des angebrochenen Reiches Gottes und begibt sich damit ohne Not in Anpassungszwang - oder Anbiederei - an den Staat. – Sie instrumentalisiert die Rede von Gott so, dass es den eigenen Auffassungen Auffassungen entspricht (und diese nicht etwa verunsichert) und macht ihn damit zu einem Gehilfen der eigenen Interessen.“ Umdenkschrift 3, S. 115.

[156] Im Politikunterricht an den Schulen könnte man kontroverses Material vorlegen, Leps: *Material zum russisch-ukrainischen Krieg*. Ob Unterricht angesichts solcher politischer Maßnahmen Behörde für Schule: *Bildungssenatorin Bekeris und Landeskommandeur Leonards unterzeichnen Kooperationsvereinbarung* gelingt, ist eine andere Frage. Die GEW hat sofort dagegen Stellung bezogen, GEW Hamburg: „Bildung und militärische

Bedürfnis der Menschen, christlichen und nichtchristlichen, sich mit eigenem Kopf selbständig zu orientieren. Der Text eröffnet die Möglichkeit eines Angriffskriegs mit unvorstellbaren Folgen.

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre hatte einen politischen Minimalkonsens, den „Krefelder Appell“[157]. Die christlichen Gruppen der Friedensbewegung hatten zwar ihre besonderen christlichen und politischen Anliegen, aber keine gegensätzlichen.

Die vielen ablehenden christlichen Reaktionen auf die Denkschrift 2025 dürfen, politisch gesehen, nun nicht zu einer religiösen Spezialdiskussion führen, die mit einem Pro+Contra zum Pazifismus die verschiedenen christlichen Gruppen gegeneinander führt. Es müssen vielmehr die Gemeinsamkeiten betont werden:

1. Die Ablehnung des Kriegskurses der Bundesregierung und jeder kirchlichen Unterstützung, wie immer man politisch zum Krieg in der Ukraine steht. (Es gibt keinen Grund, die russische Politik zu unterstützen. Aber es gibt viele Gründe, die vielen Politiken aus dem Westen als falsch anzusehen.)
2. Die Mitbrüder und Mitschwestern der verschiedenen christlichen Wege stellen hier ihre Unterschiede zurück, verstehen sie vielmehr als Reichtum.

Der gedankliche Horizont dieser Denkschrift ist in Größenordnungen enger als der der Heidelberger Thesen. Diese Thesen sind in einer Kommission entstanden, die aus Persönlichkeiten mit sehr gegensätzlichen Auffassungen zusammengesetzt war; Beispiele sind der Militärbischof Hermann Kunst und der Theologe Helmut Gollwitzer. Genau diese Spannung führte zu einem Text, der noch Jahrzehnte später als Referenz zitiert wird[158]. Diese Denkschrift 2025 wird bald verschämt zu den Akten gelegt werden.

Die Heidelberger Thesen geben dem Einzelnen eine Orientierung: Ihm werden die Zusammenhänge und möglichen Folgen seiner Haltung gezeigt, ohne dass ihm die Entscheidung genommen wird. Die Denkschrift 2025 kennt nur eine richtige Analyse und deshalb nur einen richtigen Weg.

Diese Denkschrift lässt einen kirchengeschichtlichen Bruch erkennen: Die durch Krieg und Nachkrieg geprägte Theologenschaft der Bekennenden Kirche und der Kirchlichen Bruderschaften ist weggestorben. Sie gibt es nicht mehr in kirchlichen Leitungen und an theologischen Fakultäten. Die Theologen der 1968er Jahre sind entweder pensioniert oder haben sich bellizistisch so angepasst wie die Grünen, denen sie oft nahe standen.

Diese Kirche ist wieder Obrigkeitskirche, Thron und Altar, nicht orientierungslos, weil gehorsam[159]. Sie ist im Militär wieder beliebt, dann hat sich die Anstrengung gelohnt: „Die pazifistische Fraktion ist ‚not amused‘“, wie der Militärbischof zufrieden feststellte[160].

Diese Denkschrift bereitet die „kriegstüchtige Kirche“[161] vor. Das ist ihre Aufgabe.

Sicherheit?“

[157] *30 Jahre Krefelder Appell, 15.11.2010 (Friedensratschlag)*, *Krefelder Erklärung (11. November 1980)*

[158] Die hohe Qualität der „Heidelberger Thesen“ – unabhängig von der Frage, ob sein Inhalt noch aktuell ist – folgt daraus, dass sie wie ein Resultat einer Dilemma-Diskussion nach Kohlberg/Lind entstanden sind, Landesbildungsserver Baden-Württemberg: *Moralische Dilemmadiskussion*, Lind: *Dilemma-Discussion KMDD*.

[159] Die Denkschift bestätigt, was Machiavelli über die Bedeutung der Religion für einen Militärstaat schrieb: Mit ihr ist es leichter, Kriege zu führen, s. S. 91. Ein neuer Schleiermacher wird diese Denkschrift in einer neuen Schrift „Über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern“ als Beleg für seine kritische Haltung gegenüber der Staatskirche verwenden, s. S. 85. Kirche im Kapitalismus hat eben besondere Ausprägungen, s. Gollwitzer: „Die evangelische Kirche und unser Staat“.

[160] Uzulis: *„Die pazifistische Fraktion ist ‚not amused‘“*

[161] „Teil 3 der Denkschrift, der sich mit diesen Themen befasst […], liest sich wie eine militärkirchliche Dienstleistung

Kirchliche Friedensgruppen können diesen Text nicht ansatzweise akzeptieren.

Örtliche Gremien der Kirche sollten sich mit ihm gründlich beschäftigen. Er kann dort keinen Bestand haben.

Dieser Text der politischen und theologischen Fehlbeurteilungen hat keine Zukunft. Der Rat der EKD wäre gut beraten, wenn er den Text zurückzieht. Einige theologischen Teile des Textes mag man vielleicht behalten können, alles andere gehört unwiderruflich in die Tonne. Ein neuer Text wird gebraucht[162]. Dieser Text müsste nicht nur die protestantischen kriegs- und friedensethischen Traditionen darlegen, sondern vor allem einen Blick auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zeigen, der die Kontroversen aufnimmt, sie mit ausgewiesenen Kriterien bewertet und so dem Einzelnen eine selbständige Orientierung in den Wirren der Zeit ermöglicht. Die change.org-Initiative „Petition an den Rat der EKD: Überarbeitet die neue Denkschrift zur Friedensethik!“[163] weist in die richtige Richtung. Ebenso ein Brief von Karl Barth aus dem Jahr 1959 an an den Europäischen Kongreß gegen atomare Aufrüstung in Basel[164], s. S. 88.

für den Staat und scheint überhaupt der eigentliche Zweck bzw. Kern des ganzen Dokumentes zu sein. Das mag übertrieben erscheinen“ Umdenkschrift 1, S. 13. Dagegen spricht dieser Entwurf: EKD: *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche*. Die Kirchen sollen genauso wie Krankenhäuser (Frankfurter Rundschau: *Krankenhäuser sollen kriegstauglich werden – Beschäftigte protestieren*) im Rahmen des „Operationsplans Deutschland“ (Bundesministerium der Verteidigung: *Operationsplan Deutschland: Wie verteidigen wir unser Land?* und Wikipedia: *Operationsplan Deutschland*) kriegstüchtig gemacht werden. Dazu Marquart: *Arbeitspapier der Kirchen: Seelsorge im Krieg* und Krum: *Kirche und Krieg: Umfassend einsatzbereit*. Man darf erwarten, dass die Kirchen im nächsten Text vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V.: *GRÜNBUCH ZMZ 4.0* im Abschnitt „Vorbereitung der Versorgung einer großen Anzahl Verwundeter bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens für die Bevölkerung“ mit erwähnt werden.

[162] Die Autoren eines neuen Textes sollten diese Überlegung von Klaus von Dohnanyi wenigstens kennen: „Ich behaupte und weiß, dass ich mit der folgenden Feststellung viele Leute irritieren werde: Ohne positive Beziehung zu Russland kann Deutschland und kann Europa keine Zukunft haben. Wie Walter Rathenau einst als Außenminister in Rapallo einen Weg suchte, sich aus der beherrschenden Übermacht Frankreichs zu befreien, so werden auch wir uns heute in der geostrategischen Interessensphäre der USA nur mehr politische Autonomie sichern können, wenn wir unsere Beziehungen zu Russland ausbauen.“ K. v. Dohnanyi und Vad: *Krieg oder Frieden – Deutschland vor der Entscheidung*, S. 73

[163] *Petition an den Rat der EKD: Überarbeitet die neue Denkschrift zur Friedensethik!*

[164] Über den Kongress in Basel s. Lang: *Die Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz*. Er wurde von der Regierung der Schweiz verboten und fand dann in Frankfurt am Main und London statt, s. Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, S. 171. Karl Barth war einer der Teilnehmer, ferner Bertrand Russel und Günter Anders, sub-bavaria: *1959: Frieden/Abrüstung*.

Anhang: Materialien

Die Texte sind gekürzt.

Texte aus den Kirchen

Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR 1957

Quelle = adn: „DDR-Bischöfe: Atomwaffen ächten“

Die Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR

Die Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR haben in einer Erklärung, der Bischof D. Dr. Dibelius und sämtliche evangelischen Bischöfe der DDR beigetreten sind, den Einsatz jedes einzelnen Deutschen zur Aechtung der Massenvernichtungsmittel gefordert. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir danken den westdeutschen Atomforschern für ihre Warnung vor einer atomaren Aufrüstung deutscher Streitkäfte.
Wir danken den ostdeutschen Ataomforschern für ihre Warnung vor einer Fortsetzung der Atombombenexperimente.
Mit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und der gesamten Diskussion sind wir eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel.
In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur mißbraucht.
In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auf erstanden ist, verraten.
In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert.
Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen.
Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvemichtungsmittel zu erreichen.

Heidelberger Thesen 1959

Quelle: EKD: *Heidelberger Thesen*

These I Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalter

In der verworrenen Debatte über das Atomproblem suchen die Menschen mit Recht nach einer einfachen Aussage, die zum Leitfaden des Handelns werden könnte. Wir glauben, daß diese Einfachheit nicht in Regeln gefunden werden kann, welche einzelne Handlungen gebieten oder verbieten, wohl aber im Ziel des Handelns. Dieses Ziel muß die Herstellung eines haltbaren Weltfriedens sein. Früheren Zeiten mußte der Weltfriede als ein wahrscheinlich unerreichbares Ideal erscheinen. Christen mußten geneigt sein, ihn erst mit dem Jüngsten Gericht zu. erwarten. Für unser technisches Zeitalter aber wird er zur Lebensbedingung. Er beginnt heute genau deshalb möglich zu werden, weil er notwendig wird.

Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist kein Satz des Christentums und erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft. Der Weltfriede des technischen Zeitalters ist nicht das Paradies auf Erden.

These II Der Christ muß von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen.

Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens ein Satz der profanen Vernunft ist, hat die Christenheit auf dem Wege zu ihm eine besondere Aufgabe. Der rational geplante Friede hat die Zweideutigkeit, die sich zum Beispiel darin zeigt, daß er mit der rational geplanten Sklaverei Hand in Hand gehen könnte. Den Christen und durch sie allen ihren Brüdern ist gesagt: In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Durch die Christen sollte der Friede Gottes in der Welt wirksam werden, der allein den Frieden der Welt zum Segen werden lassen kann.

Wie kann das geschehen? Wir wenden uns zunächst wieder der Aufgabe zu, die die profane Vernunft vorschreibt.

These III Der Krieg muß in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit der Abschaffung des Krieges ist nicht identisch mit seiner tatsächlichen Abschaffung. Seit 1945 finden ständig begrenzte Waffengänge statt. Daß in zukünftigen begrenzten Konflikten Atomwaffen eingesetzt werden, ist möglich, ja wachsend wahrscheinlich. Daß ein solcher Kampf in den totalen Weltkrieg umschlägt, ist jederzeit möglich.

Die Fortdauer der Kriege macht es nötig, ständig weiter an der Humanisierung des Krieges zu arbeiten. Hierzu gehört der unerläßliche Versuch, auch in Zukunft den Einsatz von Atomwaffen in lokalen Konflikten zu verhindern. Wir würden es aber für einen verhängnisvollen Irrtum halten, wollte man in der Fortdauer begrenzter Kriege einen stabilen Zustand sehen. Nicht die Ausschaltung der Atomwaffen aus dem Krieg, sondern die Ausschaltung des Krieges selbst muß unser Ziel sein.

Die Kapitulation gegenüber einer diktatorischen Weltmacht rechnen wir nicht zu den realen Möglichkeiten. Die Menschheit ist heute dazu nicht bereit. Im übrigen würde die Kapitulation vor der Gewalt, auch wenn sie zunächst äußere Ruhe herstellen mag, den Frieden schwerlich dauerhaft sichern, da siegreiche Gewalt mit sich selbst und mit den Unterdrückten in Konflikt kommen wird. Alle anderen Wege aber sind langwierig, und ihr Erfolg ist ungewiß.

These IV Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht.

Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß die Zeitspanne, die uns das gegenwärtige Kräftegleichgewicht läßt, in träger Resignation vertan wird. Lähmung ist die schlimmste Wirkung der Angst, Sattheit ist meist nur ihr Deckmantel. Weite und Unsicherheit des Wegs rechtfertigen nicht den Verzicht auf den ersten Schritt.

These V Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt.

Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entraten könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich anerkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand.

Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt. Wie können wir die Erhaltungsordnung, die der Schöpfer gewollt hat, zur Rechtfertigung atomarer Kriegführung in Anspruch nehmen? Wir brauchen die subjektive Aufrichtigkeit derer nicht in Zweifel zu ziehen, die von der Entwicklung kleiner und sauberer Atomwaffen eine Humanisierung des Atomtodes erhoffen, ebensowenig wie die Möglichkeit, daß einmal begrenzte Konflikte mit diesen Waffen ausgefochten werden können; aber auch ihre Wirkung ist schlimm genug, die Gefahr einer Überschreitung so künstlich gezogener Grenzen des Einsatzes vorhandener Waffen ist groß genug, um uns die Errichtung einer neuen stabilen Ordnung humaner Kriegführung mit ihnen als ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Dies aber bedeutet, daß in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat. Die ultima ratio der kriegerischen Selbsthilfe wird durch die Mittel, derer sie sich bedienen müßte, lebensgefährlich und moralisch unerträglich; eine Instanz, an die sich das bedrängte Recht, die bedrängte Freiheit mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte, besteht aber für viele Fälle nicht. Einzelne Völker und Gruppen waren immer in der Geschichte in dieser Lage; heute gewinnt sie eine universelle Bedeutung.

Zusammengefaßt erscheint sie den Bürgern der westlichen Welt in dem Dilemma, ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben sollen. Wir glauben zwar, daß die Berufung auf dieses Dilemma in vielen Fällen ein bloßer Vorwand für eine Politik ist, die in Wahrheit nationale oder persönliche Macht zum Ziel hat. Auch verkennen wir nicht, daß die Bürger kommunistischer Staaten die Überzeugung haben können, daß sie sich bezüglich des Schutzes der ihnen wichtigen Züge ihrer Gesellschaftsordnung in einem entspre-chenden Zwiespalt befinden. Wie aber auch immer das Dilemma ausgedrückt oder umgedeutet werden mag - wir können nicht leugnen, daß es heute tatsächlich die Weltpolitik überschattet.

These VI Wir müssen versuchen, die verschiedenen, im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.

Die Spandauer Synode der EKD von 1958 hat zu diesen Entscheidungen die Sätze gesagt: »Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen

vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen«.

Die Liebe muß uns drängen, die Gründe des Bruders, der sich anders entscheidet als wir, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und sie zu verstehen, auch wo wir sie verwerfen. Freilich gibt es Fälle, in denen Verstehen nicht zu duldender Anerkennung führen darf. Wir glauben jedoch, daß es für nach außen entgegengesetzte Entscheidungen im Atomproblem einen gemeinsamen Grund geben kann, von dem aus verstanden sie einander geradezu fordern.

Der gemeinsame Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich. In der gefährdeten und vorbildlosen Lage unserer Welt können aber Menschen von verschiedenem Schicksal und verschiedener Erkenntnis verschiedene Wege zu diesem Ziel geführt werden. Es kann sein, daß der eine seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht. Mit einem aus der Physik entlehnten Wort nennen wir solche Wege komplementär.

These VII Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.

Der absolute Waffenverzicht der Friedenskirchen ist in früheren Zeiten von den herrschenden Kirchen verurteilt worden. Die Überzeugung breitet sich heute auch bei denen aus, die nicht Pazifisten sind, daß dieser Verzicht als eine den Christen mögliche Haltung anerkannt werden muß. Die Schrecken der Atomwaffen sind so groß, daß wir es als unbegreiflich empfinden müßten, wenn sich ihnen gegenüber ein Christ nicht wenigstens ernstlich prüfe, ob der Verzicht auf sie, ohne Rücksicht auf die Folgen, nicht unmittelbar verständliches göttliches Gebot ist.

Die einzige und begreifliche Rechtfertigung des Besitzes von Atomwaffen ist, daß ihre Anwesenheit heute den Weltfrieden vorläufig schützt. Ihre Anwesenheit wirkt aber nur, wenn mit ihrer Anwendung für bestimmte Fälle gedroht wird. Die Drohung wirkt nur, wenn die Bereitschaft, ernst zu machen, vorausgesetzt werden kann.

Eine Rechtfertigung ihres tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Kriegsethik vermögen wir aber nicht mehr zu geben.

Dieser Gedankengang hat nach unserer Ansicht jedenfalls eine allgemeine und eine individuelle Konsequenz.

Die allgemeine Konsequenz ist, daß die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg ausdrücklich anerkannt werden muß. Über die Frage, ob Atomrüstung gleichwohl gerechtfertigt werden kann.

Die individuelle Konsequenz ist, daß jeder, den sein Gewissen drängt, hieraus die Konsequenz eines vollen freiwilligen Verzichts auf jede Beteiligung an diesen Waffen zu ziehen, von der Kirche in dieser Haltung anerkannt werden muß. Auch wer die entgegengesetzte Entscheidung trifft, weiß nicht, ob nicht jener den Weg gewählt hat, der mehr im Sinne des Evangeliums ist. In Lagen wie diesen erschließt oft genug erst das Wagnis die Erkenntnis, zeigt erst der getane Schritt den festen Boden, auf den der Fuß beim nächsten Schritt gesetzt werden kann.

Daß diese Entscheidung die einzige dem Christen mögliche sei, behaupten wir jedoch nicht. Ob oder unter welchen Umständen sie von der des vollen Verzichts auf jeden Kriegsdienst noch getrennt werden kann, erörtern wir nicht.

These VIII Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.

Verzichtete die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit

der anderen Seite damit besiegelt. Wir können nur glauben, daß derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verlorengingen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Uns scheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muß nur unbedingt feststehen, daß sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und daß nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

These IX Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muß damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!

Für den Christen stellt sich die Frage atomarer Bewaffnung oft weniger als die ihm praktisch entzogene politische Entscheidung über Ja oder Nein solcher Rüstung, sondern als die seines persönlichen Wehrdienstes. Aber indem er sich dem militärischen Gehorsam unterstellt, erklärt er sich bereit, die größten vorhandenen Waffen gegebenenfalls auch anzuwenden; die Drohung, die ja den Frieden schützen soll, ist sonst illusorisch.

Wie fragwürdig diese Lage immer bleibt, zeigt jedoch die folgende Überlegung: Sollte es zum Ausbruch eines atomaren Krieges kommen, so könnten wir als Rechtfertigung des Einsatzes dieser Waffen – da wir die traditionelle Rechtfertigung dafür ausdrücklich verworfen haben – nur die Feststellung zulassen, daß die Drohung ohne Bereitschaft zum Ernstmachen sinnlos gewesen wäre; daß also nun die Folgen des Versagens des Friedensschutzes durch diese Drohung eingetreten und von uns zu tragen sind. Der Christ wird dies nicht anders denn als ein Gericht Gottes über uns alle verstehen können.

These X Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahebringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben.

Es schiene uns sinnlos, wenn die Kirche die Weltmächte heute zum Verzicht auf die Atomrüstung bereden wollte. Hingegen ist es ihre Aufgabe, das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf. Ihre Sache war es immer, sich auch dann mit einem Zustand nicht zufriedenzugeben, wenn die Welt ihn für unabänderlich hielt. Leider sind heute oft die Nichtchristen eher bereit, solche Änderungen für möglich zu halten, als die Majorität der Christen.

Den noch nicht atomar gerüsteten Ländern kann die Kirche, so scheint uns, vom Streben nach dieser Rüstung nur abraten. Sie muß den Blick über die Grenzen der einzelnen Nation auf die Gefahren des »Atomaren Chaos« richten. Sie wird das können, ohne in politischen Einzelfragen über das Maß ihrer tatsächlichen Information hinaus Partei zu nehmen.

These XI Nicht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut.

Quelle: Atomzeitalter - Krieg und Frieden, herausgegeben von Günter Howe, Witten/Berlin 1959, S. 226-236.

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens – 2007

Quelle EKD: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*

Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen

Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Nach dem Ende des Kalten Krieges, der Überwindung der europäischen Teilung und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Jahren 1989/1990 stellten sich zahlreiche neue friedensethische und friedenspolitische Herausforderungen. Die Hoffnung, aus der Überwindung des globalen Konflikts zwischen den USA und der Sowjetunion ergebe sich eine »friedenspolitische Dividende«, erfüllte sich nicht. Gewaltsame Auseinandersetzungen auf dem Balkan, der Zerfall staatlicher Autorität in verschiedenen Regionen Afrikas und Asiens sowie die Privatisierung der Gewalt in Händen von Warlords und Bürgerkriegsparteien stellten mit neuer Dringlichkeit die Aufgabe vor Augen, die Gewalt der Herrschaft des Rechts zu unterwerfen.

Übereinstimmend werden in dieser Denkschrift Grundsätze und Maximen vertreten, die ebenso einfach wie überzeugend sind: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus. Staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik muss von den Konzepten der »Menschlichen Sicherheit« und der »Menschlichen Entwicklung« her gedacht werden.

Diese klaren Leitgedanken verbinden sich mit konkreten und spezifischen Handlungsoptionen. So ist etwa mit der geforderten Rechtsförmigkeit einer internationalen Friedensordnung der Anspruch verknüpft, dass diese Rechtsordnung dem Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung verpflichtet ist und die Anwendung von Zwangsmitteln an strenge ethische und völkerrechtliche Kriterien bindet.

Hannover, im Oktober 2007

Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber (Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland)

Einleitung

(1) Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe.1 Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der militärisch aufgeladenen Blockkonfrontation öffnete sich der Horizont für Verständigung und Kooperation. Die großen Weltkonferenzen in den 1990er Jahren zeugen von umfassenden Bemühungen um gemeinsame normative und politische Grundlagen in verschiedenen Politikfeldern. Der in der christlichen Ethik unauflösliche Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit, der sich im Leitbild des »gerechten Friedens« begrifflich artikuliert, wurde und wird in vielfältigen Foren diskutiert und politisch formuliert. An diesem Leitbild orientiert sich die Hoffnung auf einen dauerhaften irdischen Frieden.

(2) Zugleich sind seit 1989/90 aber auch neue Friedensgefährdungen und Konfliktlinien sichtbar geworden: Es bilden sich nicht nur neue globale Strukturen heraus; gleichzeitig zerfallen Staaten. Weltweite Netze werden aufgebaut; gleichzeitig erhöht sich die Verletzlichkeit von Menschen, Staaten und Gesellschaften. Die Machtkonstellationen auf der internationalen Ebene verschieben sich und militärische Mittel erfahren erneut Bedeutungszuwachs; gleichzeitig zeigt sich militärische Ohnmacht angesichts politischer Aufgaben einer dauerhaften Friedenssicherung.

(3) Vermehrte globale Verflechtungen erhöhen – wenn auch meistauf asymmetrische Weise – wechselseitige Abhängigkeiten. Politische Steuerung bedarf gesteigerter Abstimmung und Umsicht.

(4) Nie zuvor in der Geschichte sind räumliche Entfernungen durchKommunikationsmedien und Technologien so stark relativiert worden, doch bilden sich neue gewaltträchtige Konflikte entlang kultureller und religiöser Begegnungslinien. In dieser komplexen Situation ist das

institutionelle Geflecht der Vereinten Nationen (sowie anderer internationaler Organisationen und zivilgesellschaftlicher Initiativen) von großer Bedeutung, ihr Potenzial wird aber durch ein an partikularen Interessen orientiertes Denken und entsprechendes politisches Handeln geschwächt.

(5) Diese Schrift geht davon aus, dass in einer dichter vernetzten Welt kooperatives Handeln zwischen Staaten und Gesellschaften unabdingbar geworden ist. Im ersten Kapitel werden die Friedensgefährdungen der Gegenwart knapp skizziert. Sie bilden die Folie, auf der im zweiten Kapitel der biblisch begründete Beitrag der Christenmenschen und Kirchen für den Frieden in der Welt entfaltet wird. Dazu gehören der Verkündigungsauftrag ebenso wie Bildung und Erziehung, Schutz und Beratung der Gewissen, Arbeit für Versöhnung und eine Entfaltung des Leitbildes vom gerechten Frieden.

(6) In der ökonomisch zerklüfteten sowie politisch und kulturell pluralen Weltgesellschaft bedarf die Annäherung an eine dauerhafte Friedensordnung mehr denn je solcher Instrumente und Prinzipien des Rechts, die ihrerseits orientiert sind an der Vorstellung eines gerechten Friedens. Die aus dem Leitbild des gerechten Friedens folgenden Anforderungen an eine globale Friedensordnung als Rechtsordnung werden im dritten Kapitel entwickelt. Dies schließt eine Ethik rechtserhaltender Gewalt für die internationale Sphäre ein, welche auch die Grenzen militärischen Gewaltgebrauchs markiert. Indem sich die christliche Kirche die Perspektive der Friedensordnung als Rechtsordnung aneignet, macht sie sich selbst zu einer Anwältin des gerechten Friedens.

(7) Das vierte Kapitel widmet sich konkreten friedenspolitisch relevanten Gestaltungsfeldern, wie sie sich aus der Darstellung der Friedensgefährdungen ergeben. Hervorgehoben werden die Aufgaben der Stärkung universaler multilateraler Institutionen und – damit verbunden – der Wahrnehmung von Europas friedenspolitischer Verantwortung. Orientiert an der Würde des Menschen sind die konkreten Schritte auf dem Weg zu gerechtem Frieden an den tatsächlichen Lebensbedingungen der einzelnen Menschen auszurichten. Institutionen und Handlungsweisen müssen sich daran messen lassen, ob sie einen Zugewinn für die Sicherheit der Menschen vor Gewalt, Unfreiheit und Not darstellen, Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen fördern, kulturelle Vielfalt anerkennen und damit zu friedensfördernden sozialen Beziehungen weltweit beitragen. Dies sind die an Gewaltvorbeugung orientierten Aufgaben, die mit einer weitsichtigen Friedenspolitik verbunden sind und so dem Leitbild des gerechten Friedens dienen.

(8) Im Vergleich zu der Epoche, in der 1981 die letzte umfassendeFriedensdenkschrift der EKD erschien, sind viele, damals ungeahnte, positive Entwicklungen eingetreten. Das Ende des Ost-West-Konflikts, der Abbau der über Jahrzehnte massiven Zusammenballung von Truppen und Waffensystemen in Mitteleuropa und die radikale Reduzierung der Nuklearwaffen beseitigten die Gefahr eines »Schlachtfelds Deutschland«, wo das, was man verteidigen wollte, zunächst größtenteils zerstört worden wäre. Das unerwartet wiedervereinigte Deutschland hat von diesen Entwicklungen auch für seine Sicherheit am stärksten profitiert. Die sukzessive Erweiterung der Europäischen Union (EU), des Europarats, der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), deren Partnerschaften sowie die Weiterentwicklung der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zur OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) haben die Vision von einem »freien und geeinten Europa« ihrer Verwirklichung näher gebracht.

(9) Doch von der erhofften »neuen Weltordnung« ist die Menschheit noch weit entfernt. Eher ist von neuer Weltunordnung zu sprechen. Alte Konflikte und neue Sicherheitsgefährdungen verbinden sich darin mit den zunehmend friedens- und sicherheitsrelevanten sozioökonomischen Problemen und neuen machtpolitischen Interessen in unserer Welt. Die internationale Gemeinschaft ist sich der Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit im beginnenden 21. Jahrhundert bewusst. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem Bericht »In

größerer Freiheit. Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle« von 2005 – neben internationalen Kriegen und Konflikten – zivile Gewalt, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen sowie Armut, tödliche Infektionskrankheiten und Umweltzerstörung benannt, die »für viele Menschen den Tod oder eine Verminderung ihrer Lebenschancen bedeuten« und geeignet sind, »die Staaten als das tragende Element des internationalen Systems (zu) untergraben«. Er erinnert an das vorgeordnete Millenniumsziel eines »Dreieckes von Entwicklung, Freiheit und Frieden«. Er zeigt auf: Sicherheit hängt in der Welt heute von einem allgemein geteilten Verständnis dafür ab, dass die verschiedenen Bedrohungen, die jeweils in »einer Weltregion als höchst dringlich angesehen werden, für alle gleichermaßen von höchster Dringlichkeit sind«.

Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung 2019

Quelle EKD: *Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens*

> Lass ab vom Bösen und tue Gutes;
> suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15)

Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.

Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt. Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes führt uns von der Klage in das Lob Gottes. Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.

Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht. Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch voraus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.

Vor 30 Jahren fand die friedliche Revolution in der DDR statt, mit brennenden Kerzen in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – gewaltfrei. Das empfinden wir nach wie vor dankbar – in Ost wie in West – als ein großes Geschenk. Die Mauer fiel, die deutsche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazugewonnen. Jedoch sind nicht alle Mauern in Köpfen und Herzen überwunden worden, neue werden errichtet.

Der Überwindung der alten Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben.

Seit der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat sich die Situation erneut geändert:

- Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und/ oder Nachbarstaaten involviert sind.
- Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte.
- Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen deutlich.
- Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend.
- Hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und automatisierte sowie teilautonome Waffensysteme werfen grundlegende ethische Fragen auf.
- Die regelbasierte multilaterale Weltordnung ist in der Krise. Großmächte kündigen internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen in Frage.
- Der zunehmende Zerfall von Staatlichkeit in vielen Regionen der Welt verändert die sicherheitspolitische Herausforderung.
- Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger.

Eine gerechtere, ressourcenschonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens.

1.- Der Weg der Gewaltfreiheit

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.

Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor." Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stärken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.

Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.

5.- Herausforderungen durch Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen

Autonomisierung und Teilautonomisierung von Waffen

Eine neue friedensethische Herausforderung stellen automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme dar, die auch zur Gefahrenabwehr und damit zum Schutz nicht nur von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden. Gleichzeitig gibt es vielfältige Risiken: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und beträfen im Falle autonomer und teilautonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde.
Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen. Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Killer Robots“ zur Ächtung sogenannter Killerroboter.

Cyberraum
Cyberangriffe unterscheiden sich fundamental von herkömmlichen Formen der Kriegführung. Sie finden scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, können aber dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere wenn sie vitale Infrastrukturen wie Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfahren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu sichern und zu stärken. Entscheidend ist unter anderem die Resilienz, das heißt die Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Infrastrukturen und Vorkehrungen für deren Wiederherstellung. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist zuvorderst eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft.

- Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und defensive Maßnahmen zu stärken.
- Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyberraum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

Atomwaffen
Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die „Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Der Bruch des Budapester Memorandums zu Lasten der Ukraine ist ein massiver Rückschlag im Bemühen um weitere atomare Abrüstung. Die Aufkündigung des INF-Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist,

zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus:

- über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages – besonders der Überprüfungsmechanismen,
- über ein weltweites Moratorium der Modernisierung der Atomwaffen,
- über eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien, d.h. Verpflichtungen der Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht–Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen,
- über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.

Dresden, den 13. November 2019

Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung

Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes (1982)

Quelle Reformierter Bund: *Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche*

Im Folgenden lesen Sie die Thesen der Erklärung zur Friedensverantwortung, die das Moderamen des Reformierten Bundes 1982 einstimmig annahm.

I Jesus Christus ist unser Friede. In seinem Tod am Kreuz und in seiner Auferstehung von den Toten hat Gott die ganze gottfeindliche Welt mit sich versöhnt und alle Menschen unter den Zuspruch und Anspruch seines Friedens gestellt. Dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn gehört alle Macht im Himmel und auf Erden. Er hat seine Gemeinde in die Welt gesandt, das Wort von der Versöhnung auszurichten, seinen Frieden zu bezeugen und im Gehorsam gegen sein Wort Frieden zu halten mit allen Menschen. Sein Friede, den die Welt nicht geben, nicht sichern oder zerstören kann, befreit und verpflichtet dazu, für den Frieden unter den Menschen zu beten, zu denken und zu arbeiten.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Meinung, die Frage des Friedens auf Erden unter den Menschen sei eine politische Ermessensfrage und darum unabhängig von der Friedensbotschaft des Evangeliums zu entscheiden.

Angesichts der Bedrohung des Friedens durch die Massenvernichtungsmittel (A-B-C Waffen und konventionelle Massenvernichtungswaffen) haben wir als Kirche meist geschwiegen oder nicht entschieden genug den Willen des Herrn bezeugt. Jetzt, da stärker als zuvor die Möglichkeit des Atomkriegs zur Wahrscheinlichkeit wird, erkennen wir: Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht.

II In Jesus Christus hat Gott allen Menschen Frieden gewährt. In der Versöhnungstat Jesu Christi begründet er die neue Wirklichkeit: Die ganze Welt ist mit Gott versöhnt. In dieser Wirklichkeit leben wir. Ihr sollen wir durch unser ganzes Leben im Glauben und im Gehorsam entsprechen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller lebensbedrohenden Feindschaft unter den Menschen und allen ideologischen Feindbildern, mit denen eine bislang ungebändigte Aufrüstung begründet wird. Feindschaft, Bereitschaft zur Vernichtung und Vergeltung, Haß und Menschenfurcht leugnen die Wirklichkeit der Versöhnung der Welt mit Gott, deren Wahrheit Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten offenbar gemacht hat.

Im Vertrauen auf die auch unseren Feind einschließende Versöhnungstat Jesu Christi wollen wir alle Taten des Unfriedens, allen verzerrten Bildern von Menschen und Völkern und darum auch allen mit solchen Feindbildern gerechtfertigten Massenvernichtungsmitteln den Abschied geben. In Christus sind wir alle mit Gott und darum auch miteinander versöhnte Menschen, die sich nicht wie Unversöhnte meiden, bedrohen, abschrecken oder gar vernichten dürfen.

III Gott ist der Schöpfer und Erhalter der Welt. Trotz unserer Schuld hält und erneuert er in Treue den Bund mit uns Menschen und gibt nicht preis die Werke seiner Hände.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können.

Im Vertrauen auf den Gott des Bundes und der Treue wollen wir uns nicht länger von solchen „Waffen“ umgeben, „schützen“ und gefährden lassen.

IV Gott verbindet in Christus seinen Frieden mit der Verheißung und dem Gebot menschlicher Gerechtigkeit.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines „Sicherheitssystems“, das auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird.

Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen. Solche ersten Schritte sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als erster einzusetzen,
- die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
- kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
- das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.

V Jesus Christus, der Sohn Gottes, ist der eine und einzige Herr, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Sein Gebot ist Maßstab und Grenze auch aller innerweltlichen, politischen Verantwortung der Christen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Auffassung, die Lösung des Problems der notwendigen und angemessenen Machtmittel des Staates sei allein dem politischen Ermessen und der „praktischen Vernunft“ vorbehalten und es könne für Christen dabei keine eindeutige Entscheidung geben, die sich von ihrem Glauben her hinreichend begründen ließe.

Im Glaubensgehorsam gegen Jesus Christus sagen wir: Auch für staatliche Machtmittel gibt es eine durch das Gebot des Herrn gesetzte Grenze, die nicht überschritten werden darf. Massenvernichtungsmittel sind keine angemessenen und notwendigen Machtmittel, mit denen ein Staat potentielle militärische Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen darf. Es ist zwar Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen und das Leben seiner Bürger zu schützen. Aber Massenvernichtungsmittel zerstören, was sie zu verteidigen vorgeben. Ihnen gilt von seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses „Nein!“, ein „Nein ohne jedes Ja“.

VI Jesus Christus, der für uns gekreuzigte und auferstandene Herr, ist gegenwärtig in der Kraft des Heiligen Geistes. Unter seiner Herrschaft, die sich ohne Gewalt durchsetzt, und unter seiner Leitung, die niemanden zwingt, gewinnen wir Hoffnung und Zuversicht.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller Hoffnungslosigkeit und Passivität angesichts der ungeheuren Bedrohung und der oft aussichtslos erscheinenden Mühe um die Bewahrung des Friedens.

Im Vertrauen auf die Herrschaft Jesu Christi und in der Kraft des Heiligen Geistes wollen wir uns nicht entmutigen lassen, für den Frieden zu beten, zu denken und zu arbeiten. Da Jesus Christus der Versöhner und Herr der ganzen Welt ist und seine Herrschaft nicht an den Grenzen der christlichen Gemeinde aufhört, arbeiten wir auch mit Menschen zusammen, die keine Christen sind. Der tröstenden Macht seines Geistes befehlen wir uns an, wenn der Weg des Friedens ins Leid und ins Kreuz führt.

VII Gott wird die in Christus beschlossene Versöhnung mit der Wiederkunft des Herrn vollenden und einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, in denen Gerechtigkeit und Frieden ohne Ende wohnen. Steht diese Vollendung des Heils auch noch aus, so wird sie doch - von Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten verbürgt und von ihm bestimmt - kommen und mit der Auferweckung aller Toten und dem letzten Gericht anheben.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit allem aufgeregten, ziellosen Aktivismus, allem blasphemischen Spekulieren über die „Schrecken der Endzeit“, allem Desinteresse an den Fragen der Friedenserhaltung und aller politischen Gleichgültigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Welt.

In der Hoffnung auf den wiederkommenden Herrn sind wir frei zu vorläufigen, auch unvollkommenen, aber tapferen und entschiedenen Schritten für den Frieden. Vor ihm als dem letzten Richter über unser Leben werden wir Rechenschaft darüber ablegen müssen, was wir mit den jeweils eigenen Gaben dazu beigetragen haben, Widerstand gegen die Bedrohung zu leisten, die atomare Katastrophe zu verhindern und seinen Frieden in Wort und Tat zu bezeugen.

Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift

Quelle Reformierter Bund: *Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift*

Uneingeschränkte Ächtung von Massenvernichtungswaffen muss bestehen bleiben!
Die evangelische Kirche hat eine Friedensdenkschrift vorgelegt, in der sich die reale Bedrohung spiegeln soll. Die geänderte Position zu Atomwaffen wird vom Moderator des Reformierten Bundes kritisch gesehen
Der Moderator des Reformierten Bundes in Deutschland, Bernd Becker, hat die aktualisierte Bewertung von Massenvernichtungswaffen in der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) kritisiert. „Jedem Versuch, biblische Friedensgebote zu relativieren oder nukleare Abschreckung theologisch oder ethisch zu legitimieren, ist entschieden zu widersprechen“, sagte der Theologe dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bielefeld.

„Christliches Zeugnis drängt zum Eintreten für Ächtung von Atomwaffen“
Das christliche Zeugnis dränge vielmehr darauf, „im Vertrauen auf Gottes Frieden für die internationale Ächtung und vollständige Abrüstung von Atomwaffen einzutreten und Initiativen zu unterstützen, die einer friedlichen und gerechten Weltordnung ohne nukleare Bedrohung dienen“, erklärte Becker, der auch Vorstand des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe ist. Das am Montag auf der EKD-Synode in Dresden präsentierte Grundsatzpapier mit dem Titel „Die Welt in Unordnung“ ächtet Atomwaffen wie bereits das Vorgängerpapier von 2007 weiterhin als friedensethisch nicht zu rechtfertigen. Zugleich erkennt es an, dass die Drohung mit Atomwaffen einer wirkungsvollen Verteidigung dienen könne. „Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann eine ethisch begründbare Entscheidung sein“, heißt es in der Denkschrift.

„Drohung mit solchen Waffen widersprechen Geist des gerechten Friedens“
„Der Besitz und die Drohung mit solchen Waffen widersprechen dem Geist des gerechten Friedens, wie er in der Botschaft Jesu Christi verankert ist“, erklärte der Theologe. Über die notwendige Würdigung solcher realpolitischen Erwägungen hinaus gebe es die bleibende Mahnung, am durch Gottes Gebot begründeten radikalen „Nein ohne jedes Ja“ zu Massenvernichtungsmitteln festzuhalten, unterstrich er. So sei es auch in der Reformierten Friedenserklärung von 1982 formuliert.

Becker ist seit 2022 ehrenamtlicher Leiter des Reformierten Bundes. Zum Reformierten Bund gehören eigenen Angaben zufolge rund 1,5 Millionen evangelisch-reformierte Christen in ganz Deutschland. Der 1968 in Siegen geborene evangelische Theologe Becker ist Herausgeber der evangelischen Wochenzeitung „Unsere Kirche“ (UK).

Ökumenisches Rahmenkonzept – Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall

Quelle EKD: *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall* – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche

Das ökumenische Rahmenkonzept „Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ beschreibt die Rolle und Verantwortung kirchlicher Seelsorgepraxis angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen. Es benennt die seelsorglichen Aufgaben in Szenarien militärischer Bedrohung und gewaltsamer Konflikte, die auch Deutschland unmittelbar betreffen können. Dabei werden mögliche Belastungen für Zivilbevölkerung, Soldatinnen und Soldaten, Einsatzkräfte, Verwundete, Gefallene, Kriegsgefangene und Geflüchtete in den Blick genommen. Das Konzept zeigt auf, wie kirchliche Strukturen vorbereitet, vernetzt und gestärkt werden können, um in Krisenfällen handlungsfähig zu bleiben und den Menschen beizustehen. Leitend ist dabei das christliche Motiv des Dienstes am Nächsten, verbunden mit organisatorischen Maximen wie ökumenischer Geschlossenheit, klaren Zuständigkeiten und professioneller Krisenkommunikation. Ziel ist es, vorhandene Ressourcen zu bündeln und durch frühzeitige Qualifizierung und Begleitung von Seelsorgenden eine krisensensible Seelsorge zu gewährleisten.

Einzyklika MAGNIFICA HUMANITAS des Heiligen Vaters Leo XIV

Quelle: Papst Leo XIV.: *„Magnifica Humanitas“ – Enzyklika vom 15. Mai 2026*, eine Einführung von Stefan Silber auf S. 378-384 in Umdenkschrift 3

204. Wir leben in einer Zeit bemerkenswerter geistiger und kultureller Blindheit. Ein falscher Pragmatismus ermutigt uns, die Wurzeln der Erinnerung zu kappen, als ob es möglich wäre, eine Art „neue Schöpfung“ zu begründen, die von der Vergangenheit losgelöst ist. Auch diejenigen, die sich auf große moralische Prinzipien berufen, können diesem historischen Nihilismus verfallen und sich der Illusion hingeben, dass sich die Gräueltaten des 20. Jahrhunderts nicht mehr wiederholen können. In Wirklichkeit tauchen dieselben Dynamiken unter neuen Formen wieder auf. Die Logik des militärischen Gleichgewichts und der Abschreckung scheint sich wieder durchzusetzen. Doch im Gegensatz zum bipolaren Szenario des Kalten Krieges macht die Vielzahl der Akteure und Konfliktlinien diese Logik heute zunehmend fragil. Die verschärften Konflikte führen zu asymmetrischen und „hybriden“ Kriegen, die auch auf wirtschaftlicher, finanzieller und digitaler Ebene ausgetragen werden, wobei Desinformation und Kampagnen, die Ängste schüren, eingesetzt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In vielen Ländern, auch im Globalen Süden, werden erhöhte Militärausgaben als einzige Antwort auf eine ungewisse Zukunft oder auf vermeintliche Bedrohungen dargestellt, während die tatsächlichen Kosten auf die Armen abgewälzt werden, die zusehen müssen, wie die Mittel für Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Dienste schwinden.

205. Hinter all dem steht ein falscher „Realismus“, der nicht nur auf der vorherrschenden Logik der Stärke beruht, sondern auch auf kulturellen und anthropologischen Überzeugungen, als ob Krieg ein unvermeidlicher Bestandteil der menschlichen Natur wäre. So sei es schon immer gewesen, heißt es, abgesehen von kurzen Unterbrechungen, und so werde es auch immer bleiben! Es geht also nicht mehr um den Frieden, der als Bezugspunkt innerhalb des internationalen Horizonts verloren gegangen ist, sondern darum, wie und wann militärisch gehandelt werden soll, während gleichzeitig argumentiert wird, dass es unverantwortlich wäre, sich nicht auf eine Konfrontation vorzubereiten. Das, was hingegen wirklich unverantwortlich ist, ist die Realpolitik, diese Form des politischen „Realismus“, die in den Köpfen und in der Kultur Resignation angesichts eines unvermeidlichen Krieges sät und die Frieden und Dialog als utopische oder irrationale Positionen bezeichnet, die die bestehenden Risiken ignorieren. Vielmehr ist der Friede weder eine naive Hoffnung noch die bloße Abwesenheit von Krieg: Er ist das stets mögliche Ergebnis von Gerechtigkeit und Nächstenliebe.

206. In diesem Klima verflechten sich Nihilismus und Pragmatismus und normalisieren sehr schwerwiegende Fehler. Religiöser Extremismus und identitärer Fanatismus verbünden sich mit irrationalem Ökonomismus, während die Politik mit Leichtigkeit zur Desinformation, zur Verhöhnung des Gegners und zum systematischen Schüren von Ängsten und Ressentiments greift. So wird die Andersartigkeit des Anderen zunehmend als Bedrohung wahrgenommen, was Besitzansprüche, Herrschaftswillen, hegemoniale Ambitionen, Machtmissbrauch und die Angst vor dem Andersartigen schürt und einen Boden bereitet, auf dem neue Konflikte fast unbemerkt heranreifen können. [186]

207. Dies ist ein fruchtbarer Boden für neue Kriege, die vielleicht noch gefährlicher sind als jene der Vergangenheit, weil sie dazu neigen, alle ethischen Grenzen zu verlieren. Was einst als inakzeptabel galt, kann heute fast ohne zu zögern durchgeführt werden, während sich internationale Reaktionen eher nach den Interessen einzelner Regierungen richten als nach der objektiven Schwere der Fakten. Die Entscheidungen scheinen nun fast ausschließlich von

wirtschaftlichen Berechnungen geleitet zu sein, die durch mediale Illusionen, künstlich geschürte Euphorie und „Träume“ verteidigt werden, die unweigerlich zerplatzen und so Frustration und neue Gewalt hervorrufen. Sobald die Menschen davon überzeugt werden, dass nichts wirklich wahr ist und dass „Prinzipien“ lediglich eine leere Hülle sind, wird die Lunte für neue Ausbrüche von Intoleranz und Aggression im Herzen der Menschen entzündet.

208. In diesem Szenario bleibt die Frage nach echten Garantien gegen neue Gewalt offen. Wenn eine Kultur Konflikte normalisiert und rechtfertigt, eröffnet sich eine gefährliche Entwicklung: Was heute undenkbar erscheint, kann morgen aufgrund von Nutzen- oder Sicherheitskalkülen akzeptabel werden. In Ländern, die von gravierenden sozialen Spannungen geprägt sind, können wir nicht ausschließen, dass bewaffnete Konflikte von manchen als wirksames Mittel betrachtet werden, um von internen Problemen abzulenken, und als zynisches Instrument zur Bewältigung von Schwierigkeiten.

209. Eine besondere Verantwortung liegt bei denjenigen, die im Bereich der Forschung tätig sind. Alle Akteure in diesem Bereich – Wissenschaftler, Unternehmer, Investoren, akademische Autoritäten, Politiker und andere – sind aufgerufen, nach den Grundsätzen von Transparenz und Verantwortlichkeit zu handeln und sich stets des größeren Kontexts bewusst zu sein, in dem die technologischen Fortschritte angesiedelt sind, zu denen sie beitragen – einschließlich jener im Zusammenhang mit KI. Wenn man sich darauf beschränkt, nur den eigenen Bereich zu betrachten, gibt man sich der Illusion hin, eine moralisch neutrale Aufgabe zu erfüllen, und meidet Fragen nach den letztendlichen Zielen, die bestimmte Experimente leiten: So läuft man Gefahr, vielleicht ungewollt, an undurchsichtigen Projekten mitzuwirken, die neue Formen von Gewalt, Manipulation und Herrschaft begünstigen.

Die Zivilisation der Liebe errichten

210. Eine Welt im permanenten Kriegszustand zu schaffen, ist ein Übel, und es ist bei seinem Namen zu nennen. Diese Art, die Wirklichkeit, in der wir leben, zu beschreiben, mag düster oder pessimistisch erscheinen, doch ich halte sie für eine notwendige Mahnung. Die christliche Perspektive endet jedoch nicht mit dem Anprangern des Bösen. Wir betrachten die Geschichte im Lichte des auferstandenen Gekreuzigten, dem der Vater »alle Vollmacht […]im Himmel und auf der Erde« (Mt 28,18) gegeben hat. Wir interpretieren die Gegenwart nicht als ein feststehendes Schicksal, sondern als ein Feld, das der persönlichen und gemeinschaftlichen Umkehr offensteht. Und wir glauben an die Kraft des Reiches Gottes, das sich aus einem winzigen Senfkorn entwickelt, das, einmal gesät, sprießt und wächst (vgl. Mk 4,26–32). Während uns der Lärm des Tumults umgibt, wächst das Gute in aller Stille aus der Erde. Wie der Prophet sagt: »Siehe, nun mache ich etwas Neues. Schon sprießt es, merkt ihr es nicht?« (Jes 43,19).

Theologische Texte

Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit

„Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“

Quelle: Luther: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei“, im Internet s. Luther: *Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei*

Teil 1

Aufs sechste: Nun fragst du, ob denn auch ein Christ das weltliche Schwert führen und die Bösen strafen dürfe, weil Christi Worte so streng und unzweideutig lauten: »du sollst dem Übel nicht widerstreben«, […] Antwort: Du hast jetzt zwei Stücke gehört. Eins, daß unter den Christen das Schwert nicht sein kann; darum kannst du es über und unter den Christen nicht führen, die seiner nicht bedürfen. Darum müßtest du die Frage aufwerfen in bezug auf den andern Haufen derer, die nicht Christen sind, ob du es daselbst christlich gebrauchen könntest. Da ist das andere Stück, daß du dem Schwert zu dienen schuldig bist und es fördern sollst, womit du kannst, es sei mit Leib, Gut, Ehre und Seele. Denn es ist ein Werk, dessen du (zwar) nicht bedarfst, das aber aller Welt und deinem Nächsten ganz von Nutzen und nötig ist. Du solltest, wenn du sähest, daß es am Henker, Büttel, Richter, Herrn oder Fürsten mangelte, und du dich geschickt dazu fändest, dich dazu erbieten und dich darum bewerben, auf daß ja die notwendige Gewalt nicht verachtet und matt würde oder unterginge. Denn die Welt kann und vermag ihrer nicht entraten. […]

Zum Reich der Welt oder unter das Gesetz gehören alle, die nicht Christen sind. Denn sintemal wenige glauben und der kleinere Teil sich nach christlicher Art hält, daß er dem Übel nicht widerstrebe, ja daß er nicht selbst Übel tue, hat Gott denselben außer dem christlichen Stand und Gottes Reich ein anderes Regiment verschafft und sie unter das Schwert geworfen, so daß sie, wenn sie gleich gerne wollten, ihre Bosheit doch nicht tun können, und wenn sie es tun, daß sie es doch nicht ohne Furcht, noch mit Friede und Glück tun können. (Das geschieht) ebenso wie man ein wildes, böses Tier mit Ketten und Banden fesselt, daß es nicht nach seiner Art beißen noch reißen kann, obwohl es gerne wollte, während ein zahmes, kirres Tier dessen doch nicht bedarf, sondern ohne Ketten und Bande dennoch unschädlich ist.

Denn wo das nicht wäre, sintemal alle Welt böse und unter Tausenden kaum ein rechter Christ ist, würde eines das andere fressen, daß niemand Weib und Kind aufziehen, sich nähren und Gott dienen könnte, wodurch die Welt wüste würde. Deshalb hat Gott die zwei Regimente verordnet: das geistliche, welches durch den heiligen Geist Christen und fromme Leute macht, unter Christus, und das weltliche, welches den Unchristen und Bösen wehrt, daß sie gegen ihren Willen äußerlich Friede halten und still sein müssen. So deutet Paulus das weltliche Schwert Rom, 13, 3 und sagt, es sei nicht für die guten, sondern für die bösen Werke zu fürchten. Und Petrus sagt (1. Petr. 2, 14), es sei zur Strafe für die Übeltäter gegeben.

Wenn nun jemand die Welt nach dem Evangelium regieren und alles weltliche Recht und Schwert aufheben und vorgeben wollte, sie wären alle getauft und Christen, unter welchen das Evangelium kein Recht noch Schwert haben will, (bei denen es) auch nicht nötig ist: Lieber, rate, was würde der machen? Er würde den wilden, bösen Tieren die Bande und Ketten auflösen, daß sie jedermann zerrissen und zerbissen, und daneben vorgäben, es waren feine, zahme, kirre Tierlein. Ich würde es aber an meinen Wunden wohl fühlen (was sie in Wirklichkeit sind). So würden die Bösen unter dem christlichen Namen die evangelische Freiheit mißbrauchen, ihre Büberei treiben und sagen, sie seien Christen und keinem Gesetz noch Schwert unterworfen, wie jetzt schon etliche toben und närrisch behaupten.

Diesen muß man sagen; ja freilich ists wahr, daß Christen um ihrer selbst willen keinem Recht noch Schwert Untertan sind, noch seiner bedürfen; aber siehe zu und mach die Welt zuvor voll rechter Christen, ehe du sie christlich und evangelisch regierst. Das wirst du aber nimmermehr tun, denn die Welt und die Menge sind und bleiben Unchristen, ob sie gleich alle getauft (sind) und Christen heißen. Aber [252] die Christen wohnen, wie man sagt, fern voneinander. Deshalb ists in der Welt nicht möglich, daß ein christliches Regiment sich über alle Welt erstrecke, ja, nicht einmal über ein Land oder eine große Menge. Denn der Bösen sind immer viel mehr als der Frommen. Ein ganzes Land oder die Welt mit dem Evangelium zu regieren sich unterfangen, das ist deshalb ebenso, als wenn ein Hirt in einen Stall Wölfe, Löwen, Adler, Schafe zusammentäte und ein jegliches frei neben dem andern laufen ließe und sagte: Da weidet und seid rechtschaffen und friedlich untereinander, der Stall steht offen, Weide habt ihr genug, Hunde und Keulen braucht ihr nicht zu fürchten. Hier würden die Schafe wohl Frieden halten und sich friedlich so weiden und regieren lassen, aber sie würden nicht lange leben, noch würde ein Tier vor dem andern bleiben. […]

Teil 2

Das weltliche Regiment hat Gesetze, die sich nicht weiter erstrecken als über Leib und Gut und was äußerlich auf Erden ist. Denn über die Seele kann und will Gott niemand regieren lassen als sich selbst allein. Deshalb: wo weltliche Gewalt sich vermißt, der Seele Gesetze zu geben, da greift sie Gott in sein Regiment und verführt und verdirbt nur die Seelen. Das wollen wir so klar machen, daß mans mit Händen greifen solle, auf daß unsere Junker, die Fürsten und Bischöfe sehen, was sie für Narren sind, wenn sie die Menschen mit ihren Gesetzen und Geboten zwingen wollen, so oder so zu glauben.

Wenn man ein Menschengesetz auf die Seele legt, daß sie glauben soll, so oder so, wie derselbe Mensch es angibt, so ist da gewiß nicht Gottes Wort. Ist Gottes Wort nicht da, so ists ungewiß, obs Gott haben will. Denn was er nicht gebietet, dessen kann man nicht sicher sein, daß es ihm gefalle: ja, man ist gewiß, daß es Gott nicht gefalle. […]

Und du sollst wissen, daß es von Anbeginn der Welt gar ein seltener Vogel ist um einen klugen Fürsten, noch viel [268] seltener um einen frommen Fürsten. Sie sind im allgemeinen die größten Narren oder die ärgsten Buben auf Erden; weshalb man bei ihnen allezeit auf das ärgste gefaßt sein und wenig Gutes von ihnen erwarten muß, besonders in göttlichen Sachen, die der Seelen Heil belangen. Denn es sind Gottes Stockmeister und Henker, und sein göttlicher Zorn gebraucht sie, die Bösen zu strafen und äußerlichen Frieden zu halten. Es ist ein großer Herr, unser Gott. Deshalb muß er auch solche edlen, hochgeborenen, reichen Henker und Büttel haben, und will, daß sie Reichtum, Ehre und Furcht von jedermann den Überfluß und die Menge haben sollen. Es gefällt seinem göttlichen Willen, daß wir seine Henker »gnädige Herrn« nennen, ihnen zu Füßen fallen und mit aller Demut Untertan sind, sofern sie ihr Handwerk nicht zu weit erstrecken, so daß sie Hirten aus Henkern werden wollen. Gerät nun ein Fürst, daß er klug, fromm oder ein Christ ist, das ist der großen Wunder eins und das allerteuerste Zeichen göttlicher Gnade über dasselbe Land.

Teil 3

Welcher nun ein christlicher Fürst sein will, der muß wahrlich die Meinung ablegen, daß er [272] herrschen und mit Gewalt verfahren wolle. Denn verflucht und verdammt ist alles Leben, das sich selbst zu Nutzen und zugute gelebt und gesucht wird, verflucht alle Werke, die nicht in der Liebe erfolgen. Dann aber erfolgen sie in der Liebe, wenn sie nicht auf eigene Lust, Nutzen, Ehre, Sicherheit und Heil, sondern auf anderer Nutzen, Ehre und Heil von ganzem Herzen gerichtet sind. […]

Wie soll dann ein Fürst tun, wenn er nicht so klug ist und sich durch Juristen und Rechtsbücher

regieren lassen muß? Antwort: Deshalb habe ich gesagt, daß Fürstenstand ein gefährlicher Stand ist. Und wo er nicht selbst so klug ist, daß er selbst beides, sein Recht und seine Räte, regiert, da geht es nach dem Spruch Salomos Pred. 10, 16: »Weh dir, Land, dessen König ein Kind ist«. […]

Da sagst du dann: Soll denn ein Fürst nicht Krieg führen, oder seine Untertanen ihm nicht in den Streit folgen? Antwort: Das ist eine weitläufige Frage. Aber aufs kürzeste: christlich hierin zu verfahren, sage ich, daß kein Fürst gegen seinen Oberherrn, wie den König und Kaiser [277] oder sonst seinen Lehnsherrn, Krieg führen soll, sondern er soll nehmen lassen, wer da nimmt. Denn der Obrigkeit soll man nicht mit Gewalt widerstehen, sondern nur mit Bekenntnis der Wahrheit. Kehrt sie sich dran, ist es gut; wo nicht, so bist du entschuldigt und leidest Unrecht um Gottes willen. Ist aber der Widerpart deinesgleichen oder geringer als du oder eine fremde Obrigkeit, so sollst du ihm aufs erste Recht und Frieden anbieten, wie Mose die Kinder Israel lehrt. Will er dann nicht, so gedenke auf dein Bestes und wehre dich mit Gewalt gegen Gewalt, wie Mose das alles 5. Mose 20, 10 fein beschreibt. Und hierin mußt du nicht das Deine ansehen und wie du Herr bleibest, sondern deine Untertanen, denen du Schutz und Hilfe schuldig bist, auf daß solch Werk in der Liebe geschehe. Denn dieweil dein ganzes Land in Gefahr steht, mußt du es wagen, ob dir Gott helfen wollte, daß nicht alles verderbt werde. Und wenn du auch nicht wehren kannst, daß etliche Witwen und Waisen darüber werden, so mußt du doch wehren, daß nicht alles zu Boden gehe und lauter Witwen und Waisen werden.

Und hierin sind die Untertanen schuldig zu folgen, Leib und Gut daranzusetzen. Denn in solchem Fall muß einer um des andern willen sein Gut und sich selbst wagen. Und in solchem Krieg ist es christlich und ein Werk der Liebe, die Feinde getrost zu würgen, zu rauben und zu brennen und alles zu tun, was (den Feinden) schädlich ist, bis man sie nach Kriegsbräuchen überwinde, nur daß man sich vor Sünden hüten, Weiber und Jungfrauen nicht schänden soll. […]

Wie, wenn ein Fürst unrecht hätte, ist ihm sein Volk dann auch schuldig zu folgen? Antwort: Nein. Denn gegen das Recht gebührt niemand zu tun; sondern man muß Gott (der Recht haben will) mehr gehorchen als den Menschen (Apg. 5, 29). Wie, wenn die Untertanen nicht wüßten, ob er recht hätte oder nicht? Antwort: Solange sie es nicht wissen noch durch möglichen Fleiß erfahren können, so mögen sie [278] ihm ohne Gefahr für die Seelen folgen. […]

Was sind denn die Priester und Bischöfe? Antwort: ihr Regiment ist nicht eine Obrigkeit oder Gewalt, sondern ein Dienst und Amt. Denn sie sind nicht höher noch besser vor andern Christen. Darum sollen sie auch kein Gesetz noch Gebot über andere aufstellen ohne derselben Willen und Erlaubnis, sondern ihr Regieren ist nichts anderes als Gottes Wort treiben, damit die Christen führen und Ketzerei überwinden. Denn, wie gesagt ist, die Christen kann man mit nichts außer allein mit Gottes Wort regieren. Denn Christen müssen im Glauben regiert werden, nicht mit äußerlichen Werken.

Martin Luther: Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können

„Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können."
Quelle: Luther: „Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können", S. 52, 78, 79f

Aufs erste ist der Unterschied vorwegzunehmen, daß Amt und Person, oder Werk und Täter verschiedene Dinge sind. Denn es kann wohl ein Amt oder Werk an sich gut und recht sein, das doch böse und unrecht ist, wenn die Person oder der Täter nicht gut oder recht ist oder es nicht recht treibt. Ein Richteramt ist ein köstlich, göttlich Amt, es sei der Richter mit dem Mund oder mit der Faust, welchen man den Scharfrichter nennt. Aber wenns einer vornimmt, dem es nicht befohlen ist, oder wenn der, welcher den Befehl dazu hat, es nach Geld und Gunst ausrichtet, so ists bereits nicht mehr recht noch gut. […] Aber darauf ist zu achten, daß es die Person auch sei, die dazu gehöre, und daß sie rechtschaffen sei, wie wir hören werden. […]

Wohl ist das wahr: wenn einer mit solchem Herzen und Absicht im Kriege dient, daß er nichts anderes sucht noch denkt, als Gut zu erwerben, und zeitlich Gut ist seine einzige Ursache, so daß er nicht gern sieht, daß Friede ist, und es ihm leid ist, daß nicht Krieg ist, der tritt gewiß aus der (rechten) Bahn und ist des Teufels, wenn er gleich aus Gehorsam und auf Aufgebot seines Herrn Krieg führt. Denn er macht selbst aus einem guten Werk durch den Zusatz ein böses, daß er nicht viel achtet, wie er aus Gehorsam und Pflicht dient, sondern allein das Seine sucht. […]

Eine zweite Frage: Wie, wenn mein Herr unrecht hätte, Krieg zu führen? Antwort: Wenn du sicher weißt, daß er unrecht hat, so sollst du Gott mehr fürchten und gehorchen als den Menschen, Apg. 5, 29, und sollst nicht Krieg führen noch dienen; denn du kannst da kein gutes Gewissen vor Gott haben. Ja, sagst du, mein Herr zwingt mich, nimmt mir mein Leben, gibt mir mein Geld, Lohn und Sold nicht; dazu würde ich vor der Welt als ein Feigling verachtet und gescholten, ja als ein Treuloser, der seinen Herrn in Nöten verläßt usw. Antwort: Das mußt du darauf ankommen und um Gottes willen geschehen lassen, was da geschieht.

Friedrich Schleiermacher

Quelle: „Reden über die Religion“. Schleiermacher: *Über die Religion*, S. 140, 143

So oft ein Fürst eine Kirche für eine Korporation erklärte, für eine Gemeinschaft mit eignen Vorrechten, für eine ansehnliche Person in der bürgerlichen Welt – und es geschah nie anders als wenn bereits jener unglückliche Zustand eingetreten war, wo die Gesellschaft der Gläubigen und die der Glaubensbegierigen, das wahre und das falsche, was sich bald wieder auf immer geschieden hätte, bereits vermischt war, denn ehe war nie eine religiöse Gesell-schaft groß genug um die Aufmerksamkeit der Herrscher zu erregen – so oft ein Fürst sage ich zu dieser gefährlichsten und verderblichsten aller Handlungen sich verleiten ließ, war das Verderben dieser Kirche unwiderruflich beschlossen und eingeleitet. […] Er ist aber auf eine noch unmittelbarere Art Ursach, daß das Band zwischen der wahren Kirche und der äußeren Religionsgesellschaft sich gelöst hat. Denn nachdem er dieser jene unselige Wohltat erwiesen meinte er ein Recht auf ihre tätige Dankbarkeit zu haben, und hat sie belehnt mit drei höchst wichtigen Aufträgen in seinen Angelegenheiten. Der Kir-che hat er mehr oder weniger übertragen die Sorge und Aufsicht auf die Erziehung; unter den Auspizien der Religion und in der Gestalt einer Gemeine, will er, daß das Volk unterrichtet werde in den Pflichten, die seine Gesetze nicht fassen, und beredet zu sittlichen Gesinnungen; und von der Kraft der Religion und den Unterweisungen der Kirche fordert er, daß sie ihm seine Bür-ger wahrhaft mache in ihren Aussagen. Und zur Vergeltung für diese Dienste die er begehrt beraubt er sie nun – so ist es ja fast in allen Teilen der gesitteten Welt, wo es einen Staat und eine Kirche gibt – ihrer Freiheit, er behandelt sie als eine Anstalt die er eingesetzt und erfunden hat, und freilich ihre Fehler und Mißbräuche sind fast alle seine Erfindung, und er allein maßt sich die Entscheidung darüber an, wer tüchtig sei als Vorbild und als Priester der Religion aufzutreten in dieser Gesellschaft.

Helmut Gollwitzer: Gegen die Wiederbewaffnung

Quelle: Gollwitzer: *Skizzen eines Lebens*, S. 264f

Unter den vielen Briefen, die ich in diesen Tagen bekam, sind mir am deprimierendsten diejenigen, die mir unter Berufung auf meine eigene gute Kenntnis des Sowjetstaates vorhalten, wir müßten doch unser deutsches Volk vor der sowjetischen Gewalt schützen, wie man auch seine Familie gegen Räuber schützt. Leider, leider ist das ja schon geläufiger Sprachgebrauch bei uns, daß man von Deutschland spricht und Westdeutschland meint, und in diesem naiven Egoismus vergessen jene Briefschreiber gänzlich, daß das deutsche Volk sich nicht nur in Westdeutschland befindet. Allerdings soll ich meine Familie vor Räubern schützen; wenn aber ein Teil meiner Familie schon in die Gewalt der Räuber geraten ist, dann wird meine Aufgabe sehr viel schwieriger; dann habe ich die doppelte Aufgabe, den Rest meiner Familie zu schützen und mit den Räubern ins Geschäft zu kommen, um meine anderen Familienmitglieder herauszulösen. Das erfordert eine elastische Politik und das ist unsere westdeutsche Aufgabe. Weil wir wissen, was Sowjetisierung heißt, und weil wir unser Volk, aber eben unser ganzes Volk davor bewahren wollen, darum müssen wir der Wiedervereinigung den Vorrang geben. Wir halten es dabei allerdings für eine panische, unnüchterne Vorstellung zu meinen, daß ein bündnisloses Gesamtdeutschland zwangsläufig eine spätere Beute der Sowjets werden müsse. Das hängt darin zum großen Teil von uns selbst ab, von unserer politischen und moralischen Bewährung. Wer diese militärische Bündnislosigkeit für undiskutabel hält, wer meint, daß wir nur durch Teilnahme am Atlantikpakt uns gegen den Bolschewismus abschirmen können, und daß bei uns nicht wie bei vielen doch ebenso gefährdeten Staaten wie Schweden und Iran eine Kombinierung von eigener Rüstung, kluger Diplomatie, innerer Abwehr des Kommunismus, fortschrittlicher Sozialordnung, enger kultureller und wirtschaftlicher Verflechtung mit dem Westen, Neutralitätsgarantie durch den Westen und höchstem eigenen Interesse des Westens an unserer Freiheit zu unserem Schutze genügen würde, der soll zugeben, daß er vielleicht mit schmerzlichsten Gefühlen, die DDR längst abgeschrieben hat.

Der Vergleich mit den Räubern ist kein schöner Vergleich. Die Sowjets haben sich zuviel geleistet, als daß die sich darüber wundern dürften. Es wäre aber verhängnisvoll, wenn wir unser Verhältnis zu ihnen nur auf diesen Nenner bringen wollten.

Heinrich Vogel

Quelle: „Kampf dem Atomtod (1958)“ – Rede in der Frankfurter Kongreßhalle am 23. März 1958, Vogel: *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter*, S. 10ff

Schwerer aber wiegt noch das Zweite: Der Verrat am Menschen. Dabei geht es nicht nur um eines der *Bilder*, die wir uns vom Menschen machen, so daß dann etwa ein westlicher und ein östlicher Humanismus ihr Verständnis vom Menschen gegeneinander geltend machen könnten. Es geht *um den Menschen, der Gott gehört*, mag er sich selbst verstehen und gebärden, wie er will. Es geht um den Menschen, der in einem eminenten Sinn dazu geschaffen ist, Gott zu antworten, als Gottes Ebenbild die Herrlichkeit Gottes zu rühmen.

Ja, es geht um den Menschen, für den Gott sich so eingesetzt hat, dessen verlorene und verfluchte Existenz Gott so übernommen hat, wie es die Geschichte von dem Gekreuzigten und Auferstandenen uns sagt. Es geht um den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es keine Vernunft, keine Religion und Moral fassen kann. Diesen Menschen wie Ungeziefer behandeln zu wollen, ihn, und liege er noch als Säugling in der Wiege, wie einen Schwarm giftiger Fliegen ausrotten und nihilisieren zu wollen, das ist – *Sünde!* Das ist nicht nur Wahnsinn und Verbrechen, sondern ich wiederhole es: das ist *Sünde! Darum* geht es. Sünde ist das aber nicht nur an dem Menschen Gottes, sondern an Gott selbst.

Einer der großen Lehrer der Kirche, Anselm von Canterbury, stellt in seinem berühmten Bucn Cur Deus homo „Warum Gott Mensch wurde“ seinen Schüler und Gesprächspartner vor folgende Frage: Denke dir, du ständest vor Gottes Angesicht und Gott spräche zu dir: Blicke auf mich. Aber da wäre eine Stimme, die zu dir sagte: Blicke einen Augenblick lang weg, und nun stelle dir vor, daß du mit diesem einen Blick von Gott weg die ganze Welt, ja nicht nur diese wirkliche, sondern alle möglichen Welten vor dem Untergang und vor dem Sturz in das Nichts retten könntest. Meinst du wohl, daß du um der Erhaltung der Welt Willen von Gott wegblicken dürftest? Die Antwort jenes Schülers lautet: Wenn ich auf die Tat selbst sehe, so scheint sie mir wie eine Bagatelle; sehe ich aber darauf, daß sie gegen den Willen Gottes ist, so wiegt sie schwerer als Himmel und Erde. Wie ist das nun mit dem Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt? In der Frage der Massenvernichtungsmittel geht es ja schon in den Augen von Vernunft und ihrer Moral nicht um eine Bagatelle, sondern in der Tat Um das Menschengeschlecht und um die Welt, in der der Mensch leben darf. Aber das wiegt noch gering gegenüber dem, daß es *um Gott* geht, und dass diese ganze Sache mit den Massenvernichtungsmitteln *nichts anderes ist als eine Gotteslästerung*, bei der wir so tun, als ob wir über eine von uns erschaffene Welt verfügen und sie denn auch zerstören könnten.

Die Massenvernichtungswaffen sind eine materialisierte Leugnung Gottes, ein Eingriff in das Majestätsrecht des Gottes, bei dem allein das Gericht und die Gnade ist, und der den Menschen nicht dazu gesetzt hat, um so etwas wie ein jüngstes Gericht in eigener Regie vorwegzunehmen. Diese Sätze richten sich insbesondere an diejenigen, die meinen, die Sache wäre allenfalls verantwortbar, wenn christliche Verantwortung darüber wachte, daß kein Mißbrauch stattfindet. Ich behaupte, kein Christ kann die hier ausgesprochenen Erkenntnisse aus der heiligen Schrift bestreiten. Niemand, auch nicht der Bundeskanzler Adenauer oder sein Verteidigungsminister, kann auf biblischem Grunde das klare „Nein“, zu dem wir hier gefordert sind, auch nur in so etwas wie ein bedingtes „Ja“ verwandeln.

Karl Barth: Gegen atomare Aufrüstung

Quelle: Walther: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, S. 165f

Brief an den Europäischen Kongreß gegen atomare Aufrüstung, Basel, 7.1.1959 (Auszug).

I. Die entscheidenden Argumente zum Aufweis des Unrechts und der Gefahr der atomaren Aufrüstung sind in den letzten Jahren von den verschiedensten Seiten mit aller wünschenswerten Deutlichkeit vorgebracht und allgemein bekannt gemacht worden. Wer Ohren hatte zu hören, der konnte hören.

II. Wir stehen aber vor der Tatsache:
   b. daß unsere Regierungen das Problem zwar sehen und seinen Ernst anerkennen oder doch nicht leugnen, zur Durchführung und Fortsetzung ihres fatalen Unternehmens aber trotzdem entschlossen sind,
   b. daß wohl auch die Mehrheit unserer Bevölkerungen von der mit der atomaren Aufrüstung verbundenen radikalen Bedrohung heimlich und z.T. auch offen tief erschrocken, zu entschlossenem Widerspruch oder gar Widerstand in dieser Sache aber nicht bereit sind,
   b. daß sich insbesondere die gebildeten und auch ein großer Teil der kirchlich gesinnten Kreise zwar gerne in tiefgründigen philosophischen und theologischen Erörterungen über die Tragik des Menschen des Atomzeitalters und dergl. ergehen, einer konkreten Entscheidung gegen die atomare Aufrüstung aber hartnäckig ausweichen.

III. Der Grund dieses Selbstwiderspruchs besteht überall in der Angst vor der vermeintlich noch schwereren Bedrohung heiligster Güter durch den ideologischen und weltpolitischen Gegner, dem man anders als mit der Gegendrohung mittels der Atomwaffe nicht begegnen zu können meint.

IV. Läßt sich dieser ideologische und weltpolitische Gegensatz und die aus ihm erwachsende gegenseitige Angst nicht aus der Welt schaffen, so dürfte der Widerspruch zwischen der besseren Erkenntnis und der schlechten Praxis unserer Regierungen, der Majorität und unseren Bevölkerungen, unserer Bildungswelt und unseren Kirchen unüberwindlich — dürfte also mit dem unheiligen und unheilvollen Fortgang der atomaren Rüstung zu rechnen sein.

V. Die entscheidende Aufgabe der Gegner der atomaren Aufrüstung dürfte also in einer neuen, von Vorurteilen unbelasteten Anstrengung zur Überwindung jenes ideologisch-weltpolitischen Gegensatzes, d.h. aber darin bestehen, daß sie selbst eine von jener gegenseitigen Angst freie, allein an Gott und am wirklichen Menschen orientierte Position beziehen und sichtbar machen.

VI. Es ist selbstverständlich, daß die Opposition gegen atomare Aufrüstung auch unabhängig von diesem größeren Zusammenhang und also ohne Rücksicht auf direkte Erfolge oder Mißerfolge auf der ganzen Linie (in jedem Land und Bereich in der den Verhältnissen angemessenen Weise) weiter gehen muß.

VII. Die Frage drängt sich auf — und es möchte sein, daß der Kongreß auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen hat: ob diese Opposition sich nicht — da der Worte nun genug gewechselt sein dürften — zum aktiven Widerstand (etwa in der Form von offener Aufforderung zur Dienstverweigerung) verdichten sollte?

Karl Barth: Selbstenthüllung des Krieges

Quelle: Barth Brevier Barth: *Barth Brevier*, S. 171f

Selbstenthüllung des Krieges. Es ist heute vor den Augen aller, die sehen wollen, daß es in der ganzen Welt eine weitverzweigte Industrie gibt, die als Kriegsindustrie mit allen ihren Verbindungen zu Industrie, Technik und Handel anderer Art ein gebieterisches Bedürfnis danach hat, daß von Zeit zu Zeit unter möglichst großem Verschleiß des vorhandenen Materials und zur Anregung weiterer Nachfrage nach solchem aufs neue Kriege geführt werden und also entstehen müssen.

Das bedeutet aber, daß es uns ganz anders als früheren Zeiten bekannt sein kann und bewußt sein müßte, daß das, was im Kriege auf dem Spiel steht und als Motiv zum Kriege wirksam ist, viel weniger der Mensch selbst und sein wirkliches Lebensbedürfnis als des Menschen wirtschaftliche Macht ist: nur daß es sich im Kriege zeigt, daß nicht er diese Macht, sondern diese Macht ihn hat, und zwar zu seinem Verderben hat, indem sie ihn, statt ihm zu helfen, zu leben und leben zu lassen, dazu nötigt zu töten und sich selbst töten zu lassen. Der Krieg offenbart den im tiefsten Grund chaotischen Charakter schon des sogenannten friedlichen Wollens, Strebens, Schaffens des Menschen, seine tiefe Unkunst, Herr zu sein, ohne eben damit nicht nur Sklave, sondern sein eigener Verderber, im Grunde Selbstmörder zu werden. Der Krieg ist die Offenbarung der notorischen Lebensunfähigkeit, des *Gerichtes*, das der Mensch schon im Frieden auf sich zu ziehen dauernd im Begriffe steht. Und das bedeutet, daß eigentlich nur noch die Oberflächlichkeit die Kriegsfrage trennen kann von der Friedensfrage, das heißt von der Frage: was wollen und tun wir auf was ist des Menschen Leben ausgerichtet und wie ordnet er sein Leben, bevor der Krieg mit seinem Töten und Getötetwerden jeweils wieder einmal da ist? Haben wir die Macht zum Leben oder hat sie uns? Solange sie uns hat, wird der Krieg immer wieder unvermeidlich werden. Si vis pacem, para bellum! Willst du den Frieden, so bereite den Krieg vor! lautet die alte Römerweisheit. Vernünftigerweise müßte es heißen: *Si non vis bellum, para pacem!* Willst du nicht den Krieg, so bereite den Frieden vor! Sorge für eine bessere Organisation des Friedens!

Man hat immer gewußt, daß es sich im Krieg um die Unschädlichmachung der feindlichen Streitmacht handelt. Man hat sich aber nicht immer mit der wünschenswerten Deutlichkeit klargemacht, daß es dabei nicht nur um den möglichst geschickten und tapferen Einsatz und um den möglichen Verlust des eigenen Lebens, sondern nackt und brutal um das absichtliche Töten von möglichst vielen der lebendigen Menschen geht, aus denen sich diese feindliche Streitmacht zusammensetzt.

Unterdessen hat gerade die überhandnehmende kalte Sachlichkeit des militärischen Tötens, das Raffinement und die massenhafte Wirkung, zum Teil auch die Abscheulichkeit seiner Methoden, Instrumente und Maschinen und seine Ausdehnung auf die feindliche Zivilbevölkerung dafür gesorgt, daß, wer Krieg sagt, wissen müßte, daß er damit schlicht und eindeutig töten sagt: töten ohne Glanz, ohne Würde, ohne Ritterlichkeit, ohne Schranke und Rücksicht nach irgendeiner Seite. Der Ruhm des sogenannten «Soldatenhandwerkes», das eben heute beiläufig zum direkt oder indirekt ausgeübten «Handwerk» eines Jeden geworden ist, kann in unseren Tagen nur noch von den Resten jener alten, schon damals fadenscheinigen Illusionen leben. Es wäre schon viel gewonnen, wenn man sich angesichts der Tatsachen endlich ganz nüchtern dazu bekennen würde, daß, was auch der Zweck und allenfalls das Recht des Krieges sein mag, sein Mittel heute jedenfalls ohne Hülle und Scham dies ist, daß nicht nur Einzelne, nicht nur irgendwelche «Heere», sondern die ganzen Völker als solche sich gegenseitig mit allen Mitteln ans Leben wollen. Die Möglichkeit der Atom- oder Wasserstoffbombe hat eigentlich nur noch gefehlt, um die *Selbstenthüllung des Krieges* in dieser Hinsicht vollständig zu machen.

Paul Tillich

Quelle: Systematische Theologie, Tillich: *Systematische Theologie – I/II*, S. II 67

Die bisherige Beschreibung der Entfremdung befaßte sich ausschließlich mit der Einzelperson, ihrer Freiheit und ihrem Schicksal, ihrer möglichen Schuld und Versöhnung. […]

Im Gegensatz zum zentrierten Individuum, das wir „Person“ nennen, hat die soziale Gruppe kein natürliches, entscheidendes Zentrum. Eine soziale Gruppe ist eine Machtstruktur, und in jeder Machtstruktur hat bestimmen gewissen Einzelpersonen die Handlungen aller, die Teil dieser Gruppe sind. darin liegt immer die Möglichkeit zu Konflikten innerhalb der Gruppe, selbst dann, wenn die Gruppe als Ganze einheitlich handelt. Eine soziale Gruppe als solche ist nicht entfremdet und als solche nicht versöhnt. Es gibt keine Kollektivschuld. Es gibt wohl das universale Schicksal der Menschheit, das in einer sozialen Gruppe zum besonderen Schicksal wird, ohne jedoch damit seine Universalität zu verlieren. Jeder einzelne partizipiert an diesem Schicksal, ohne sich davon befreien zu können.

Und Schicksal ist untrennbar verknüpft mit Freiheit. Deshalb hat die persönliche Schuld Einfluß auf das Gesamtschicksal der Menschheit und auf das besondere Schicksal der sozialen Gruppe, zu der die Person gehört. Der einzelne ist nicht schuldig an den Verbrechen, die andere Glieder seiner Gruppe begangen haben, wenn er sie nicht selbst begangen hat. Die Einwohner einer Stadt sind nicht schuldig an den Verbrechen, die in ihrer Stadt begangen werden, sie sind jedoch in dem Sinn schuldig, daß sie teilhaben an dem Schicksal der Menschheit als Ganzer and an dem Schicksal ihrer Stadt im besonderen; denn ihre Handlungen, in denen Freiheit und Schicksal geeint sind, haben zu dem Gesamtschicksal beigetragen. Sie sind schuldig nicht an den Verbrechen, die innerhalb ihrer Gemeinschaft begangen wurden; sie sind schuldig, weil sie zu dem Schicksal beigetragen haben, in dem sich diese Verbrechen ereignen konnten. In diesem indirekten Sinne sind sogar in einem Volke die Opfer der Tyrannei mit schuldig an der Tyrannei. Aber in der gleichen Weise gilt das auch für die Angehörigen anderer Völker und für die Menschheit als Ganze. Für das Schicksal einzelner oder einzelner Völker ist negativ und positiv die Menschheit als Ganze mitverantwortlich.

Andere Texte

Niccolò Machiavelli – Die Bedeutung von Religion im Staat

Quelle: Machiavelli: *Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte*, Kapitel I 11-15

Roms erster Gründer war Romulus; ihm hat es wie eine Tochter Geburt und Erziehung zu danken. Doch die Götter hielten seine Einrichtungen für ein so großes Reich nicht für ausreichend und gaben dem römischen Senat ein, den Numa Pompilius zu seinem Nachfolger zu ernennen, damit er ergänzte, was jener verabsäumt hatte. Numa fand ein noch ganz wildes Volk vor und wollte es durch die Künste des Friedens an bürgerlichen Gehorsam gewöhnen. In der Religion erkannte er die notwendigste Stütze der bürgerlichen Ordnung, und er richtete sie so ein, daß jahrhundertelang nirgends größere Gottesfurcht herrschte als in der römischen Republik. Jede Unternehmung des Senats oder der großen Männer Roms wurde dadurch erleichtert. Aus zahllosen Handlungen des gesamten Volkes oder einzelner Römer sieht man, daß die Bürger sich mehr scheuten, ihren Eid zu brechen, als die Gesetze zu übertreten, weil sie Gottes Macht höher achteten als die der Menschen. Das sieht man deutlich am Beispiel des Scipio und des Manlius Torquatus. […]

Bei aufmerksamem Lesen der römischen Geschichte wird man stets finden, wie sehr die Religion zum Gehorsam im Heere, zur Eintracht im Volke, zur Erhaltung der Sittlichkeit und zur Beschämung der Bösen beitrug. Wenn man also zu entscheiden hätte, welchem König Rom mehr Dank schuldete, dem Romulus oder Numa, so glaube ich, daß Numa den Vorrang verdient. Denn wo Religion ist, läßt sich leicht eine Kriegsmacht aufrichten, wo aber Kriegsmacht ohne Religion ist, läßt sich diese nur schwer einführen. […] In der Tat gab es nie einen außerordentlichen Gesetzgeber bei einem Volke, der sich nicht auf Gott berufen hätte, weil seine Gesetze sonst gar nicht angenommen worden wären. Denn ein kluger Mann erkennt vieles Gute, aber die Gründe dafür sind nicht so augenscheinlich, daß man andre davon überzeugen könnte. Darum nehmen weise Männer ihre Zuflucht zu Gott, so Lykurg, so Solon und viele andre, die den gleichen Zweck verfolgten. […]

Wie aber die Gottesfurcht die Ursache für die Größe der Staaten ist, so ist ihr Schwinden die Ursache ihres Verfalls. Denn wo die Gottesfurcht fehlt, da muß ein Reich in Verfall geraten, oder die Furcht vor dem Fürsten muß den Mangel an Religion ersetzen. Da aber die Fürsten ein kurzes Leben haben, muß ein Reich sofort verfallen, wenn der starke Arm seines Fürsten fehlt. Deshalb sind Reiche, die nur auf dem Verdienst eines Mannes beruhen, von kurzer Dauer, und nur selten wird sein Verdienst durch die Erbfolge erneuert. […]

Das Heil einer Republik oder eines Reiches beruht also nicht auf einem Fürsten, der zeitlebens weise regiert, sondern darauf, daß er dem Staat Einrichtungen gibt, durch die er sich auch nach seinem Tode erhalten kann. […]

Monarchien und Republiken, die sich unverdorben erhalten wollen, müssen vor allem die religiösen Bräuche rein und in Ehrfurcht erhalten. Denn es gibt kein schlimmeres Zeichen für den Verfall eines Landes als die Mißachtung des Gottesdienstes. Das ergibt sich leicht, wenn man erkannt hat, worauf sich die Religion, in der ein Mensch geboren ist, gründet. Denn jede Religion hat ihre eigenen Grundlagen und ihr Lebensprinzip. Die heidnische beruhte auf den Orakelsprüchen und auf dem Stande der Auguren und Haruspices; alle übrigen Zeremonien, Opfer und Bräuche hingen davon ab. Denn die Menschen glaubten leicht, daß der Gott, der ihnen ihr zukünftiges Glück oder Unglück voraussagen konnte, auch imstande war, es ihnen widerfahren zu lassen. […]

Wäre die Frömmigkeit von den Häuptern der Christenheit so rein erhalten worden, wie der Stifter des Christentums es gewollt hatte, so herrschte mehr Eintracht und Glück in den christlichen Staaten und Ländern als jetzt. Nichts zeigt mehr den Verfall des Glaubens als die Tatsache, daß

die Völker am wenigsten Religion haben, die der römischen Kirche, dem Haupt unsres Glaubens, am nächsten sind. Wer die Grundlagen der Religion betrachtet und dann sieht, wie sehr der jetzige Brauch davon abweicht, der muß glauben, daß ihr Untergang oder ihr Strafgericht nahe ist.

Quelle: Machiavelli: *Die Kunst des Krieges*, S. 142
Ein starker Zügel und Sporn waren bei den Alten die Religion und der Schwur, den der Soldat ablegte, wenn er ins Feld rückte. Jedem Vergehen drohten nicht nur die Übel, die man von Menschen furchten kann, sondern auch die Strafe der Götter. Dies, vereint mit den anderen religiösen Zeremonien, machte oft den Feldherrn der Alten jede Unternehmung leicht und würde es immer tun, wo nur die Religion gefürchtet und beachtet würde. […] Viele haben gesagt, es sei ihnen im Schlaf ein Gott erschienen, der sie zur Schlacht ermahnt habe. Zur Zeit unsrer Väter sagt König Karl VII. von Frankreich während des Kriegs mit den Engländern, er berate sich mit einem gottgesandten Mädchen, das man überall die Jungfrau von Frankreich nannte; und dies verschaffte ihm den Sieg.

Quelle: Machiavelli: *Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte*, Kapitel II 2
Wenn ich nun über die Ursache nachdenke, weshalb die Völker des Altertums mehr Freiheitsliebe besaßen als die jetzigen, so glaube ich, es ist die gleiche wie bei der Kraftlosigkeit der jetzigen Menschen, nämlich die Verschiedenheit unsrer Erziehung und der Erziehung der Alten, die in der Verschiedenheit der Religion liegt. Denn da unsre Religion uns die Wahrheit und den wahren Weg gezeigt hat, läßt sie uns die weltliche Ehre geringer schätzen. Die Heiden hingegen schätzen sie sehr hoch und hielten sie für ihr höchstes Gut, und darum waren sie kühner in ihren Taten. […] Die alte Religion sprach überdies nur Männer voll weltlichen Ruhmes heilig, wie Feldherren und Staatenlenker. Unsre Religion hat mehr die demütigen und beschaulichen Menschen als die tätigen selig gesprochen. Sie hat das höchste Gut in Demut, Entsagung und Verachtung des Irdischen gesetzt; jene setzte es in hohen Mut, Leibesstärke und alles, was den Menschen kraftvoll machte. Verlangt auch unsre Religion, daß man stark sei, so will sie doch, daß man diese Stärke im Leiden und nicht in kraftvollen Taten äußert. Diese Lebensweise scheint also die Welt schwach gemacht und sie den Bösewichtern zur Beute gegeben zu haben. Die können ungefährdet über sie schalten, denn sie sehen ja, daß die große Mehrzahl der Menschen, um ins Paradies einzugehen, mehr darauf bedacht ist, Beleidigungen zu ertragen als zu rächen. Scheint aber die Welt auch weibisch geworden und der Himmel keine Blitze mehr zu haben, so kommt dies doch zweifellos mehr von der Erbärmlichkeit derer, die unsre Religion mehr zum Vorteil des Müßiggangs als der Tatkraft ausgelegt haben. Denn bedächten sie, daß die Religion den Kampf für die Größe und Verteidigung des Vaterlandes zuläßt, so sähen sie auch ein, daß wir die Pflicht haben, es zu lieben und uns zu seiner Verteidigung tüchtig zu machen. Unsre Erziehung also und die falsche Auslegung der Religion sind schuld daran, daß es nicht mehr soviel Republiken gibt wie in alter Zeit und daß man mithin bei den Völkern auch nicht mehr soviel Freiheitsliebe findet wie damals.

Niccolò Machiavelli – Über die Ursachen von Kriegen

Quelle: Machiavelli: *Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte*, Kapitel I 37

Es ist ein Wort der alten Schriftsteller, daß die Menschen im Unglück kleinmütig, aber des Glücks überdrüssig werden, und daß beide Zustände die gleichen Wirkungen zeitigen. Denn sobald die Menschen nicht mehr aus Not zu kämpfen brauchen, kämpfen sie aus Ehrgeiz, der im Menschenherzen so mächtig ist, daß er sie nie verläßt, wie hoch sie auch steigen mögen. Der Grund dafür liegt in der Menschennatur; wir sind so beschaffen, daß wir alles begehren, aber nicht alles erreichen können. Da nun das Begehren immer stärker ist als die Kraft zum Erringen, so entsteht die Unzufriedenheit mit dem, was man besitzt, und die geringe Befriedigung daran. Daher kommt der Wechsel des menschlichen Glücks; denn da die Menschen teils mehr zu haben wünschen, teils das Erworbene zu verlieren fürchten, so kommt es zu Feindseligkeiten und Kriegen, die ein Land zugrunde richten und das andre emporheben.

Diese Erörterung habe ich angestellt, weil es dem römischen Volke nicht genügte, sich durch die Einsetzung der Tribunen gegen die Patrizier zu sichern, wozu die Not es gezwungen hatte. Kaum hatte es dies erreicht, so begann es aus Ehrgeiz zu kämpfen und wollte mit dem Adel Ehrenstellen und Güter teilen, zwei Dinge, die die Menschen am höchsten schätzen.

Quelle: Machiavelli: *Der Fürst*, Kapitel 3, S. 12

Damit verhält es sich geradeso wie mit der Schwindsucht, von der die Arzte sagen, daß sie im Anfangsstadium leicht zu heilen und schwer zu erkennen ist; doch im fortgeschrittenen Stadium ist sie, wenn man sie anfangs nicht erkannt und behandelt hat, leicht zu erkennen und schwer zu heilen. So geht es auch mit der Politik, hat man die Übel, die im Staat aufkeimen, schon lange vorher erkannt, wozu natürlich nur ein kluger Kopf fähig ist, so werden sie rasch bereinigt; doch wenn man sie nicht erkennt und sie so weit um sich greifen läßt, bis sie jeder merkt, dann hilft kein Mittel mehr dagegen. Wenn daher die Römer Gefahren voraussahen, griffen sie immer zu und ließen sie niemals fortschlittern, nur um einen Krieg zu vermeiden; denn sie wußten, daß der Krieg nie aufgehoben, sondern immer nur aufgeschoben wird zum Vorteil des Gegners; daher trachteten sie danach, mit Philipp1 und Antiochus1 in Griechenland zum Krieg zu kommen, um mit diesen nicht in Italien kämpfen zu müssen. Sie konnten damals beiden Kriegen ausweichen; sie unterließen es jedoch. Das Wort, das die Siebengescheiten unserer Zeit täglich im Munde führen: Kommt Zeit, kommt Rat [wörtlich die Wohltat der Zeit genießen], fand nicht ihren Beifall; sie erwarteten Erfolg nur von ihrer Tüchtigkeit und ihrer politischen Klugugheit, denn die Zeit jagt alles vor sich her, sie kann Gutes wie Schlechtes und Schlechtes wie Gutes bringen.

Quelle: Machiavelli: *Der Fürst*, Kapitel 26, S. 101f

Doch zeigt sich gegenwärtig niemand, auf den es größere Hoffnungen setzen könnte als auf euer erlauchtes Haus (= das Buch ist den Medici gewidmet; HL), das sich auf Grund seines Glücks und seiner Tüchtigkeit, begünstigt von Gott und der Kirche, deren Haupt es augenblicklich ist, zum Führer des Befreiungswerks (= Befreiung Italiens; HL) machen könnte. Dies dürfte keine großen Schwierigkeiten machen, wenn ihr euch die Taten und das Leben der oben genannten Persönlichkeiten vor Augen haltet. Wenn diese Männer auch einzigartig und bewunderungswürdig waren, so waren es doch Menschen, und keiner fand günstigere Umstände vor als die gegenwärtigen. Ihr Vorhaben war nicht gerechter und nicht leichter als das jetzige, und Gott war ihnen nicht geneigter als euch. Es handelt sich hier um eine gerechte Sache : »iustum enim est bellum quibus necessarium, et pia arma ubi nulla nisi in armis spes est.« (= Denn der Krieg ist für gerecht, der dazu gezwunen wurde, und die Waffen sind heilig, wenn sie die einzige Hoffnung sind. - Livius XX, 1 - Übersetzung aus der Anmerkung) Die Umstände sind ungewöhnlich günstig; und wenn die Umstände günstig sind, kann die Schwierigkeit nicht

groß sein, wenn sich euer Haus nur nach den Maßnahmen derer richtet, die ich als Vorbilder genannt habe. Überdies wurde man wunderbarer Zeichen gewahr, Zeichen ohnegleichen, von Gott gesandt: das Meer hat sich aufgetan, eine Wolke hat euch den Weg gezeigt, Wasser ist einem Felsen entsprungen, Manna hat es geregnet. Alles hat sich zu eurer Größe vereint. Was noch übrigbleibt, müßt ihr selber tun. Gott will nicht alles tun, um uns nicht den treien Willen zu nehmen und den Teil des Ruhms, der uns selber angeht.

Carl von Clausewitz

(In einem Text, der sich mit kirchlichen Dingen beschäftigt, macht ein längeres Clausewitz-Material von 1832 einen seltsamen Eindruck. Aber wer Kriege verhindern will, muss sie verstehen lernen. Clausewitz gibt dafür elementares Handwerkszeug.)

Quelle: Clausewitz: *Vom Kriege*, S. 209f, 959, 961, 977, 992f und und Sammlung Gutenberg Autor Clausewitz: *Schriften*

23. Aber der Krieg bleibt doch immer ein ernsthaftes Mittel für einen ernsthaften Zweck. Nähere Bestimmungen desselben. So ist der Krieg, so der Feldherr, der ihn führt, so die Theorie, die ihn regelt. Aber der Krieg ist kein Zeitvertreib, keine bloße Lust am Wagen und Gelingen, kein Werk einer freien Begeisterung; er ist ein ernstes Mittel für einen ernsten Zweck. Alles, was er von jenem Farbenspiel des Glückes an sich trägt, was er von den Schwingungen der Leidenschaften, des Mutes, der Phantasie, der Begeisterung in sich aufnimmt, sind nur Eigentümlichkeiten dieses Mittels.

Der Krieg einer Gemeinschaft – ganzer Völker, und namentlich *gebildeter* Völker – geht immer von einem politischen Zustande aus und wird nur durch ein politisches Motiv hervorgerufen. Er ist also ein politischer Akt. Wäre er nun ein vollkommener, ungestörter, eine absolute Äußerung der Gewalt, wie wir ihn aus seinem bloßen Begriff ableiten mußten: so würde er von dem Augenblicke an, wo er durch die Politik hervorgerufen ist, an ihre Stelle treten, als etwas von ihr ganz Unabhängiges, sie verdrängen und nur seinen eigenen Gesetzen folgen, so wie eine Mine, die sich entladet, keiner andern Richtung und Leitung mehr fähig ist, als die man ihr durch vorbereitende Einrichtungen gegeben. So hat man sich die Sache bisher auch wirklich gedacht, so oft ein Mangel an Harmonie zwischen der Politik und Kriegführung zu theoretischen Unterscheidungen der Art geführt hat. Allein so ist es nicht, und diese Vorstellung ist eine grundfalsche. Der Krieg der wirklichen Welt ist, wie wir gesehen haben, kein solches Äußerstes, das seine Spannung in einer einzigen Entladung löst, sondern er ist das Wirken von Kräften, die nicht vollkommen gleichartig und gleichmäßig sich entwickeln, sondern die jetzt hinreichend aufschwellen, um den Widerstand zu überwinden, den die Trägheit und die Friktion ihr entgegenstellen, ein anderes Mal aber zu schwach sind, um eine Wirkung zu äußern; so ist er gewissermaßen ein Pulsieren der Gewaltsamkeit, mehr oder weniger heftig, folglich mehr oder weniger schnell die Spannungen lösend und die Kräfte erschöpfend, mit anderen Worten: mehr oder weniger schnell ans Ziel führend, immer aber lange genug dauernd, um auch noch in seinem Verlauf Einfluß darauf zu gestatten, damit ihm diese oder jene Richtung gegeben werden könne, kurz, um dem Willen einer leitenden Intelligenz unterworfen zu bleiben. Bedenken wir nun, daß der Krieg von einem politischen Zweck ausgeht, so ist es natürlich, daß dieses erste Motiv, welches ihn ins Leben gerufen hat, auch die erste und höchste Rücksicht bei seiner Leitung bleibt. Aber der politische Zweck ist deshalb kein despotischer Gesetzgeber; er muß sich der Natur des Mittels fügen und wird dadurch oft ganz verändert, aber immer ist er das, was zuerst in Erwägung gezogen werden muß. Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluß auf ihn ausüben, so weit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zuläßt.

24. Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.

So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln. Was dem Kriege nun noch eigentümlich bleibt, bezieht sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel. Daß die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Falle fordern, und dieser Anspruch ist wahrlich nicht gering; aber wie stark er auch in

einzelnen Fällen auf die politischen Absichten zurückwirkt, so muß dies doch immer nur als eine Modifikation derselben gedacht werden; denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden. […]

Die Theorie fordert also, daß bei jedem Kriege zuerst sein Charakter und seine großen Umrisse nach der Wahrscheinlichkeit aufgefaßt werden, welche die politischen Größen und Verhältnisse ergeben. Je mehr nach dieser Wahrscheinlichkeit sein Charakter sich dem absoluten Kriege nähert, je mehr die Umrisse die Masse der kriegführenden Staaten umfassen und in den Strudel hineinziehen, um so inniger wird der Zusammenhang seiner Begebenheiten sein, um so notwendiger aber auch, nicht den ersten Schritt zu tun, ohne an den letzten zu denken.

Hier verläßt also die Tätigkeit des Verstandes das Gebiet der strengen Wissenschaft, der Logik und Mathematik, und wird, im weiteren Sinne des Wortes, zur Kunst, d. h. zu der Fertigkeit, aus einer unübersehbaren Menge von Gegenständen und Verhältnissen die wichtigsten und entscheidenden durch den Takt des Urteils herauszufinden. Dieser Takt des Urteils besteht unstreitig mehr oder weniger in einer dunkeln Vergleichung aller Größen und Verhältnisse, durch welche die entfernten und unwichtigen schneller beseitigt, und die nächsten und wichtigsten schneller herausgefunden werden, als dies auf dem Wege strenger Schlußfolge geschehen würde.
Um also das Maß der Mittel kennen zu lernen, welches wir für den Krieg aufzubieten haben, müssen wir den politischen Zweck desselben unsererseits und von seiten des Feindes bedenken; wir müssen die Kräfte und Verhältnisse des feindlichen Staates und des unsrigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider, und das alles wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Verbindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg darin hervorbringen kann, in Betracht ziehen. Daß das Abwägen dieser mannigfachen und mannigfach ineinandergreifenden Verhältnisse eine große Aufgabe, daß es ein wahrer Lichtblick des Genies ist, hier schnell das Rechte herauszufinden, während es ganz unmöglich sein würde, durch eine bloße schulgerechte Überlegung der Mannigfaltigkeit Herr zu werden, ist leicht zu begreifen.

Was aber auch der Schwerpunkt des Gegners sein mag, gegen welchen unsere Wirksamkeit zu richten ist, so bleibt doch die Besiegung und Zerstörung seiner Streitkraft der sicherste Anfang und in allen Fällen das Wesentlichste.
Wir glauben daher, daß nach der Mehrzahl der Erfahrungen folgende Umstände die Niederwerfung des Gegners hauptsächlich bewirken:

1. Zertrümmerung seines Heeres, wenn es einigermaßen eine Potenz bildet;
2. Einnahme der feindlichen Hauptstadt, wenn sie nicht bloß der Mittelpunkt der Staatsgewalten, sondern auch der Sitz politischer Körper und Parteiungen ist;
3. ein wirksamer Stoß gegen den hauptsächlichsten Bundesgenossen, wenn dieser an sich bedeutender ist als der Gegner.

Diese Einheit nun ist der Begriff, daß der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs sei, also durchaus nichts Selbständiges.
Man weiß freilich, daß der Krieg nur durch den politischen Verkehr der Regierungen und der Völker hervorgerufen wird; aber gewöhnlich denkt man sich die Sache so, daß mit ihm jener Verkehr aufhöre, und ein ganz anderer Zustand eintrete, welcher nur seinen eigenen Gesetzen unterworfen sei.
Wir behaupten dagegen: Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen: mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in

etwas ganz anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient, und daß die Hauptlinien, an welchen die kriegerischen Ereignisse fortlaufen, und an welche sie gebunden sind, nur seine Lineamente sind, die sich zwischen den Krieg durch bis zum Frieden fortziehen. Und wie wäre es anders denkbar? Hören denn je mit den diplomatischen Noten die politischen Verhältnisse verschiedener Völker und Regierungen auf? Ist nicht der Krieg bloß eine andere Art von Schrift und Sprache ihres Denkens? Er hat freilich seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik.

Hiernach kann der Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding. […]

Daß die Politik alle Interessen der inneren Verwaltung, auch die der Menschlichkeit, und was sonst der philosophische Verstand zur Sprache bringen könnte, in sich vereinigt und ausgleicht, wird vorausgesetzt, denn die Politik ist ja nichts an sich, sondern ein bloßer Sachwalter aller dieser Interessen gegen andere Staaten.

Gustav Heinemann

Quelle: Limebit GmbH: *Plenarsitzung im Deutschen Bundestag am 23.1.1958*

Rede Gustav Heinemann im Deutschen Bundestag am 23.1.1958

Ich verbinde damit an die früheren Freunde der CDU nun noch eine ganz besonders ernste Frage im Hinblick darauf, daß sie christliche Politik zu treiben angetreten sind. Ich meine dieses: Es soll ja nun - und das ist doch wohl klar durchzufühlen durch alles, was wir heute hier gehört haben - die Fortentwicklung auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hingetrieben werden. Früher konnte man sicher sein, wenn man so stark war, den Gegner zerschlagen und erschlagen zu können. So stark ist der Westen heute auch. Aber er würde darüber selbst zerschlagen werden, und das bedingt die Notwendigkeit eines gründlichen Umdenkens.

Dazu sind wir, wir Deutschen in dieser Mittellage, in diesem Eingeklemmtsein vielleicht mehr berufen als andere Völker. Nun erstaunt es mich, nein, ich muß so sagen: es macht mich bis ins tiefste betroffen, mit welch einer Selbstverständlichkeit Sie im Begriff sind, auf eine' atomare Bewaffnung hier in Deutschland zuzugehen. Steht Ihnen überhaupt nicht zur Überlegung - und zwar so zur Überlegung, daß Sie sich getrauen möchten, das hier auch einmal auszusprechen –, daß die Massenvernichtungsmittel von heute einfach keine Waffen mehr sind? […]

Verehrter Herr Dr. Strauß, Albert Schweitzer ist kein Panikmacher, die 18 Göttinger sind keine Panikmacher, die 9000 Wissenschaftler aus 40 Ländern, die gerade eine Eingabe an die Vereinten Nationen eingereicht haben, sind keine Panikmacher! Aber die Geister scheiden sich nicht in den Erklärungen, sondern in den Konsequenzen, die sie mit den Erklärungen verbinden. Das Aufregende an der Erklärung der 18 Göttinger war, daß sie ein persönliches Engagement mit ihrer Erklärung verbanden, indem sie nämlich sagten: Keiner von uns ist bereit, sich an Herstellung, Erprobung oder gar an dem Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen. Da wurde die allgemeine Linie verlassen – auch in der Sowjetunion gibt es einen gewissen Kapizka, der genauso erklärt hat –, daß man allgemein warnt, daß man anderen zuredet und dann wartet, was die anderen tun oder nicht tun. Hier wurde etwas Persönliches gesagt: Wir tun nicht mit.

Nun beobachten Sie doch bitte einmal, wie diese Bewegung in steigendem Maße um sich greift, insbesondere im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich weise im Augenblick auf die Erklärung hin, die die sechs Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR im April 1957 abgaben, in der sie einen Dank an die Göttinger Professoren aussprachen und einen Dank an die ostdeutschen Atomforscher, die ähnliche Erklärungen abgaben, wo sie sagten: […] In den Massenvernichtungsmitteln werden Gottesgaben […] mißbraucht, wird der Mensch verraten. Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen. Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen. Diese Erklärung, die also zunächst von den Dekanen der theologischen Fakultäten in der DDR ausging, wurde alsbald von sämtlichen Bischöfen der evangelischen Gliedkirchen in der DDR einschließlich des Bischofs Dibelius in Berlin aufgegriffen. Sie wurde von einer Mehrzahl von Kirchenleitungen hier aus Westdeutschland aufgegriffen, und sie wurde in besonderer Weise vor sechs Wochen auf einer Synode der Kirchen der Union aufgegriffen.

Aus dieser Entschließung von west- und ostdeutschen Kirchen auf einer Tagung in Berlin lese ich folgende Sätze vor: Die Synode bekennt sich zu der vergebenden Langmut Gottes, der seinen Menschen auch in den notvollsten Verhältnissen das Leben schenkt und erhalten will bis an den Tag, an dem Er selbst die Welt und ihre Geschichte an sein Ziel bringt. Darum verwirft die Synode alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwelche Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten,

was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden. In ihrer Mitverantwortung für den Frieden in der Welt und für die Heilung des Risses, der durch unser Volk geht, warnt die Synode nicht nur vor einer Fortsetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens der Weltmächte, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung deutscher Armeen. Sie warnt jeden einzelnen, in dieser Sache durch Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott und den Menschen schuldig zu werden. Und immer noch weiter rollt das. Im Januar dieses Jahres tagte z. B. die Synode der Evangelischen Kirche Rheinland in Rengsdorf. Auch sie nahm diese Erklärung wieder auf, und so könnte ich Ihnen eine steigende Fülle derartiger Erklärungen aus dem kirchlichen Bereich vorlegen. Etwa noch drei Sätze aus einer Erklärung der rheinischen Pfarrbruderschaft: Es ist Illusion, von den Massenvernichtungsmitteln die Erhaltung von Frieden und Freiheit zu erwarten. […] Darum verpflichten wir uns, auf dem Wege der atomaren Bewaffnung nicht einen einzigen Schritt mitzugehen. Darum werden wir das Gewissen der uns anvertrauten Menschen in der Erkenntnis schärfen, daß kein Zweck die Herstellung oder Anwendung von Massenvernichtungsmitteln rechtfertigt.

Seien Sie versichert, nein, seien Sie sich darüber klar, daß diese Entwicklung noch weiterschreiten wird! Als Beleg dafür nenne ich nur die Entschließung der Württembergischen Landeskirche vom November vorigen Jahres, wo gesagt wird, daß die Christenheit unausweichlich vor der Aufgabe steht, zu klären, ob sie sich an Massenvernichtungsaktionen beteiligen darf, auch wenn sie zur Verteidigung des Lebens und der Freiheit nötig erscheinen. Die Württembergische Landeskirche hat in ihrer Erklärung gesagt, daß die gesamtevangelische Kirche insbesondere die Fragen des Kriegsdienstes für den Christen in heutiger Zeit zu einer gründlichen Überprüfung führen möge. Seien Sie sich klar darüber, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, die sich weiter ausbreiten wird und die letzten Endes uns alle, aber sonderlich eine christliche Partei immer wieder vor die Frage zwingen wird: Wie wollen wir das rechtfertigen, jemals etwa zu solchen Waffen – sogenannten – zu greifen?

Herr Bundeskanzler, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat Ihnen Ende vorigen Jahres – im November – ebenso wie der Regierung in Ostberlin den Beschluß des Zentralausschusses des Weltkirchenrates in New Haven, Vereinigte Staaten, unterbreitet, und darum nachgesucht, mit dem Rat der Evangelischen Kirche darüber in ein Gespräch einzutreten. In diesem auch Ihnen unterbreiteten Beschluß des Weltprotestantismus - angeschlossen sind auch orthodoxe Kirchen usw. – steht – ich lese nur zwei Sätze – u.a.: Die Verurteilung solcher Methoden stützt sich auf die Tatsachenerkenntnis, daß der Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind, mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht zu vereinen ist. Wir glauben, daß die Anwendung derartiger Kriegsmethoden unausweichlich eine Erniedrigung der geistigen Würde des handelnden Volkes bedeutet. Die Regierung der DDR hat auf diesen Beschluß in einem Schreiben und in einer Erklärung in der Volkskammer geantwortet. Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß die Bundesregierung auch in einiger absehbarer Zeit Gelegenheit findet, darauf zu antworten. Das sage ich ohne jeden Ton des Vorwurfs. Ich weiß, daß besondere Behinderungen vorlagen. Aber die Hoffnung darf ich aussprechen.

Verehrte frühere Freunde von der Christlich-Demokratischen Union! Ich appelliere hier unter besonderem Hinweis auf Erklärungen aus kirchlichem Kreise an Sie mit der Frage, ob oder wie Sie glauben verantworten zu können, auf Massenvernichtungsmittel zuzuschreiten, von denen auch Herr von Brentano sagt, daß sie keine Waffen mehr seien. Sie werden nicht etwa mit dem Satz durchkommen, daß eine solche atomare Bewaffnung zwangsläufig sei, weil andere Mächte, weil die Sowjetunion solche Massenvernichtungsmittel besitze. „Zwangsläufig“ – das ist eine atheistische Denkkategorie! Von Zwangsläufigkeit kann nur derjenige sprechen, für den Gott nicht mehr im Weltregimente sitzt. - Diese Dinge will ich jetzt nicht bis ins letzte vertiefen.

Ich höre den Zwischenruf „Notwehr“. Nehmen Sie einmal zur Hand, was der Professor Gollwitzer, der ja bis vor kurzem in Bonn gewirkt hat, dazu in seinem Vortrag vor der Bonner Studentenschaft

im Juli gesagt hat! So billig kommt niemand davon – niemand –, daß hier einfach gesagt wird „zwangsläufig“ oder „Notwehr“ oder dergleichen. Es wird auch nicht gelingen, die Menschen hierzulande an die Massenvernichtungsmittel einfach zu gewöhnen, so wie man ihnen die Aufrüstung nach 1950 angewöhnt hat. Seien Sie sich klar darüber. Ich spreche hier gar keine Drohungen aus, das liegt mir völlig fern. Ich möchte nur dazu helfen, daß hier nicht auf irrtümlichen Grundlagen, auf brüchigen Grundlagen politisch gehandelt wird. Seien Sie sich klar darüber, daß das, was der Herr Strauß „Panikmache" nennt, einer tiefen, nur zu begründeten, unüberwindlichen Furcht im Volke entspringt, daß hier ein Verhängnis heraufzieht, dem man sich entgegenstellen wird, so wie etwa das japanische Volk es tut, so wie etwa im Augenblick die Engländer sich dagegen auflehnen, daß ununterbrochen mit Atom- und Wasserstoffbomben ausgerüstete Flugzeuge über ihrem Vaterland umherkreisen.

Das, was hier Panikmache genannt worden ist – ich kann diesen Ausdruck nur tief bedauern –, wird nicht weggewischt werden können, einfach weil hier die Wunden, die Sorgen viel zu tief brennen, viel zu echt sind; hier wird sich etwas mobilisieren. Meine Damen und Herren, Sie haben heute in der Aussprache von den Sprechern der Opposition immer wieder zu hören bekommen, daß wir es leid sind, von Ihnen, von den Regierungsgruppen immer, wenn dies oder das gesagt oder vorgeschlagen wird, als Antwort zu erhalten, das sei belanglos, Störmanöver, Propaganda, Panikmache, „Keine Zeit zum Lesen“, und wie das alles heißt. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß niemand von uns irgendwie Apologet von Ostvorschlägen ist. Das haben wir gar nicht nötig. Aber uns treibt die Sorge, daß hier Versäumnisse geschehen. Sie werden uns unablässig am Werke finden, hier die Initiative, wenn Sie so wollen, auch die Phantasie anzuregen und zu beflügeln, damit wir über den toten Punkt hinwegkommen, ehe denn die Katastrophe vollends da ist und Sie uns noch einmal wieder sagen, es sei noch böser um uns bestellt und es sei noch viel risikoreicher geworden usw., wie wir das von Ihnen bis dato zu hören bekamen. Halten Sie uns bitte auch nicht entgegen, daß auch das, was wir wollen, daß auch das, was wir anregen, mit Risiken verbunden sei. Das wissen wir selbst. Aber das Kriegsrisiko, das hier so drohend vor uns steht, das wird uns munter machen und, wie ich meine, auch willig machen müssen, ein anderes Risiko, ein Risiko friedlicher Begegnungen und Auseinandersetzungen einzugehen. Denn jedes Risiko ist geringer als das Risiko des Krieges.

Wiederholen Sie bitte auch nicht den Satz, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihrer Politik den Untergang Deutschlands verursachen werde. Die Bundesrepublik ist nicht Deutschland. Sie, verehrte Damen und Herren, haben Deutschland nicht wiederhergestellt; wieso sollte ein anderer Deutschland untergehen lassen können?! Der Untergang Deutschlands – das ist unsere Sorge – kann kommen, wenn nicht endlich wenigstens mit dem Wettrüsten Schluß gemacht wird, wenn nicht endlich einmal in all diesen Entwicklungen, von denen Sie selber sagen, daß sie sich bis heute zum Bösen ausgetragen haben, ein Stopp und ein Haltepunkt kommt. Das ist es, was uns veranlaßt hat, auf Rapacki-Plan, auf Kennan-Vorschläge und dergleichen hinzuweisen als eine Möglichkeit, wenigstens einen Ansatz zu finden, eine Möglichkeit, die ausgestaltet werden muß. Ich will alles mit einem einzigen Satz zusammenfassen. Die Verdünnung des militärischen Aufmarschs in alten, sogenannten klassischen Waffen ist in Europa längst im Gange; lassen Sie bitte davon ab, diese Verdünnung in alten, klassischen Waffen aufzufüllen mit Atomwaffen! Darum geht es uns.

Ekkehart Krippendorff

Quelle: Staat und Krieg, Krippendorff: *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, S. 76f

Die Staatsraison wird erst in dem Maße zur politischen Praxis, wie sie von den für die Staatserhaltung Verantwortlichen verinnerlicht, ihnen zur zweiten - bzw. ersten - Natur wird, indem der »Staatsmann« in ihr seine Berufs-(oder Klassen-)ethik erlernt und nicht mehr in Frage stellt. [...] Überhaupt Vietnam: mehr als 20 Jahre Jang führten die USA dort einen - heute schon fast wieder vergessenen oder bewußt Bedrängten - Krieg, der allein auf seiten derer, um die da gespielt wurde, mindestens 1,6 Millionen Tote, 360 000 Invaliden, 10 Millionen Vertriebene und ein verwüstetes, ökonomisch-ökolosch zerstörtes Land kostete - und auch der war begonnen worden als nichts weniger als eine Art Fingerübung selbstsicheren Machtspiels: »Glücksspiel mit begrenztem Risiko« hieß das zunächst intern, wörtlich: ein »limited-risk gamble.« Man muß sich diesen ungeheuerlichen - und doch historisch so typischen - Vorgang wieder in Erinnerung rufen, wie hier, anfangs unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit, dann durch bewußtes Lügen und Falschmeldungen, schließlich durch gezielte Appelle an patriotische Gefühle und Stereotypen, das Ganze überhöht durch globale, in strategiewissenschaftliche Terminologie gekleidete Begründungen angeblich vital bedrohter nationaler Sicherheit, der gewaltige amerikanische Militär- und Rüstungskomplex von einer Handvoll selbstsicher-arroganter Politikspieler mobilisiert und Hunderttausende eigener Landsleute in den Tod geschickt wurden. Und zwar für buchstäblich nichts, für eine wegen ihrer Dimensionen (fast) nicht mehr als solche erkennbare Dummheit. In der wissenschaftlich kastrierten Sprache wird das als Wahrnehmungs- bzw., besser klingend, als »Perzeptionsverzerrung« beschrieben; in der (erst sehr viel später kritisch gewordenen) Journalistik nannte man das Ganze dann eine »Tragödie« oder auch ein »Dilemma«. Denn daß durch den schließlichen »Verlust« Vietnams die heutige politische, militärische oder ökonomische Sicherheit der USA beeinträchtigt worden sei, das behauptet inzwischen wohl niemand mehr. Aber die damaligen Protagonisten hatten das selbst nicht einmal wirklich geglaubt: für sie ging, es primär um »Machbarkeit«, um die Machbarkeit des Anti-Guerillakrieges, um den Beweis amerikanischer Omnipotenz bei genügend klarem Entscheidungswillen, darum, den Kleinen Leuten überall in der Welt zu zeigen, daß die Großen Leute zu bestimmen haben, von wem und wie sie regiert werden.

Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung – Hamburg: *Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen*

Die Erziehung soll die Heranwachsenden befähigen, als mündige demokratische Bürger zu einer aktiven und kritischen Mitgestaltung der Friedenspolitik in der Lage zu sein. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Fragen der Sicherheitspolitik. Schüler müssen in die Lage versetzt werden, sich auf der Grundlage möglichst umfassender Sachkenntnis und aktueller Information mit der Bundeswehr und ihrer zentralen Aufgabe der Friedenssicherung und Landesverteidigung zu befassen.

Das schließt ein, daß Schülerinnen und Schüler in einem problemorientierten Arbeitsprozeß Informationen über die Grundlagen und Grundfragen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der NATO erhalten und dadurch die Fähigkeit und Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen entwickeln. Zu den Zielen eines solchen Unterrichts gehört es, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, daß der Bundeswehr ein fester Platz in unserem Staat als Instrument der Verteidigung zugewiesen wurde. Diesem Auftrag ist sie durch das Grundgesetz ausdrücklich verpflichtet. […]

Die Schülerinnen und Schüler sollen erfassen, daß sich die gegenwärtige Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von vier Elementen leiten läßt:

- einer Politik des politischen, des strategischen und auch des militärischen Gleichgewichts, zu der Verteidigungs¬fähigkeit und Verteidigungsbereitschaft gehören,
- einer Politik der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleiches,
- der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung,
- der Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen Verhaltens für alle.

Für eine Diskussion bieten sich folgende Thesen und Gegenthesen an:

einerseits

- zur Sicherung und Verteidigung der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, des Lebens des einzelnen sowie zur Abwehr eines durch den Druck oder Gewaltandrohung aufgenötigten fremden Willens sind militärische Mittel unverzichtbar und legitim,
- die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts war bislang Voraussetzung für die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen und die Sicherung einer selbstbestimmten gesellschaftlichen Entwicklung vor allem in Europa,
- durch militärische Abschreckung wird die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verringert,
- militärisches Gleichgewicht ist günstig für Stabilität und damit Frieden,
- im Verteidigungsfall ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Abwehr möglich,
- Abschreckung und Verteidigung sind nur im Rahmen des NATO-Bündnisses zu gewährleisten,

andererseits

- die Abschreckung mit militärischen Mitteln hebt das Kriegsrisiko aber grundsätzlich nicht auf,
- die Abschreckung beinhaltet Bedrohung und ruft immer wieder Instabilität hervor: Der Rüstungswettlauf selbst ist ein Sicherheitsrisiko, und er gefährdet den Frieden,
- Möglichkeiten von Fehleinschätzungen und irrationalem Verhalten sowie wechselseitige Bedrohtheitsvorstellun- gen und Feindbilder können zu unkalkulierbaren Reaktionen führen,
- die Overkill-Waffenpotentiale der Weltmächte stellen das Prinzip des militärischen Gleichgewichts in Frage,

– im Verteidigungsfall ist das Risiko einer totalen oder zumindest weitgehenden Zerstörung unseres Landes sehr hoch,

Google-Gemini: Christliche Kritik an der EKD-Friedensdenkschrift 2025

Anfrage an Gemini-Google: „Welche Kritik von Christen (Theologen, Laien, Organisationen und anderen) wurde und wird an der EKD-Friedensdenkschrift 2025 geübt?“ 04.08.2026

Die im November 2025 unter dem Titel **„Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“** veröffentlichte Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) löste unter christlichen Theologinnen und Theologinnen, kirchlichen Friedensinitiativen, Verbänden sowie engagierten Laien eine Welle der Kritik aus. Auslöser des Kurswechsels der EKD war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene geopolitische Lage. Während die EKD-Führung die Denkschrift als theologischen Realismus in einer „unerlösten Welt“ verteidigte, werfen Kritikerinnen und Kritiker dem Dokument vor, zentrale christliche Friedensprinzipien der Sicherheitspolitik und dem staatlichen Aufrüstungskurs geopfert zu haben. Die Kritik aus dem christlichen Spektrum gliedert sich in sechs zentrale Problemfelder:

1. **Marginalisierung des Pazifismus und Entwertung des Gewaltverzichts**

Reduktion auf eine bloße Privatethik: Organisationen wie **Ohne Rüstung Leben**, die **Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)** und das **Institut für Friedenstheologie** bemängeln, dass die Denkschrift den christlichen Pazifismus zu einer rein individuellen Frömmigkeits- und Gewissensentscheidung degradiere. Als allgemeine politische Handlungsoption werde er faktisch für unbrauchbar erklärt.

Abkehr von der Bergpredigt: Kritische Theologinnen und Theologen sehen darin einen Bruch mit den Lehren Jesu (Gebot der Feindesliebe, Gewaltverzicht). Indem die Unvermeidbarkeit von Gewalt in einer „unerlösten Welt“ im Vordergrund stehe, verliere der christliche Glaube seine friedensethische Strahlkraft.

2. **Legitimation militärischer Gewalt und Unterordnung der Diplomatie**

Primat des „Schutzes vor Gewalt“: Die Denkschrift erhebt den Schutz der territorialen Integrität und der Bevölkerung vor physischer Gewalt zum obersten Prioritätsziel. Kritiker entgegnen, dass damit der Kriegsbegriff als ethische **Ultima Ratio** gestärkt wird, während diplomatische Verhandlungslösungen, zivile Konfliktbearbeitung und Deeskalationsstrategien in den Hintergrund treten.

Übernahme politischer Narrative: Es wird kritisiert, dass die EKD die Argumentationsmuster der westlichen Bündnis- und Aufrüstungspolitik („Zeitenwende“) unkritisch übernommen habe, statt eigenständige Alternativen zur militärischen Eskalation aufzuzeigen.

3. **Akzeptanz atomarer Abschreckung**

Ethisches Paradoxon: Besondere Empörung rief die Haltung zur nuklearen Abschreckung hervor. Die Denkschrift räumt zwar ein, dass Atomwaffen ethisch nicht zu rechtfertigen seien, stuft den Besitz und die Androhung ihres Einsatzes zur Abschreckung jedoch als sicherheitspolitisch „notwendig“ ein.

Kritik kirchlicher Anti-Atom-Gruppen: Gruppen wie **ICAN** und kirchliche Friedensinitiativen betonen, dass nukleare Abschreckung auf der Zusage basiert, im Ernstfall Millionen Zivilisten auszulöschen, was mit christlicher Ethik unvereinbar sei.

4. **Nähe zur Sicherheitspolitik und Debatte um „Kriegstüchtigkeit“**

Anpassung an das Militär: Kritische Stimmen – unter anderem aus dem Umfeld der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) und freikirchlicher Initiativen – verweisen darauf,

dass militärnahe Akteure (etwa die evangelische Militärseelsorge) den Text stark geprägt hätten.
Fehlende Abgrenzung: Anstatt den gesellschaftlichen Diskurs über die geforderte „Kriegstüchtigkeit“ der Gesellschaft entschieden zurückzuweisen, empfehle die Denkschrift den Begriff lediglich „mit äußerster Zurückhaltung“ zu gebrauchen. Den Versuch der EKD, dem den Begriff „friedenstüchtig“ gegenüberzustellen, halten viele für eine wirkungslose rhetorische Ausflucht.

5. **Vernachlässigung von Ökologie, Sozialwesen und globaler Ökumene**
Ausblendung der Aufrüstungsfolgen: Friedensgruppen kritisieren, dass die mit massiver Aufrüstung einhergehenden sozialen Kürzungen sowie die enormen ökologischen Schäden und CO-Emissionen des Militärs in der Denkschrift kaum als Bedrohung für den globalen Frieden gewertet werden.
Eurozentrische Bündnisperspektive: Vertreter der Ökumene kritisieren die rein westlich-nordatlantische Perspektive des Papiers. Stimmen aus dem Globalen Süden und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), die Militarisierung und Wettrüsten grundlegend ablehnen, blieben weitgehend unberücksichtigt.

6. **Preisgabe des prophetischen Wächteramts**
Aufgabe der kirchlichen Gegenposition: Zahlreiche Theologen (darunter Vertreter friedensethischer Institute) werfen der EKD-Führung vor, das prophetische Wächteramt der Kirche aufzugeben. Statt der Staatsführung kritisch ins Gewissen zu reden, habe sich die Kirche dem politischen Zeitgeist und den Sachzwängen staatlicher Machtpolitik unterworfen.

Literaturverzeichnis

30 Jahre Krefelder Appell, 15.11.2010 (Friedensratschlag), 13. Nov. 2019, URL: https://www.ag-friedensforschung.de/themen/Friedensgeschichte/krefeld.html (besucht am 10. 08. 2026).

Ackermann, Dirck: *Maß des Möglichen: Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine* – ein Debattenbeitrag, Berlin: Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr, 2023, URL: https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5592152/60b681196328321d90e4fcf9297a7501/mass-des-moeglichen-data.pdf.

adn: „DDR-Bischöfe: Atomwaffen ächten", in: *Neue Zeit* – Tageszeitung der CDU der DDR (27. Apr. 1957).

Anders, Günther: *Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution* Bd. 1, 4. Aufl., Die Antiquiertheit des Menschen – Bd. 2, München: C.H. Beck, 1987.

– *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, 7. Aufl., Die Antiquiertheit des Menschen – Bd. 1, München: C.H. Beck, 1988.

Anpalagan, Stephan: „Theologe gegen Kriegsdienstverweigerung: ‚Wer seine eigenen Söhne nicht gibt, liefert die Kinder der anderen aus'", in: *Der Tagesspiegel Online* (10. Juni 2026), URL: https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/theologe-gegen-kriegsdienstverweigerung-wer-seine-eigenen-sohne-nicht-gibt-liefert-die-kinder-der-anderen-aus-15666949.html (besucht am 12. 06. 2026).

Aristoteles: *Nikomachische Ethik*, Universal-Bibliothek, Stuttgart: Reclam, 2003.

Arndt, Andreas: *Die Reformation der Revolution* – Friedrich Schleiermacher in seiner Zeit, Berlin: Matthes & Seitz, 2019.

Barth, Karl: *Barth Brevier*, hrsg. von Richard Grunow, Zürich: TVZ, 1966.

Becker, Ralf: *Zentrale Aussagen der am 10. November 2025 veröffentlichten - Friedensdenkschrift der EKD - „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick" gelesen in der Positiv-Perspektive „Sicherheit neu denken"*, hrsg. von Initiative Sicherheit neu denken, 2025, URL: https://friedensbildung.ekir.de/wp-content/uploads/2025/11/Sicherheit-neu-denken.pdf
Sammlung von Aussagen aus der Denkschrift 25 mit Kommentaren.

Becker, Ralf u. a.: *Wer Frieden will, muss mit dem Feind reden – ökumenische Friedensschrift*, Hamburg: edition pace – Sonderband, 2026, URL: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/015583.html.

Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung Hamburg: *Bildungssenatorin Bekeris und Landeskommandeur Leonards unterzeichnen Kooperationsvereinbarung*, 2026, URL: https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/bsfb/veroeffentlichungen/pressemeldungen/kooperationsvereinbarung-bildungsangebote-von-jugendoffizieren-1165666 (besucht am 21. 05. 2026).

Behörde für Schule und Berufsbildung, Hrsg.: *Hamburgisches Schulgesetz*, 2023, URL: https://www.hamburg.de/resource/blob/119676/97f8c3dba0e78795497517a661b7edf8/schulgesetzdownload-data.pdf.

Behörde für Schule und Berufsbildung – Hamburg, Hrsg.: *Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen*, 1983.

Beyer-Grimm, Jens (epd): *Friedensforscherin: EKD-Denkschrift geht bei Atomwaffen zu weit - Evangelische Zeitung*, 12. Nov. 2025, URL: https://evangelische-zeitung.de/wissenschaftlerin-ekd-denkschrift-geht-bei-atomwaffen-zu-weit/.

Bingener, Reinhard: *Die EKD und der Pazifismus: Ein richtiger Bruch*, FAZ.NET, 11. Nov. 2025, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-ekd-und-der-pazifismus-ein-richtiger-bruch-110773859.html (besucht am 24. 05. 2026).

Bonhoeffer, Dietrich: *Gegenwart und Zukunft der Kirche 1933-1936*, hrsg. von Otto Dudzus, Bonhoeffer, Dietrich – Bonhoeffer-Auswahl. München und Hamburg: Siebenstern-Taschenbuch-Verl., 1970.

Bonhoeffer, Dietrich: *Entscheidungen 1936-1939*, hrsg. von Otto Dudzus, Bonhoeffer, Dietrich – Bonhoeffer-Auswahl. München und Hamburg: Siebenstern-Taschenbuch-Verl., 1970.
– *Ethik*, Kaiser, 1975.
Bonilla, Nel: *NATO 3.0 – Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 1)*, 24. Aug. 2026, URL: https://www.nachdenkseiten.de/?p=155266 (besucht am 24. 09. 2026).
– *NATO 3.0: Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 3)*, 31. Aug. 2026, URL: https://www.nachdenkseiten.de/?p=155446 (besucht am 24. 09. 2026).
Bremische Evangelische Kirche: *Atomwaffen-Verbotsvertrag: Kirchenparlament fordert Beitritt Deutschlands*, Bremische Evangelische Kirche, 6. Juni 2026, URL: https://www.kirche-bremen.de/aktuelles/presse-service/nachrichten-details/atomwaffen-verbotsvertrag-kirchenparlament-fordert-beitritt-deutschlands/ (besucht am 08. 08. 2026).
Brown University, Hrsg.: *Costs of War – Brown University*, 8. Juni 2026, URL: https://costsofwar.watson.brown.edu/ (besucht am 10. 06. 2026).
– Hrsg.: *Human | Costs of War |*, 17. Juni 2026, URL: https://costsofwar.watson.brown.edu/costs/human (besucht am 28. 08. 2026).
Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht* – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, BeltzQuadriga, 1997.
Bundesministerium der Verteidigung, Hrsg.: *Weißbuch 2006* zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, 2006.
– Hrsg.: *Operationsplan Deutschland: Wie verteidigen wir unser Land?*, 14. Nov. 2023, URL: https://www.bundeswehr.de/de/selbstverstaendnis/geschichte-bundeswehr/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/operationsplan-deutschland-5703688 (besucht am 20. 05. 2026).
– Hrsg.: *Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis*, 26. Nov. 2025, URL: https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutschland-investiert-in-verteidigung-und-staerkt-das-buendnis-6045046 (besucht am 06. 06. 2026).
Bundesrechnungshof, Hrsg.: *Rentenversicherung: Reform zwingend notwendig*, 7. Apr. 2026, URL: https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2026/altersicherungskommission/rente-kurzmeldung.html?nn=23102 (besucht am 07. 06. 2026).
Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens*, bpb.de, 7. Apr. 2011, URL: https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/ (besucht am 17. 05. 2026).
Bürger, Peter, Hrsg.: *Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden,* Kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse, Hamburg: edition pace 43, 2026, URL: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Umdenkschrift_2026.pdf.
– Hrsg.: *Umdenkschrift II zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden,* Weitere kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse, Hamburg: edition pace 44, 2026, URL: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/LE-Umdenkschrift-Zwei%202026.pdf.
– Hrsg.: *Umdenkschrift III zum evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden,* Texte zur EKD-Kontroverse und ökumenische Friedensstimmen – Dritte Sammlung, edition pace 47, Hamburg, 2026, URL: https://solidarischekirche.de/wp-content/uploads/2026/01/SOKI-Umdenkschrift-2026.pdf.
– *Interview: „Die Mächtigen des Erdkreises sind unzurechnungsfähig und haben keine Scheu vor einem Dritten Weltkrieg“*, NachDenkSeiten - Die kritische Website, 5. März 2026, URL: https://www.nachdenkseiten.de/?p=147217 (besucht am 07. 08. 2026).
Buschow, Corinna: *Debatte über EKD-Friedenspapier: Wadephul vermisst Ukraine-Position | Evangelische Friedensarbeit*, 14. Nov. 2025, URL: https://www.evangelische-friedensarbeit.de/epd-meldungen/debatte-ueber-ekd-friedenspapier-wadephul-vermisst-ukraine-position (besucht am 24. 05. 2026).
Clausewitz, Carl von: *Vom Kriege*, 18. Aufl., Bonn: Dümmler, 1973.

Clausewitz, Carl von: *Schriften*, URL: https://projekt-gutenberg.org (besucht am 05. 08. 2026).
Dohnanyi, Klaus von und Erich Vad: *Krieg oder Frieden* – Deutschland vor der Entscheidung, Neu-Isenburg: Westend, 2025.
Dohnanyi, Klaus von: *Nationale Interessen* – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, Siedler, 2022.
Drechsler, Hanno, Wolfgang Hilligen und Franz Neumann, Hrsg.: *Gesellschaft und Staat* – Lexikon der Politik, 10., neubearbeitete und erweiterte Auflage, München: Verlag Franz Vahlen, 2003.
Drewermann, Eugen: *Sag Nein!* Wie können wir den Frieden zurückgewinnen und wie können wir ihn bewahren?, hrsg. von Wolfgang Gehrcke und Christine Reymann, Köln, 2022, S. 197–220.
EKD: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*, 2007, URL: https://www.ekd.de/friedensdenkschrift.htm (besucht am 22. 05. 2026), und URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf.
– *Das rechte Wort zur rechten Zeit* – eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2008.
– *Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens*, Kundgebung zum Schwerpunktthema der 6. Tagung der 12. Synode der EKD 2019 in Dresden. 13. Nov. 2019, URL: https://www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm (besucht am 21. 05. 2026).
– *„Wir haben die Aufgabe, um Positionen zu ringen“*, 11. Sep. 2025, URL: https://www.ekd.de/neuer-podcast-frieden-denken-91834.htm (besucht am 11. 05. 2026).
– *Barmer Theologische Erklärung*, 2025, URL: https://www.ekd.de/Barmer-Theologische-Erklarung-Thesen-11296.htm (besucht am 16. 05. 2026).
– Hrsg.: *Folge 3: Demokratie unter Druck – hilft Bildung gegen hybride Kriegsführung und Terrorismus? • Frieden denken* – Friederike Krippner und Ties Rabe, Spotify, 2025, URL: https://open.spotify.com/show/6UTXSzeL8OYAa7i2BCZhmX (besucht am 06. 08. 2026).
– *Gewissensentscheidung*, 2025, URL: https://www.ekd.de/gewissen%5C_1997%5C_verantwortung4.html (besucht am 17. 05. 2026).
– *Heidelberger Thesen*, 2025, URL: https://www.ekd.de/ekd%5C_de/ds%5C_doc/Heidelberger%5C_Thesen.pdf (besucht am 19. 05. 2026), Kopie des Originals.
– *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall* – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche, 2025, URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Oekumenisches-Rahmenkonzept-Seelsorge.pdf (besucht am 20. 05. 2026).
– *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick*, 2. Aufl., Evangelische Verlagsanstalt, 2025.
– *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick*, 2025, URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf.
– Hrsg.: *Folge 12: Verantwortung statt Ideologie - zu den Reaktionen auf die Denkschrift. • Frieden denken*, Spotify, 2026, URL: https://open.spotify.com/episode/2xkOkIBYhWLDcMjxYMna8s (besucht am 06. 08. 2026).
Ellwein, Theodor: *Evangelische Lehre* eine Laiendogmatik, Kaiser, 1932.
epd: *Augstein: Kirche kann nicht politisch neutral sein*, PRO | Das christliche Medienmagazin, 28. Nov. 2025, URL: https://www.pro-medienmagazin.de/augstein-kirche-kann-nicht-politisch-neutral-sein/ (besucht am 04. 06. 2026).
Evangelical Lutheran Church of Finland, Hrsg.: *The Call to Peace Evangelical Lutheran Church of Finland,* Bishops' letter, 2025, URL: https://evl.fi/wp-content/uploads/2025/09/The-Call-to-Peace-Bishops-Letter-2025-FINAL.pdf (besucht am 25. 06. 2026).

Evangelisch-reformierte Kirche, Hrsg.: *Um Gottes Willen.* Frieden fördern - Gewalt unterbinden, URL: https://www.reformiert.de/evangelisch-reformierte-theologie/um-gottes-willen-frieden-foerdern-gewalt-unterbinden.html (besucht am 22. 05. 2026).

Evangelische Akademie zu Berlin, Hrsg.: *Interview mit Reiner Anselm und Friederike Krippner zur neuen EKD-Friedensdenkschrift*, Evangelische Akademie zu Berlin, 2026, URL: https://www.eaberlin.de/aktuelles/2025/interview-friedensdenkschrift-anselm-krippner/ (besucht am 06. 08. 2026).

Ewers-Peters, Nele Marianne: *Der Bündnisfall der NATO*, hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, 5. Apr. 2024, URL: https://www.bpb.de/themen/internationale-organisationen/nato/547059/der-buendnisfall-der-nato/.

Fluchschrift - Deutsche Verbrechen, URL: http://www.fluchschrift.net/verbrech/juni/30061941.htm (besucht am 21. 03. 2026).

Frankfurter Rundschau, Hrsg.: *Krankenhäuser sollen kriegstauglich werden* – Beschäftigte protestieren, 28. Dez. 2025, URL: https://www.fr.de/wirtschaft/krankenhaeuser-sollen-kriegstauglich-werden-beschaeftigte-protestieren-94100383.html (besucht am 20. 05. 2026).

Franz, Nicolai: *Die EKD rückt den Pazifismus an den Rand – ein Fehler*, PRO | Das christliche Medienmagazin, 14. Nov. 2025, URL: https://www.pro-medienmagazin.de/die-ekd-rueckt-den-pazifismus-an-den-rand-ein-fehler/ (besucht am 04. 06. 2026).

Gasche, Urs P.: *Die grossen Löcher im US-Sicherheitsschirm für Europa*, infosperber, 22. Juni 2025, URL: https://www.infosperber.ch/politik/welt/die-grossen-loecher-im-us-sicherheitsschirm-fuer-europa/ (besucht am 17. 05. 2026).

Gauck, Joachim: „Deutschlands Rolle in der Welt – Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“, in: (31. Jan. 2014), URL: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/776770/aada5b7e5acd72fb6eaa0cb11e910b80/11-2-bpr-data.pdf?download=1 (besucht am 04. 08. 2026).

German Historical Institute Washington (GHI), Hrsg.: *Manifest der Paulskirchenkundgebung in Frankfurt (29. Januar 1955)*, 2025, URL: https://germanhistorydocs.org/de/die-besatzungszeit-und-die-entstehung-zweier-staaten-1945-1961/manifest-der-paulskirchenkundgebung-in-frankfurt-29-januar-1955.pdf (besucht am 16. 09. 2026).

GEW Hamburg: „Bildung und militärische Sicherheit?“, in: *hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, Ausgabe 5-6* (2026), S. 33.

Giesecke, Hermann: *Didaktik der Politischen Bildung*, Juventa, 1965, URL: https://giesecke.uni-goettingen.de/polditot.pdf.

Gollwitzer, Helmut: „Der Friedensbeitrag der Christen“, in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, 1962, S. 322–337, Erstveröffentlichung 1960.

– *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, 1962.
– „Was geht den Christen die Politik an?“, in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, 1962, S. 60–70.
– „Zur Einführung“, in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, 1962, S. XI–XXXIX.
– *Befreiung zur Solidarität* – Einführung in die evangelische Theologie, München, 1978.
– „Die Christen und die Atomwaffen“, in: *Theologische Existenz heute* 61 (1981), 6. erweiterte Aufl.
– *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit u. Glauben, München: Kaiser, 1982.
– „Gründe, weshalb ein Christ die Atomrüstung nicht bejahen kann“, in: *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit u. Glauben, München: Kaiser, 1982, S. 48–65.
– „Wie konntet Ihr das zulassen? – Rede zum Antikriegstag am 1. September 1979 in Mainz“, in: *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit u. Glauben, München: Kaiser, 1982, S. 7–21.
– Hrsg.: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, 1988.

Gollwitzer, Helmut: „Das eine Wort für alle“, in: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 1:* – Aufsätze zur politischen Ethik, hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 4, München: Kaiser, 1988, S. 20–39, Erstveröffentlichung 1984.
– „Der „deutsche Teig“ muss zur deutschen Unruhe werden“, in: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, 1988, S. 20–26, Erstveröffentlichung 1955.
– „Der Friedensbeitrag der Christen“, in: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, 1988, S. 97–115, Erstveröffentlichung 1960.
– „Die evangelische Kirche und unser Staat“, in: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, 1988, S. 262–272, Erstveröffentlichung 1976.
– „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert“, in: Hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, 1988, S. 340–361, Erstveröffentlichung 1982.
– *Gollwitzer Brevier*, hrsg. von Wolfgang Brinkel und Heike Hilgendiek, München, 1988.
– „Militär, Staat und Kirche“, in: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, 1988, S. 151–162, Erstveröffentlichung 1965.
– *Skizzen eines Lebens*, hrsg. von Friedrich-Wilhelm Marquardt, Wolfgang Brinkel und Manfred Weber, Gütersloh: Kaiser - Gütersloher, 1998.
Grammes, Tilman und Horst Leps: „Rechtskunde und Politikunterricht“, in: *Handbuch fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung*, hrsg. von Carl Deichmann und Christian Tischner, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2014, S. 27–40.
Gronemeyer, Reimer: *Frieden*, Texte zur politischen Bildung, Baden-Baden: Signal-Verl., 1978.
Guérot, Ulrike und Hauke Ritz: *Endspiel Europa* – warum das politische Projekt Europa gescheitert ist - und wie wir wieder davon träumen können, Westend, 2022.
Hoeth, Lutz: „Die Evangelische Kirche und die Wiederbewaffnung Deutschlands in den Jahren 1945-1958“, in: (2008), URL: https://d-nb.info/988203952/34 (besucht am 24. 08. 2026).
Jack, Victor: *NATO allies seek to give top commander more freedom to shoot down drones*, POLITICO, 12. Juni 2026, URL: https://www.politico.eu/article/nato-allies-back-greater-drone-defense-powers-for-top-commander/ (besucht am 24. 09. 2026).
Jäger, Michael: „Gorbatschow reloaded: ‚Gemeinsames Haus Europa‘ als Alternative zum Krieg“, in: *Der Freitag* (3. Apr. 2025), URL: https://www.freitag.de/autoren/michael-jaeger/aufruestung-gorbatschow-reloaded (besucht am 19. 05. 2026).
Kappeler, Andreas: *Kleine Geschichte der Ukraine*, 8. Aufl., München: C.H. Beck, 2022.
Karaganow, Sergej: „Wie Russland einen neuen Weltkrieg gewinnen kann“, in: *Russia in Global Affairs* (4. Mai 2026), URL: https://globalaffairs.ru/articles/kak-pobedit-karaganov/ (besucht am 24. 05. 2026).
Kaschin, Wassili: „Die eiserne Prosa der Realität“, in: *Russia in Global Affairs* (21. Mai 2026), URL: https://globalaffairs.ru/articles/chugunnaya-proza-kashin/ (besucht am 24. 05. 2026).
Käßmann, Margot: *Ausgebürgert*, 11. März 2026, URL: https://dfg-vk.de/ausgebuergert-dr-margot-kaessmann-zur-ekd-friedensdenkschrift/ (besucht am 04. 06. 2026).
Katchanovski, Ivan: *The Russia-Ukraine War and its Origins: From the Maidan to the Ukraine War*, Rethinking Political Violence, Cham: Springer Nature Switzerland, 2026, DOI: 10.1007/978-3-031-98724-3, URL: https://link.springer.com/10.1007/978-3-031-98724-3 (besucht am 19. 05. 2026).
Kiesewetter, Roderich und Susann Worschech: *Europa muss auf die Kapitulation Russlands hinarbeiten*, FOCUS online, 11. Mai 2026, URL: https://www.focus.de/politik/ausland/europa-

muss-auf-die-kapitulation-russlands-hinarbeiten_86fec2de-a6b7-4a62-9464-9143100fa63b.html (besucht am 19. 05. 2026).
Kirchenleitung der VELKD, Hrsg.: *Evangelischer Erwachsenenkatechismus* – suchen - glauben - leben, 8. Aufl., Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2010.
Kirsch, Martin: *Operationsplan Deutschland*, hrsg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI), 2026, URL: https://www.imi-online.de/2026/03/16/operationsplan-deutschland-2/ (besucht am 06. 06. 2026).
Klaus, Bernhard: *„Hybride Kriegführung" – Pseudowissenschaftliche Propaganda*, hrsg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI), 2026, URL: https://www.imi-online.de/2026/05/12/hybride-kriegfuehrung-pseudowissenschaftliche-propaganda/ (besucht am 19. 05. 2026).
Knorr, Lorenz: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik*, Köln: Pahl-Rugenstein, 1983.
Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.: *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990*, www.kas.de, 14. Juni 2007, URL: https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/charta-von-paris-fuer-ein-neues-europa-vom-21.-11.-1990.
Kraus, Karl: *Die letzten Tage der Menschheit* – Tragödie in fünf Akten, Frankfurt/Main: suhrkamp, 1986.
Krebs, Tom und Patrick Kaczmarczyk: *Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland*, hrsg. von Universität Mannheim, Juni 2025, URL: https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/wirt._Auswirk._Militaerausgaben.pdf/flipbook (besucht am 11. 06. 2026).
Krefelder Erklärung (11. November 1980), German History in Documents and Images, 1981, URL: https://germanhistorydocs.org/de/zwei-deutsche-staaten-1961-1989/krefelder-erklaerung-november-1980 (besucht am 10. 08. 2026).
Krippendorff, Ekkehart: *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt aM: Suhrkamp, 1985.
Kronauer, Jörg: *Meinst du, die Russen wollen Krieg?* Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg, Köln: PapyRossa Verlag, 2018.
Kronauer, Jörg und Erich Später: *Ukraine über alles!* ein Expansionsprojekt des Westens, Hamburg: KVV konkret, 2014.
Krüger, Uwe: *Mainstream* – warum wir den Medien nicht mehr trauen, C.H. Beck, 2016.
Krum, Horsta: *Kirche und Krieg: Umfassend einsatzbereit*, 2026, URL: https://www.jungewelt.de/artikel/521665.kirche-und-krieg-umfassend-einsatzbereit.html (besucht am 20. 05. 2026).
Landesbildungsserver Baden-Württemberg, Hrsg.: *Moralische Dilemmadiskussion*, URL: https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/ethik/methodik-didaktik/methodik-ethik/dilemma-diskussion/index.html (besucht am 23. 05. 2026).
Lang, Josef: *Die Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz*, GSoA, 30. Sep. 2024, URL: https://gsoa.ch/die-bewegung-gegen-die-atomare-bewaffnung-der-schweiz/ (besucht am 24. 08. 2026).
Leps, Horst: *Material zum russisch-ukrainischen Krieg*, 2025, URL: https://www.leps.de/2025/10/25/material-zum-russisch-ukrainischen-krieg/ (besucht am 21. 05. 2026).
Limebit GmbH, Hrsg.: *Plenarsitzung im Deutschen Bundestag am 23.1.1958*, https://opendiscourse.de/, 2021, URL: https://opendiscourse.de/plenarsitzungen/3-9 (besucht am 25. 08. 2026).
Lind, Georg: *Dilemma-Discussion KMDD*, 6. Mai 2010, URL: http://moralcompetence.net/moral/dildisk-d.htm (besucht am 23. 05. 2026).
Lohmann, Arno, Hrsg.: *Texte zu Kirche, Krieg und Frieden*, URL: https://www.arno-lohmann.de/texte (besucht am 06. 08. 2026).

Luther, Martin: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei, Der Christ in der Welt“, in: *Luther deutsch* – die Werke Martin Luthers in neuer Auswahl für die Gegenwart, hrsg. von Kurt Aland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1967, S. 9–51.
– „Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können, Der Christ in der Welt“, in: *Luther deutsch* – die Werke Martin Luthers in neuer Auswahl für die Gegenwart, hrsg. von Kurt Aland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1967, S. 53–86.
– *Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei*, 2026, URL: https://projekt-gutenberg.org/authors/martin-luther/books/von-weltlicher-obrigkeit-wie-weit-man-ihr-gehorsam-schuldig-sei/ (besucht am 28. 08. 2026).
Machiavelli, Niccolò: *Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte*, 1965, URL: https://projekt-gutenberg.org/authors/niccol-machiavelli/books/politische-betrachtungen-ueber-die-alte-und-die-italienische-geschichte/ (besucht am 13. 08. 2026).
– *Der Fürst*, 7. Aufl., Hamburg: Kröner, 2016.
– *Die Kunst des Krieges*, Hamburg: Nikol, 2023.
Marischka, Christoph: *Eine kurze Geschichte der deutschen Außenpolitik*, hrsg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI, 21. Juli 2026, URL: https://www.imi-online.de/2026/07/21/eine-kurze-geschichte-der-deutschen-aussenpolitik/ (besucht am 24. 08. 2026).
Marquart, Oliver: *Arbeitspapier der Kirchen: Seelsorge im Krieg*, 20. Mai 2026, URL: https://www.sonntagsblatt.de/kirchen-arbeitspapier-seelsorge-krieg.
Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW, Berlin, 1974.
Missala, Heinrich: *Mit Gott für König und Vaterland* – Gründe für die Kriegsbegeisterung deutscher Katholiken im Ersten Weltkrieg, 2026, URL: https://www.evangelische-aspekte.de/kriegspredigten-im-ersten-weltkrieg/ (besucht am 26. 06. 2026).
Morelli, Anne: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, 2. Aufl., Lüneburg: zu Klampen, 2014.
Müller, Hanfried: *Evangelische Dogmatik im Überblick. 1,* Thesen und Exkurse, 2. Aufl., Berlin/DDR, 1989.
Niall Ferguson, Moritz Schularick: *Schuldenbremse und Verteidigung: Deutschland hat den Schuss nicht gehört*, FAZ.NET, 26. Juni 2024, URL: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenbremse-und-verteidigung-deutschland-hat-den-schuss-nicht-gehoert-19815310.html (besucht am 07. 06. 2026).
Nordatlantikvertrag (1949), 3. Juni 2004, URL: https://www.staatsvertraege.de/natov49.htm (besucht am 21. 03. 2026).
Nowak, Kurt: *Schleiermacher* – Leben, Werk und Wirkung, Theologie, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2001.
Paech, Norman: „Neues Völkerrecht für neue Krieg?“, in: *Krieg und Frieden im Völkerrecht*, hrsg. von Norman Paech und Karsten Nowrot, Köln: PapyRossa Verlag, 2019, S. 158–179.
Papst Leo XIV.: *Botschaft von Papst Leo XIV. zum 59. Weltfriedenstag 2026*, 1. Jan. 2026, URL: http://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/messages/peace/documents/20251208-messaggio-pace.html (besucht am 08. 08. 2026).
– *„Magnifica Humanitas“ – Enzyklika vom 15. Mai 2026*, 15. Mai 2026, URL: http://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/encyclicals/documents/20260515-magnifica-humanitas.html (besucht am 23. 06. 2026).
Pax Christi: *Das „Ökumenische Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ (auch bekannt als „Geistlicher Operationsplan Deutschland“)*, 2025, URL: http://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-am-geistlichen-operationsplan/ (besucht am 12. 06. 2026).
– *Seelsorge bleibt zivil - Nein zur Militarisierung kirchlicher und diakonischer Dienste! - Online-Petition*, openPetition, 2026, URL: https://www.openpetition.de/petition/online/seelsorge-bleibt-zivil-nein-zur-militarisierung-kirchlicher-und-diakonischer-dienste (besucht am 12. 06. 2026).

Petition an den Rat der EKD: Überarbeitet die neue Denkschrift zur Friedensethik!, Change.org, 11. Juni 2026, URL: https://www.change.org/p/petition-an-den-rat-der-ekd-%C3%BCberarbeitet-die-neue-denkschrift-zur-friedensethik (besucht am 07. 08. 2026).

Preckel, Anne: *Papst an der Uni: Welchen Sinn hat Wissen – ohne Gewissen? – Vatican News*, 14. Mai 2026, URL: https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2026-05/papst-leo-universitaet-sapienza-oekologie-aufruestung-frieden.html (besucht am 16. 05. 2026).

Rath, Christian: „Per Strafanzeige gegen den Krieg", in: *Die Tageszeitung: taz* (24. Dez. 2002), ISSN: 0931-9085, URL: https://taz.de/Per-Strafanzeige-gegen-den-Krieg/!1071263/ (besucht am 05. 06. 2026).

Reformierter Bund, Hrsg.: *Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche*, 1982, URL: https://www.reformiert-info.de/230-0-0-20.html (besucht am 20. 05. 2026).

– Hrsg.: *Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift*, URL: https://www.reformiert-info.de/Moderator_des_Reformierten_Bundes_kritisiert_EKD_Friedensdenkschrift-40705-0-0-20.html (besucht am 20. 05. 2026).

Reinhardt, Volker: *Machiavelli oder die Kunst der Macht* – eine Biographie, München: C. H. Beck, 2012.

Reuters: „Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor", in: *Die Zeit* (16. Mai 2014), URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/helmut-schmidt-ukraine-eu-weltkrieg (besucht am 30. 07. 2026).

Richter, Wolfgang: „Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in Deutschland", in: *Die Debatte um die US-Mittelstreckenraketen in Deutschland*, hrsg. von Johannes Varwick, Reihe WIFIS-aktuell, Opladen - Berlin - Toronto: Barbara Budrich, 2025, S. 16–40.

Riecke, Torsten: *Globale Trends: „Kanonen statt Butter" – Europas Aufrüstungs-Dilemma*, 28. Feb. 2025, URL: https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/globale-trends-kanonen-statt-butter-europas-aufruestungs-dilemma/100109886.html (besucht am 06. 06. 2026)
Section: Meinung - Kolumnen.

Robert, Anne-Cécile: *Ein geopolitischer Kampfbegriff*, 7. Nov. 2024, URL: https://monde-diplomatique.de/artikel/!6045961 (besucht am 17. 05. 2026).

Rosenkranz, Erhard und Dieter O. A. Wolf: „Theorie der Strategien im Ost-West-Konflikt", in: *Einführung in die Sicherheitspolitik* – ein Lehr- und Studienbuch, hrsg. von Günter Walpuski und Dieter O. A. Wolf, München: Oldenbourg, 1979, S. 71–108.

Rossijskaja Gaseta, Hrsg.: *Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 19. November 2024 Nr. 991 „Über die Genehmigung der Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung"*, 19. Nov. 2024, URL: https://rg.ru/documents/2024/11/19/prezident-ukaz991-site-dok.html (besucht am 04. 06. 2026).

Sachs, Jeffrey D.: *Jeffrey Sachs an Bundeskanzler Merz: Verhindern Sie offenen Krieg mit Russland!*, Berliner Zeitung, 27. Mai 2026, URL: https://www.berliner-zeitung.de/article/jeffrey-sachs-an-bundeskanzler-merz-verhindern-sie-offenen-krieg-mit-russland-10038620 (besucht am 12. 06. 2026).

Sander, Evelyn: *Immer mehr Menschen in Deutschland sammeln Pfandflaschen, um sich etwas dazuzuverdienen*, 1. Aug. 2024, URL: https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/immer-mehr-menschen-deutschland-sammeln-pfandflaschen-um-sich-etwas (besucht am 06. 06. 2026).

Schleiermacher, Friedrich: „Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen", in: *Philosophische Schriften*, hrsg. von Jan Rachold, Berlin/DDR: Union Verlag, 1984, S. 267–301.

– *Über die Religion*, Stuttgart: Reclam, 1993.

– *Der christliche Glaube*, Nachdr. der 7. Aufl., de Gruyter, 1999.

Schmeller, Raphael: *Der Fall Hüseyin Doğru: Wie die EU Demokratie und Pressefreiheit aushebelt*, 18. Mai 2026, URL: https://www.berliner-zeitung.de/article/hueseyin-dogru-eu-sanktionen-pressefreiheit-ausgehebelt-10033662 (besucht am 19. 05. 2026)
Section: Geopolitik.

Schubert, Elke: *Günther Anders* – mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Rowohlts Monographien, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verl., 1992.
Schulenburg, Michael von der: *Erreichen eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Ukraine*, 7. Okt. 2022, URL: https://michael-von-der-schulenburg.com/frieden-in-der-ukraine/ (besucht am 12. 06. 2026).
Schweppe, Christian: „Abhängigkeit von den USA: Trumps geheime Knebelverträge“, in: *Die Zeit* (22. Sep. 2026), URL: https://www.zeit.de/wirtschaft/2026-09/abhaengigkeit-usa-bundeswehr-ruestungsindustrie-kampfjet-f-35 (besucht am 24. 09. 2026).
Spanner, Elke: „Strafanzeige gegen Schröder“, in: *Die Tageszeitung: taz* (3. Apr. 1999), ISSN: 0931-9085, URL: https://taz.de/Strafanzeige-gegen-Schroeder/!1294639/ (besucht am 05. 06. 2026).
„Vatikan-Glaubenshüter Víctor Fernández wirft Israel, USA, Russland und EU fehlende Moral vor“, in: *Der Spiegel* (27. Juni 2026), hrsg. von DER SPIEGEL.
Strutynski, Peter, Hrsg.: *Ein Spiel mit dem Feuer die Ukraine, Russland und der Westen*, Köln: PapyRossa-Verl., 2014.
sub-bavaria, Hrsg.: *1959: Frieden/Abrüstung*, 2025, URL: http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/203?mobile=1 (besucht am 24. 08. 2026).
Sutor, Bernhard: *Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden?* Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses, Schwalbach Ts.: Wochenschau-Verl., 2004.
SWP und GMF, Hrsg.: *Neue Macht – Neue Verantwortung,* Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013, URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf.
Tagesschau: *Russischer Großangriff verwüstet Kiew* – Moskau setzt Oreschnik-Rakete ein, 2026, URL: https://www.tagesschau.de/ausland/europa/kiew-angriffswelle-100.html (besucht am 24. 05. 2026).
– *Was sich mit dem Gesundheits-Sparpaket für gesetzlich Versicherte ändern soll*, 2026, URL: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gesundheitsreform-krankenversicherung-neu-100.html (besucht am 07. 06. 2026).
Talmon, Stefan A. G.: *At Last! Germany Admits Illegality of the Kosovo Intervention*, Rochester, NY, 10. Okt. 2014, DOI: 10.2139/ssrn.2508286, URL: https://papers.ssrn.com/abstract=2508286 (besucht am 05. 06. 2026).
Thukydides: *Der Peloponnesische Krieg*, hrsg. von Helmuth Vretska und Werner Rinner, Universal-Bibliothek, Stuttgart: Reclam, 2002.
Tillich, Paul: *Systematische Theologie – I/II*, Nachdr. der 8. Aufl., Berlin – Boston: de Gruyter, 1987.
– *Systematische Theologie – III*, Nachdr. der 4. Aufl., Berlin – Boston: de Gruyter, 1987.
Trenin, Dimitrij, Sergej Awakfjanz und Sergej Karaganow: *Von der passiven zur aktiven Abschreckung* – Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik, Potsdam: Welttrends, 2025.
United Nations: *Food*, 2026, URL: https://www.un.org/en/node/118143 (besucht am 11. 06. 2026).
Uzulis, André: *„Die pazifistische Fraktion ist ‚not amused‘“*, Reservistenverband, 11. Sep. 2026, URL: https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/interview-felmberg/ (besucht am 21. 09. 2026).
Varwick, Johannes: *NATO in (Un-)Ordnung wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird*, Lizenzausgabe, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2017.
– Hrsg.: *Die Debatte um US-Mittelstreckenraketen in Deutschland* – sicherheitspolitische Weichenstellungen der Jahre 2024/2025, Reihe WIFIS-aktuell, Verlag Barbara Budrich, 2025.
– *Internationale Beziehungen* für dummies® internationale Beziehungen verstehen: zentrale Konzepte, Themen und Perspektiven: aktuelle Problemfelder, Wiley-VCH, 2025.

Verheugen, Günter und Petra Erler: *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*, Originalausgabe, Wilhelm Heyne Verlag, 2024.
Verteidigung BMVg, Bundesministerium der, Hrsg.: *Was sind hybride Bedrohungen?*, 2026, URL: https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/hybride-bedrohungen/was-sind-hybride-bedrohungen--13692 (besucht am 21. 03. 2026).
Vogel, Heinrich: *Gott in Christo* – ein Erkenntnisgang durch die Grundprobleme der Dogmatik, 2. Aufl., Berlin: Lettner, 1952.
– *Die eiserne Ration eines Christen*, Neuaufl., Berlin: Lettner, 1960.
– *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter*, Berlin: Lettner, 1960.
Waldrich, Hans-Peter: *Pazifismus und Militarismus* – Eine psychologische Analyse, 15. Juli 2026, URL: https://overton-magazin.de/top-story/pazifismus-und-militarismus-eine-psychologische-analyse/ (besucht am 29. 07. 2026).
„Zur Entwicklung der internationalen Politik“, in: *Einführung in die Sicherheitspolitik* – ein Lehr- und Studienbuch, hrsg. von Günter Walpuski und Dieter O. A. Wolf, Oldenbourg, 1979, S. 11–70.
Walther, Christian, Hrsg.: *Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 - 1961; Dokumente und Kommentare*, Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte 3, Kaiser, 1981.
Warweg, Florian: *Auswärtiges Amt als Sturmspitze im Kampf gegen unliebsame Journalisten und deren Berichterstattung*, NachDenkSeiten - Die kritische Website, 3. Juli 2025, URL: https://www.nachdenkseiten.de/?p=135478 (besucht am 21. 03. 2026).
Weigandt, Artur: *Russlands Glaubenskrieg: „Wir sind in einen Kampf eingetreten, der nicht physische, sondern metaphysische Bedeutung hat“*, DIE WELT, 14. Aug. 2026, URL: https://www.welt.de/kultur/article6a7d86faa87e8142c31cea1c/russlands-glaubenskrieg-wir-sind-in-einen-kampf-eingetreten-der-nicht-physische-sondern-metaphysische-bedeutung-hat.html (besucht am 14. 08. 2026).
Wikipedia: *Massive Vergeltung*, in: 17. Apr. 2024, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Massive_Vergeltung&oldid=244148073 (besucht am 17. 05. 2026).
– *Atomwaffenverbotsvertrag*, in: 23. Dez. 2025, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Atomwaffenverbotsvertrag&oldid=262673038 (besucht am 19. 05. 2026).
– *Christliche Friedenskonferenz*, in: 21. Aug. 2025, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Christliche_Friedenskonferenz&oldid=259064299 (besucht am 17. 05. 2026).
– *Farbrevolutionen*, in: 18. Juli 2025, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Farbrevolutionen%5C&oldid=257989940 (besucht am 21. 03. 2026).
– *Gottesfriede*, in: 27. Nov. 2025, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gottesfriede%5C&oldid=261922732 (besucht am 17. 05. 2026).
– *Harmel-Bericht*, in: 16. Mai 2025, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Harmel-Bericht%5C&oldid=256049187 (besucht am 17. 05. 2026).
– *Heinrich Vogel (Theologe)*, in: 11. Aug. 2025, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Heinrich_Vogel_(Theologe)&oldid=258773214 (besucht am 18. 05. 2026) Page Version ID: 258773214.
– *Andreas Zumach*, in: 29. Jan. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Andreas_Zumach&oldid=263789435 (besucht am 21. 05. 2026).
– *Arthur Ponsonby*, in: 15. Juni 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Arthur_Ponsonby,_1._Baron_Ponsonby_of_Shulbrede&oldid=257023292 (besucht am 20. 05. 2026).
– *Charta von Paris*, in: 18. Feb. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Charta%5C_von%5C_Paris (besucht am 17. 05. 2026).

Wikipedia: *Ekkehart Krippendorff*, in: 20. Juli 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Ekkehart_Krippendorff&oldid=268967666 (besucht am 05. 08. 2026)
Page Version ID: 268967666.
– *Flexible Response*, in: 8. Mai 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Flexible_Response&oldid=266892962 (besucht am 17. 05. 2026).
– „Gerechter Krieg“, in: 1. März 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gerechter%5C_Krieg%5C&oldid=264838266 (besucht am 22. 03. 2026)
Page Version ID: 264838266.
– *Helmut Gollwitzer*, in: 5. Feb. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Helmut_Gollwitzer&oldid=264012146 (besucht am 18. 05. 2026)
Page Version ID: 264012146.
– *Jeffrey Sachs*, in: 3. Juni 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Jeffrey_Sachs&oldid=267652454 (besucht am 12. 06. 2026).
– *Kampf dem Atomtod*, in: 20. Feb. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Kampf_dem_Atomtod&oldid=264482102 (besucht am 18. 05. 2026).
– *Konstantinische Wende*, in: 2. März 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Konstantinische%5C_Wende%5C&oldid=264865257 (besucht am 17. 05. 2026).
– *Operationsplan Deutschland*, in: 22. Apr. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Operationsplan_Deutschland&oldid=266408037 (besucht am 20. 05. 2026).
– *Paulskirchenbewegung*, in: 16. Apr. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Paulskirchenbewegung&oldid=266227802 (besucht am 21. 05. 2026).
– *Reimer Gronemeyer*, 27. März 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Reimer_Gronemeyer&oldid=265642185 (besucht am 04. 06. 2026).
– *Subsumtion (Recht)*, in: 28. Mai 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Subsumtion_(Recht)&oldid=267459484 (besucht am 07. 08. 2026)
Page Version ID: 267459484.
– *Verteidigungsfall (Deutschland)*, in: 15. Sep. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Verteidigungsfall_(Deutschland)&oldid=270492599 (besucht am 24. 09. 2026).
Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: *Zum Begriff des Angriffskriegs,* WD 2 - 3000 - 083/20, 6. Okt. 2020, URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/809264/6f532e3d057c62665aa0a6a6573e41da/WD-2-083-20-pdf-data.pdf (besucht am 05. 06. 2026).
ZDFheute: *Sipri-Studie: Rüstungsausgaben weltweit so hoch wie nie*, 27. Apr. 2026, URL: https://www.zdfheute.de/politik/sipri-bericht-2025-militaerausgaben-weltweit-100.html (besucht am 11. 06. 2026).
Ziegler, Jean: *Zitate*, 2026, URL: https://www.nur-zitate.com/zitat/13747 (besucht am 11. 06. 2026).
Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V., Hrsg.: *GRÜNBUCH ZMZ 4.0*, 2026, URL: https://zoes-bund.de/publikationen/gruenbuch-zmz/ (besucht am 25. 05. 2026).
Zumach, Andreas: *Das Gerede über eine europäische Atomstreitkraft*, infosperber, 15. Mai 2026, URL: https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-gerede-ueber-eine-europaeische-atomstreitkraft/ (besucht am 21. 05. 2026).